



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT

Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften

Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft

Master-Thesis

zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts

„Echte Wahlfreiheit“ – der Diskurs zum Betreuungsgeld.

Eine Analyse politischer Argumentation.

Vorgelegt von Nicole Volz

Erstgutachterin: Prof. Dr. Nina Janich

Zweitgutachterin: Prof. Dr. Andrea Rapp

Nicole Volz, Herdweg 88, 64285 Darmstadt

E-Mail: nikki.volz@gmx.net / Matrikelnummer: 1410880

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	1
1.1.	Fragestellung und Vorgehensweise.....	2
1.2.	Forschungsüberblick.....	4
1.3.	Die Einführung des Betreuungsgeldes	7
2.	Sprache und Politik.....	9
3.	Diskurstheorie.....	12
3.1.	Der Diskursbegriff.....	12
3.2.	Die Diskurslinguistik.....	13
3.2.1.	Die Kritische Diskursanalyse.....	16
3.2.2.	Die Diskurssemantik	18
3.2.3.	Die diskurslinguistische Mehr-Ebenen-Analyse (DIMEAN)	20
3.2.3.1.	Intratextuelle Ebene.....	21
3.2.3.2.	Ebene der Akteure	23
3.2.3.3.	Transtextuelle Ebene	24
4.	Korpus & Methode	26
4.1.	Die Ebene der Akteure	28
4.1.1.	Diskursgemeinschaften	28
4.1.2.	Ideology brokers.....	29
4.2.	Intratextuelle Ebene.....	31
4.2.1.	Wortorientierte Analyse	31
4.2.2.	Thematische Propositionsanalyse	34
4.2.3.	Isotopie- & Oppositionslinien	35
4.3.	Transtextuelle Ebene	38
4.3.1.	Topos-/Argumentationsanalyse.....	38
4.3.2.	Ideologien.....	40
5.	Ergebnisse	42
5.1.	Die Ebene der Akteure	42
5.1.1.	Koalition vs. Opposition	42
5.1.2.	Ideology brokers.....	49
5.1.2.1.	Autoritätenverweise.....	49

5.1.2.2.	Betonung der eigenen Expertise	53
5.1.2.3.	Sprachliche Bewertungsstrategien.....	55
5.2.	Intratextuelle Ebene	57
5.2.1.	<i>Echte Wahlfreiheit</i>	57
5.2.2.	Thematische Propositionen	61
5.2.2.1.	Betreuungsgeldgegner	61
5.2.2.2.	Betreuungsgeldbefürworter	66
5.2.3.	<i>Richtig vs. falsch</i>	70
5.3.	Transtextuelle Ebene	73
5.3.1.	Gefahren-Topos.....	74
5.3.2.	Nutzen-Topos	78
5.3.3.	Vergleich der Topoi	82
5.3.4.	<i>Betreuungsgeld vs. Fernhalteprämie</i>	86
6.	Ergebniszusammenfassung & Fazit.....	88
7.	Literaturverzeichnis	92

Anhang auf CD-Rom

Verzeichnis der Redebeiträge

Steinmeier.....	16415B-16416D
Bär.....	16417A-16418C
Lenkert.....	16418D-16419D
Gruß.....	16420A-16420C
Deligöz.....	16420C-16422A
Schröder.....	16422A-16424A
Ziegler.....	16424A-16425D
Laurisch.....	16425D-16427B
Marks.....	16427B-16428C
Dobrindt.....	16428D-16430A
Schieder.....	16430A-16431B
Ludwig.....	16431C-16433A
Tauber.....	16433B-16434D

Abkürzungsverzeichnis der Redebeiträge

Bär	Dorothee Bär, CDU/CSU
Deligöz	Ekin Deligöz, Bündnis 90/Die Grünen
Dobrindt	Alexander Dobrindt, CDU/CSU
Gruß	Miriam Gruß, FDP
Laurischk	Sibylle Laurischk, FDP
Lenkert	Ralph Lenkert, Die Linke
Ludwig	Daniela Ludwig, CDU/CSU
Marks	Caren Marks, SPD
Schieder	Marianne Schieder (Schwandorf), SPD
Schröder	Dr. Kristina Schröder, CDU/CSU
Steinmeier	Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD
Tauber	Dr. Peter Tauber, CDU/CSU
Ziegler	Dagmar Ziegler, SPD

Abkürzungsverzeichnis

CDA	Critical Discourse Analysis
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich Soziale Union in Bayern e.V.
DIMEAN	Diskurslinguistische Mehr-Ebenen-Analyse
FDP	Freie Demokratische Partei
KiFöG	Kinderförderungsgesetz
Kita	Kindertagesstätte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Intratextuelle Ebene nach DIMEAN

Abbildung 2: Ebene der Akteure nach DIMEAN

Abbildung 3: Transtextuelle Ebene nach DIMEAN

1. Einleitung

Es ist ein Dilemma: Wie immer Frauen sich entscheiden – für Familie und gegen Beruf, gegen Familie und für Beruf oder für beides – in jedem Fall haben sie etwas zu verlieren. Wenn sie eine marktvermittelte Beschäftigung aufgeben, entfallen finanzielle Selbständigkeit, marktvermittelte Formen sozialer Anerkennung und Kooperationserfahrungen sowie die Chance, sich professionelle Kompetenzen anzueignen. Stellen sie um einer beruflichen Karriere willen ihre psychosozialen Bedürfnisse nach einer intensiven Partnerschaft und/oder Kindern in den Hintergrund, bezahlen sie das mit emotionalen Einbußen. Versuchen sie beides – Beruf und Familie – zu vereinbaren, so bedeutet das Stress, kaum Zeit für eigene Bedürfnisse, Verschleiß von Lebenskraft. Jede Entscheidung läuft auf einen Kompromiss hinaus, weil Einschränkungen unvermeidbar sind.¹

Mit diesen Zeilen bringt die Soziologin Regina Becker-Schmidt den Zwiespalt junger Mütter² auf den Punkt die sich entscheiden müssen, ob sie nach der Geburt eines Kindes wieder arbeiten gehen oder ihr Kind die ersten Lebensjahre selbst zu Hause betreuen. Nach der Geburt eines Kindes stehen sie vor schwierigen Fragen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Gehe ich wieder arbeiten? Wenn ja, wann und wie lange? Wer versorgt in dieser Zeit das Kind? Bin ich eine Rabenmutter, wenn ich wieder arbeiten gehe? Familien und Lebensmodelle sind genauso unterschiedlich wie die Menschen selbst. Daher kann es keine allgemeingültigen Antworten auf diese Fragen geben. Jeder von uns hat unterschiedliche Vorstellungen und Denkweisen, die wir den Bereichen Familie, Kindererziehung und Beruf zu Grunde legen. Diese Tatsache sorgt nicht nur im privaten Umfeld für kontroverse Diskussionen über solche Themen. Der öffentlich-politische Diskurs über die Einführung des Betreuungsgeldes verdeutlicht, wie kontrovers dies auch in der Politik behandelt wird. Im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) trat das Betreuungsgeld am 01.08.2013 in Kraft. Das Betreuungsgeld beinhaltet eine staatliche Geldleistung von monatlich 150 Euro an Eltern, die ihre ein- bis dreijährigen Kinder nicht in einem staatlichen Krippenplatz in einer Kindertagesstätte betreuen lassen. Es wird unabhängig davon gezahlt, ob Eltern arbeiten

¹ Becker-Schmidt, Regina (2004): Doppelte Vergesellschaftung von Frauen: Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben, in: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hgg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie (= Geschlecht & Gesellschaft Band 35), Wiesbaden, S. 64.

² Zwar muss dem Rechnung getragen werden, dass immer mehr Väter Elternzeit beanspruchen und eine berufliche Auszeit nehmen, allerdings betraf dies laut Statistischem Bundesamt für im Jahr 2011 geborene Kinder lediglich 27,3% der Väter. Die Elterngeldstatistik aus diesem Jahr zeigt auch, dass diese Väter durchschnittlich nur 3,3 Monate Elterngeld bezogen haben. Daraus lässt sich schließen, dass Väter, die Elternzeit genommen haben, nach durchschnittlich drei Monaten wieder arbeiten gehen und dass überwiegend Frauen ihren Beruf längerfristig unterbrechen und zu Hause bei den Kindern bleiben. Dies zeigt sich auch daran, dass 9 von 10 Müttern 12 Monate lang Elterngeld erhielten, während es bei den Vätern lediglich 7% waren. Von daher wird sich in dieser Arbeit überwiegend auf Mütter bezogen. Allerdings sollen Väter dadurch nicht ausgeschlossen werden.

Quelle: Elterngeldstatistik für 2011 geborene Kinder auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes, abrufbar unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/Elterngeld/ElterngeldGeburtenKreise5229204117004.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 27.02.2014).

gehen oder nicht.³ Diese gesetzlichen Regelungen zum Bezug des Betreuungsgeldes sind stark umstritten. Die Opposition im Deutschen Bundestag in den Jahren 2009 bis 2013, bestehend aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei, versuchten vehement die Einführung des Betreuungsgeldes zu verhindern. Zu diesem Zweck fanden unter anderem in den Jahren 2011 und 2012 insgesamt fünf Aktuelle Stunden im Deutschen Bundestag statt⁴, in denen sie ihre Argumente gegen die Einführung des Betreuungsgeldes vortrugen. Im Gegensatz dazu argumentierte die damalige Koalition, bestehend aus CDU/CSU und FDP, im Rahmen dieser Aktuellen Stunden für die Einführung des Betreuungsgeldes. Die Aktuelle Stunde von 09.11.2011 stellt den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit dar. Sie fand auf Antrag der SPD unter dem Titel *Nein zum Betreuungsgeld – Familien- und Bildungspolitik zukunftsfähig gestalten* statt.⁵ Innerhalb dieses Rahmens trugen dreizehn Bundestagsabgeordnete der im Deutschen Bundestag zu dieser Zeit vertretenden Parteien ihre Argumente für oder gegen das Betreuungsgeld vor. Diese einzelnen Reden sind Teiltexthe des Diskurses über die Einführung des Betreuungsgeldes und bilden das Korpus für die sprachwissenschaftliche Analyse dieser Arbeit.

1.1. Fragestellung und Vorgehensweise

Anhand der Redebeiträge der Politiker in der Aktuellen Stunde vom 09.11.2011 werden die Argumentationsstrukturen im Diskurs über die Einführung des Betreuungsgeldes herausgearbeitet. Das Forschungsinteresse der Arbeit liegt in der sprachlichen Realisierung von Argumentationen in politischen Diskursen: Welche sprachlichen Mittel werden verwendet, um die eigene Position zu untermauern und zu stützen? Welche, um die gegnerische Meinung abzuwerten oder zu diffamieren? Für dieses Erkenntnisinteresse eignet sich im besonderen Maße der Diskurs über die Einführung des Betreuungsgeldes. Dieser ist stark konfliktgeladen und war, wie die Anzahl der Aktuellen Stunden zeigt, oft Gegenstand kontroverser Diskussionen im Deutschen Bundestag. Aktuelle Stunden sind ein häufig gewähltes Mittel der Politiker, ihre Meinungen über ein bestimmtes Thema darzulegen. Sie dienen besonders dem Ziel der Arbeit, politische Argumentation sprachwissenschaftlich zu

³ Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/themen-lotse,did=194624.html> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

⁴ Die Aktuellen Stunden fanden jeweils am 09.11.2011, 25.04.2012, 10.05.2012, 27.09.2012 und 25.10.2012 statt. Sie sind abrufbar auf der Homepage des gemeinnützigen Vereins *OffenesParlament*:

<http://offenesparlament.de/ablauf?q=betreuungsgeld+aktuelle+stunde> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

⁵ Aktuelle Stunde. Nein zum Betreuungsgeld – Familien- und Bildungspolitik zukunftsfähig gestalten, in: Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 138. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 9. November 2011. Plenarprotokoll 17/138, S. 16415B-16434D. Abrufbar im pdf-Format auf der Homepage des Deutschen Bundestages: <http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/399/39946.html> (letzter Zugriff: 25.02.2014).

untersuchen, da sie als Schlagabtausch zwischen Koalition und Opposition fungieren.⁶ Anhand der Redebeiträge aus der Aktuellen Stunde wird untersucht, wie Betreuungsgeldgegner und -befürworter Sprache argumentativ einsetzen, um ihre Meinungen und Ansichten darzulegen. Die Argumente für und gegen das Betreuungsgeld werden außerdem auf darin enthaltene Denkmuster und Wertvorstellungen der Parteien zu dem Thema Betreuungsgeld untersucht. Wörter werden verwendet, um unterschiedliche Weltanschauungen, Denkmuster und Werte darzulegen.⁷ Argumentationsstrukturen in Diskursen können Aufschlüsse über „dominierende Denkfiguren, Denkstrukturen, Wirklichkeitskonstruktionen bezüglich eines Themas“⁸ geben. Die These lautet daher, dass Argumentation in politischen Diskursen nicht nur zur Darstellung der eigenen Meinung zu einem bestimmten Thema verwendet wird, sondern auch, um durch sie bestimmte Denkmuster und Werte zu transportieren. Aufgrund dessen muss davon ausgegangen werden, dass Koalition und Opposition jeweils unterschiedliche Weltanschauungen bezüglich des Themas haben. Dies stellt ebenfalls ein Untersuchungsgegenstand der Arbeit dar.

Die sprachwissenschaftliche Analyse der vorliegenden Arbeit erfolgt anhand der Methoden der Diskurslinguistik. In der Diskurslinguistik steht „die gesellschafts- und wissenskonstituierende Funktion“⁹ von Sprache im Fokus linguistischer Untersuchungen. Sie ist der Auffassung, dass Sprache nicht isoliert, sondern in gesellschaftliche, historische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet ist.¹⁰ Diskurse sind rückgebunden an die Gesellschaft, da durch sie Denkmuster ausgedrückt werden. Ebenfalls sind sie impulsgebend für gesellschaftliche Veränderungen.¹¹ Aus diesen Gründen bietet sich für das Forschungsinteresse dieser Arbeit eine diskurslinguistische Methode an. Eine breite Basis für diskurslinguistische Arbeiten stellt die diskurslinguistische Mehr-Ebenen-Analyse, kurz DIMEAN, von Jürgen Spitzmüller und Ingo H. Warnke dar¹². Das Stufenmodell beinhaltet verschiedene Analysekatoren, aus denen je nach Fragestellung bzw. Forschungsinteresse

⁶ Ismayr, Wolfgang (2000): Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S. 349f.

⁷ Vgl. Schröter, Melani (2009): Wort, in: Schröter, Melani/Carius, Björn: Vom politischen Gebrauch der Sprache. Wort, Text, Diskurs. Eine Einführung (=Leipziger Schriften 5), Frankfurt am Main, S. 20.

⁸ Wengeler, Martin (2000): Argumentationsmuster im Bundestag. Ein diachroner Vergleich zweier Debatten zum Thema Asylrecht, in: Burkhardt, Armin/Pape, Kornelia (Hgg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden, S. 222.

⁹ Spitzmüller, Jürgen/Warnke, Ingo H. (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse, Berlin/Boston, S. 10.

¹⁰ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 79.

¹¹ Vgl. Gardt, Andreas (2007): Diskursanalyse – Aktueller Ort und methodische Möglichkeiten, in: Warnke, Ingo H. (Hg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände (=Linguistik – Impulse & Tendenzen 25), Berlin, S. 28f.

¹² Das DIMEAN-Modell von Spitzmüller und Warnke ist abgebildet in: Spitzmüller/Warnke (2011).

ausgewählt werden kann. Die Diskurslinguistik stellt kein homogenes Feld dar, da sich aus ihr unterschiedliche Theorien und Methoden entwickelten. DIMEAN legt sich allerdings nicht auf eine bestimmte Theorie fest, sondern es vereint unterschiedliche Konzepte, Theorien und Methoden zu einer Diskurslinguistik.¹³ Aufgrund dessen Vielschichtigkeit wird für die Analyse dieser Arbeit auf DIMEAN zurückgegriffen.

Die Arbeit ist in einen Theorie- und in einen Methodenteil gegliedert. Zuerst erfolgt ein Überblick über den Forschungsstand diskurslinguistischer Arbeiten zu öffentlich-politischen Diskursen und eine inhaltliche Einführung in die Thematik des Betreuungsgeldes. Hierbei werden die politischen Akteure vorgestellt und eine chronologische Übersicht über den Verlauf des Diskurs gegeben. Aufbauend darauf, wird auf die Relevanz von Sprache in politischen Diskursen eingegangen. Es werden zentrale Charakteristika über Sprache in der Politik herausgearbeitet, welche für diese Arbeit und für das Verständnis von Sprache in politischen Diskursen von Bedeutung sind. Das darauf folgende Kapitel enthält eine Einführung zu dem Diskursbegriff und stellt die unterschiedlichen Theorien der Diskurslinguistik dar. Hierbei wird gesondert auf die zwei großen diskurslinguistischen Lager eingegangen: auf die Kritische Diskursanalyse und die Diskurssemantik. Der Theorieteil wird durch die Darstellung des DIMEAN-Modells von Spitzmüller und Warnke abgeschlossen. Im methodischen Teil wird das Korpus vorgestellt sowie Ablauf und Zweck von Aktuellen Stunden im Deutschen Bundestag erklärt. Darauf folgend werden die aus DIMEAN ausgewählten Analysekatégorien vorgestellt und erläutert, weshalb sie für die Beantwortung der Fragestellung der Arbeit hilfreich sind. Im Anschluss daran erfolgt die Darstellung der Untersuchungsergebnisse, die in einem Fazit münden.

1.2. Forschungsüberblick

Öffentlich-politische Diskurse stellen einen häufig gewählten Gegenstand diskurslinguistischer Analysen dar. Der Fokus liegt insbesondere auf den Themen Migration, Rassismus, Bioethik und politische Herrschaftssysteme. Das Forschungsinteresse gilt überwiegend der Analyse von Argumentationsstrukturen zur Untersuchung der im Diskurs zugrunde liegenden unterschiedlichen Weltbilder und Denkmuster. Weitere häufig gewählte Untersuchungsgegenstände diskurslinguistischer Arbeiten sind der Sprachgebrauch und die Verwendung von Schlüsselwörtern. Christina Stein legt eine diskurslinguistische Analyse zur

¹³ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 117.

Sprache der Sarrazin-Debatte vor.¹⁴ Sie untersucht hierbei Denkmuster in Bezug auf muslimische Migranten und Argumentationsmuster hinsichtlich des aktuellen Migrations- und Integrationsdiskurses und vergleicht diese mit früheren Diskursen zum gleichen Thema. Hierfür verwendet sie Texte der öffentlichen Auseinandersetzung über das Werk *Deutschland schafft sich ab* des SPD-Politikers Thilo Sarrazin.¹⁵ Migrationsdiskurse im öffentlich-politischen Spannungsfeld sind diskurslinguistisch sehr gut untersucht, nicht zuletzt durch das Forschungsteam der Düsseldorfer Schule.¹⁶ Exemplarisch hierfür zu nennen ist Martin Wengeler's Untersuchung von Argumentationsmustern im Migrationsdiskurs¹⁷, in dieser er seine Topos-Analyse als argumentationsanalytische Methode einführt. Wengeler untersuchte weiterhin Argumentationsmuster in zwei Bundestagsdebatten zum Thema Asylrecht.¹⁸ Weitere diskurslinguistische Arbeiten zu den Themen Migration und Einwanderung der Düsseldorfer Schule wurden in mehreren Sammelbänden veröffentlicht.¹⁹ Untersuchungsgegenstände sind hierbei neben der Analyse von Argumentationsmustern zentrale Begriffe und der Sprachgebrauch in Diskursen. Der Sprachgebrauch in öffentlich-politischen Diskursen ist ebenfalls Gegenstand der diskurslinguistischen Analyse von Constanze Spieß. Spieß untersucht anhand des bioethischen Diskurses um humane embryonale Stammzellforschung sprachliche Mittel der Austragung von Konflikten sowie die durch Sprache hervorgebrachten diskursiven Wirklichkeiten und Bedeutungen. Dabei geht sie von der These aus, dass gesellschaftliche Konflikte auf unterschiedlichen Weltanschauungen beruhen und dass diese sich sprachlich im Diskurs niederschlagen.²⁰ Weitere diskurslinguistische Arbeiten zum Thema Bioethik liegen unter anderem von Silke Domasch vor, die die öffentliche Debatte zur Zulassung von Gendiagnostik als sprachlich realisierten Konflikt diskurssemantisch analysiert²¹ sowie von René Zimmer, der sich mit dem

¹⁴ Stein, Christina (2012): Die Sprache der Sarrazin-Debatte. Eine diskurslinguistische Analyse, Marburg.

¹⁵ Vgl. Stein (2012), S. 1-3.

¹⁶ Vgl. Stein (2012), S. 2 sowie die Homepage der Universität Düsseldorf: <http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germ1/forschungsprofile-und-projekte/oeffentliche-sprache-und-kommunikation/oeffentliche-sprache-nach-1945-diskursanalyse-begriffsgeschichte-topologie/arbeitsbereich-1-literatur/> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

¹⁷ Wengeler, Martin (2003a): Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985) (=Reihe Germanistische Linguistik 244), Tübingen.

¹⁸ Wengeler (2000), S. 221-240.

¹⁹ Exemplarisch hierfür zu nennen ist Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Katrin (1997) (Hgg.): *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag*, Opladen sowie Niehr, Thomas/Böke, Karin (2000) (Hgg.): *Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien*, Wiesbaden.

²⁰ Vgl. Spieß, Constanze (2011): *Diskurshandlungen. Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse am Beispiel der Bioethikdebatte* (=Sprache und Wissen 7), Berlin/Boston, S. 4f.

²¹ Domasch, Silke (2007): *Biomedizin als sprachliche Kontroverse. Die Thematisierung von Sprache im öffentlichen Diskurs zur Gendiagnostik* (=Sprache und Wissen 1), Berlin/New York.

semantischen Kampf²² um das therapeutische Klonen auseinandersetzt²³. Die Untersuchung von Diskursen zum Thema Demokratie stellt einen weiteren Untersuchungsgegenstand diskurslinguistischer Arbeiten im öffentlich-politischen Spektrum dar. Heidrun Kämper hat den sprachlich realisierten Umbruchcharakter des Demokratiediskurses in den späten 1960er Jahren untersucht und die zugrunde liegenden sprachlich realisierten Demokratiekonzepte herausgearbeitet.²⁴ Sahadete Limani-Beqa hat sich mit sprachlichen und politischen Transformationsprozessen in Kosova beschäftigt und analysiert den Diskurs, der die Demokratisierung begleitete. Hierbei untersucht sie unter anderem die Verwendung und Bedeutung des Demokratiebegriffes anhand von Texten aus Politik und Medien.²⁵ Darüber hinaus liegen zahlreiche Arbeiten aus anderen geisteswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Bereichen vor, die Sprache in öffentlich-politischen Diskursen zum Untersuchungsgegenstand haben. Exemplarisch hierfür zu nennen sind die Arbeiten von Heike Raab, die die unterschiedlichen Vorstellungen gleichgeschlechtlicher Identitätspolitik anhand des Lebenspartnerschaftsgesetzes untersucht²⁶ und Constance Pary Baban, die diskursive Konstruktion des Wandels der Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001 anhand seiner sprachlichen Realisierung untersucht²⁷. Häufig zu beobachten ist, dass viele solcher Arbeiten transdisziplinär angelegt sind und sich nicht auf eine wissenschaftliche Disziplin festlegen. Baban zum Beispiel verbindet in ihrer Untersuchung die Kritische Diskursanalyse mit der Politikwissenschaft. Auch Limani-Beqa betont, dass sie sich nicht nur ausschließlich auf die Methoden der Kritischen Diskursanalyse konzentriert, sondern die außersprachliche politische Wirklichkeit darin einbettet.²⁸

Die vorliegende Untersuchung des Diskurses zur Einführung des Betreuungsgeldes reiht sich in die diskurslinguistischen Arbeiten zu öffentlich-politischen Gegenständen mit

²² Der Begriff *semantischer Kampf* wurde von Ekkehard Felder geprägt. Er bezeichnet damit den Versuch, „in einer Wissensdomäne bestimmte sprachliche Formen als Ausdruck spezifischer, interessen geleiteter und handlungsleitender Denkmuster durchzusetzen“. Zitat: Felder, Ekkehard (2006): *Semantische Kämpfe in Wissensdomänen. Eine Einführung in Benennungs-, Bedeutungs- und Sachverhaltsfixierungs-Konkurrenzen*, in: ders. (Hg.): *Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften (=Linguistik Impulse & Tendenzen 19)*, Berlin, S. 14. Siehe hierzu auch Kapitel 4.2.1 in dieser Arbeit.

²³ Zimmer, René (2006): *Zwischen Heilungsversprechen und Embryonenschutz – Der semantische Kampf um das therapeutische Klonen*, in: Felder, Ekkehard (Hg.): *Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften*, Berlin/New York, S. 73-97.

²⁴ Kämper, Heidrun (2012): *Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre. Konstellationen – Kontexte – Konzepte (=Studia linguistica Germanica 107)*, Berlin.

²⁵ Limani-Beqa, Sahadete (2011): *Transformationsprozesse von Politik und Sprache in Kosova in der Zeit von 1999 bis 2005. Eine kritische Diskursanalyse (=Kulturwissenschaftliche Medienforschung 3)*, Frankfurt am Main.

²⁶ Raab, Heike (2011): *Sexuelle Politiken. Die Diskurse zum Lebenspartnerschaftsgesetz*, Frankfurt am Main.

²⁷ Baban, Constance Pary (2013): *Der innenpolitische Sicherheitsdiskurs in Deutschland. Zur diskursiven Konstruktion des sicherheitspolitischen Wandels 2001-2009*, Hannover.

²⁸ Vgl. Limani-Beqa (2011), S. 9.

argumentationsanalytischem Schwerpunkt ein. Deziert familienpolitische Themen haben in der diskurslinguistischen Forschung bisher nur geringe Aufmerksamkeit erhalten, trotz des allgemein starken Fokus auf öffentlich-politische Diskurse. Es wäre hier wünschenswert, wenn die Themen der Diskurse als Untersuchungsgegenstände diskurslinguistischer Arbeiten mehr variieren und nicht nur einige wenige Themen behandelt werden.

1.3. Die Einführung des Betreuungsgeldes

Das KiFöG, das die Zahlung eines Betreuungsgeldes beinhaltet, trat am 01.08.2013 in Kraft und fällt in den Rahmen der Familienförderung der Bundesregierung. Ebenfalls ist im KiFöG der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres bis zum dritten Lebensjahr festgelegt. Der Bund unterstützt zu diesem Zweck die Länder und Kommunen mit Geldmitteln für den Ausbau der Kinderbetreuung.²⁹ Die Einführung des Betreuungsgeldes hat eine große politische Debatte nach sich gezogen. Seit der Bundestagswahl 2006 und der sich daraus ergebenden Ablösung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) durch Angela Merkel (CDU) wurde über die Einführung des Betreuungsgeldes debattiert. Während vor allem die CSU das Betreuungsgeld einführen wollte, lehnte dies die SPD strikt ab. Jedoch wurde innerhalb der Regierungszeit der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD im Jahr 2008 das KiFöG verabschiedet.³⁰ Nach den Bundestagswahlen im Jahr 2009 erfolgte die Ablösung der Großen Koalition durch den Zusammenschluss von CDU/CSU und FDP zu einer Regierungskoalition, die das Betreuungsgeld in ihrem Koalitionsvertrag aufnahm. Obwohl es innerhalb der CDU, CSU und FDP zu Uneinigkeiten in Bezug auf die Geldleistung kam, wurde beschlossen, das Betreuungsgeld ab dem Jahr 2013 einzuführen.³¹ Die Opposition ergriff daraufhin vielfältige Maßnahmen um der Einführung des Betreuungsgeldes entgegenzuwirken. So wurde zum Beispiel das Aktions-Bündnis *Nein zum Betreuungsgeld* zwischen den Parteien Bündnis 90/Die Grünen, Linkspartei, SPD, Piratenpartei und deren Jugendparteien sowie zwischen einigen Verbänden und Vereinen ins Leben gerufen.³² Die Koalition veröffentlichte am

²⁹ Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=118992.html> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

³⁰ Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gesetze,did=133282.html> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

³¹ Homepage des Bayerischen Rundfunks: <http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/notizbuch/betreuungsgeld-chronik100.html> (letzter Zugriff: 12.04.2013).

³² Homepage des Aktions-Bündnisses „Nein zum Betreuungsgeld“: <http://neinzumbetreuungsgeld.de/> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

12.06.2012 einen Gesetzesentwurf zur Einführung eines Betreuungsgeldes.³³ Der geplante Beschluss dieses Entwurfes im Bundestag am 15.06.2012 kam nicht zustande, da die Opposition der Sitzung fernblieb und somit der Bundestag beschlussunfähig war.³⁴ Die SPD-Bundestagsfraktion ließ ein Rechtsgutachten über den Entwurf anfertigen mit dem Ergebnis, dass er in einigen Punkten verfassungswidrig sei.³⁵ Bündnis 90/Die Grünen reichten einen Änderungsantrag des Gesetzesentwurfs ein, in diesem das Kapitel über das Betreuungsgeld gestrichen wurde.³⁶ Sogar der Koalitionspartner der CDU/CSU, die FDP, blockierte das Betreuungsgeld und wollte den Gesetzesentwurf ändern.³⁷ Trotz aller Kritik und Gegenmaßnahmen wurde die Einführung des Betreuungsgeldes im Koalitionsgipfel am 06.11.2012 beschlossen. Obwohl die Zahlung eines Betreuungsgeldes damit endgültig festgelegt wurde, war der Diskurs trotzdem noch nicht beendet. Dies wird deutlich an der Aktuellen Stunde, welche drei Tage später von der SPD im Bundestag beantragt wurde. Unter dem Titel *Nein zum Betreuungsgeld – Familien- und Bildungspolitik zukunftsfähig gestalten* versuchten sie mit ihren Oppositionspartnern weiterhin das Betreuungsgeld zu verhindern. Anhand der Aktuellen Stunde wird exemplarisch herausgearbeitet, wie Sprache im politischen Diskurs argumentativ eingesetzt wird. Das nächste Kapitel befasst sich daher dem Thema Sprache und Politik und erläutert die für die Untersuchung relevanten Merkmale von Sprache im politischen Kommunikationsbereich.

³³ Siehe auf der Homepage des Deutschen Bundestages: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/099/1709917.pdf> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

³⁴ Homepage des Tagesspiegels: <http://www.tagesspiegel.de/politik/betreuungsgeld-abstimmung-hammelsprung-mit-folgen/6758472.html> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

³⁵ Siehe auf der Homepage der SPD:

http://www.spd.de/aktuelles/75396/20120828_gutachten_betreuungsgeld_verfassungswidrig.html (letzter Zugriff: 05.03.2014).

³⁶ Der Änderungsantrag ist abrufbar auf der Homepage der Bundestagsfraktion des Bündnis 90/Die Grünen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/115/1711551.pdf> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

³⁷ Homepage des Deutschen Bundestages:

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41171617_kw43_aktstd_roesler/ (letzter Zugriff: 05.03.2014).

2. Sprache und Politik

Politisches Handeln wird durch Sprache vorbereitet, ausgelöst, von Sprache begleitet, beeinflusst, gesteuert, geregelt, durch Sprache beschrieben, erläutert, gerechtfertigt, beurteilt, verantwortet, kontrolliert, kritisiert.³⁸

Der Forschungsbereich der Politolinguistik befasst sich mit der Beschreibung und Analyse von Sprache im politischen Kommunikationsbereich.³⁹ Das Politikverständnis der Politolinguisten rückt „das Sprachhandeln der beteiligten Akteure in den Mittelpunkt“⁴⁰. Sie verfolgen einen pragmatischen Ansatz und definieren Reden als Handeln. Sprachliches Handeln ist „eine notwendige Bedingung politischer Tätigkeit. Sprache konstituiert gesellschaftliche Wirklichkeit und gesellschaftliche Wirklichkeit wird wesentlich durch Sprache bestimmt“⁴¹. Demzufolge nimmt Sprache einen großen Stellenwert im politischen Bereich ein: Politisches Handeln ist sprachliches Handeln.⁴² Diskurse in diesem Kommunikationsbereich zeichnen sich dadurch aus, dass sie ein großes öffentliches Interesse nach sich ziehen, da sie sich direkt auf die Gesellschaft auswirken. Dies kann zum Beispiel in Form von Gesetzen oder Erlassen sein, wie es beim Diskurs zur Einführung des Betreuungsgeldes der Fall ist. Ebenfalls tragen Diskurse zur Prägung der öffentlichen Meinungsbildung zu einem bestimmten Thema bei, denn gesellschaftliche Wirklichkeit wird, wie bereits erwähnt, durch Sprache konstituiert⁴³. Die diskursorientierte Politolinguistik richtet ihr Interesse dementsprechend über wortorientierte Analysen hinaus auf Texte bzw. Diskurse. Sie ist der Auffassung, dass der Sprachgebrauch nur durch den Hintergrund von Kontexten, der jeweiligen politischen Situation und den Texten selbst zu analysieren ist.⁴⁴

Damit die Argumentation in politischen Diskursen untersucht werden kann, muss vorab geklärt werden welche Merkmale diesen Kommunikationsbereich kennzeichnen. Dies dient als Basis für die spätere Analyse der politischen Redebeiträge. Nach Heiko Girth setzt sich der politische Kommunikationsbereich aus den folgenden vier Merkmalen zusammen: Öffentlichkeit, Gruppenbezogenheit, Mehrfachadressiertheit/Inszeniertheit und Konsens-/

³⁸ Grünert, Horst (1974): Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der >>Paulskirche<< (=Studia Linguistica Germanica 10), Berlin/New York, S. 1.

³⁹ Vgl. Girth, Heiko/Spieß, Constanze (2006): Einleitung: Dimensionen öffentlich-politischen Sprachhandelns, in: dies. (Hgg.): Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen (=Philologische Studien und Quellen 200), Berlin, S. 7.

⁴⁰ Girth, Heiko (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation (=Germanistische Arbeitshefte 39), Tübingen, S. 1.

⁴¹ Girth/Spieß (2006), S. 7.

⁴² Vgl. Girth (2002), S. 31.

⁴³ Vgl. Girth/Spieß (2006), S. 7.

⁴⁴ Vgl. Girth (2002), S. 9f.

Dissensorientiertheit.⁴⁵ Politisches Handeln besteht zu einem großen Teil aus öffentlich stattfindender Kommunikation.⁴⁶ Obwohl sich die Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag ereignet und die Öffentlichkeit nicht direkt daran teilnehmen kann, werden jedoch die Redebeiträge der Politiker der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt.⁴⁷ Von daher ist politische Kommunikation öffentliche Kommunikation. Da Politiker Mitglieder einer Partei sind, agieren sie laut Girth nicht für sich alleine, sondern immer in oder für ihre Partei. Diese Gruppenbezogenheit lässt sich gliedern in eine Eigengruppe und in eine Fremdgruppe. Die Fremdgruppe wird als negativ bewertet, die Eigengruppe entsprechend positiv: „Die Mitglieder der Eigengruppe besitzen gleiche Deutungs- und Interpretationsmuster, die ein gruppenspezifisches Bewusstsein konstituieren.“⁴⁸ Sprachliche Handlungen erfolgen in der Politik häufig an mehrere Adressaten: an die eigene Partei, an die anderen Parteien und an die Öffentlichkeit. Da sich die Kommunikation auf zwei Ebenen abspielt, erfolgt eine Doppelung, auch Inszenierung genannt: einmal innerhalb der Politiker selbst und einmal zwischen Politikern und der Öffentlichkeit, die allerdings lediglich indirekt daran beteiligt ist.⁴⁹ Sprache in der Politik wird verwendet, um eine kommunikative Verständigung zu erreichen. Ziele dieser Verständigung können das Erreichen eines Konsenses, aber auch die Schaffung eines Dissenses sein.⁵⁰ Dies wird an der zu untersuchenden Aktuellen Stunde deutlich: Durch die Argumentation gegen die Einführung des Betreuungsgeldes schaffen die Betreuungsgeldgegner bewusst eine Meinungsverschiedenheit. Innerhalb politischer Kommunikation ist wertendes Sprechen ein wesentlicher Bestandteil, vor allem wenn es sich um das Erreichen von Akzeptanz und Zustimmung handelt. Die Bewertung kann durch sprachliche Handlungen erfolgen.⁵¹ Sie spielen aber auch „innerhalb der Bedeutungsaspekte und -dimensionen von Wortgebräuchen und Lexemen eine Rolle, die sozusagen *nebenbei* mitgeäußert werden“. Besonders innerhalb politischer Auseinandersetzungen werden bestimmte Begriffe verwendet, um unterschiedliche Weltanschauungen, Lösungen, usw. zu verdeutlichen.⁵² Dies geschieht vor allem durch die Verwendung von Schlagwörtern und Symbolwörtern.⁵³ Ein Beispiel hierfür ist der Begriff *Herdprämie*, der zum Unwort des Jahres

⁴⁵ Vgl. Girth (2002), S. 33-35.

⁴⁶ Vgl. Girth (2002), S. 33.

⁴⁷ Siehe Korpus.

⁴⁸ Girth (2002), S. 33.

⁴⁹ Vgl. Girth (2002), S. 34.

⁵⁰ Vgl. Girth (2002), S. 35.

⁵¹ Vgl. Spieß (2011), S. 175.

⁵² Vgl. Schröter (2009), S. 20.

⁵³ Siehe hierzu Schröter (2009), S. 19-50 und Girth (2002), S. 47-69.

2007 gewählt wurde⁵⁴. Weitere Begriffe, wie *Fernhalteprämie* oder *Hausfrauenprämie*, etablierten sich im Kreise der Gegner des Betreuungsgeldes. Diese Begriffe werden mit dem Ziel verwendet, die negativen Auswirkungen des Betreuungsgeldes in den Vordergrund zu stellen und als Kritikpunkt in den Diskurs einzubringen. Sie transportieren die Vorstellungen der Kritiker, dass Frauen nicht durch das Betreuungsgeld von ihrer Berufstätigkeit abgehalten werden sollen. Allerdings diffamieren diese Begriffe nicht nur, wie eigentlich damit bezweckt, das Betreuungsgeld an sich, sondern auch Frauen, die ihren Beruf unterbrechen oder aufgeben um ihre Kinder zu erziehen. Indem die Berufstätigkeit von Frauen als einzig richtiges Familienmodell angesehen wird, wird ein Bild propagiert, welches sich nicht auf alle Familien übertragen lässt und andere Familienmodelle abwertet. Linguistisch interessant ist hierbei die Feststellung, dass sich unterschiedliche Meinungen in diesem Diskurs durch einen unterschiedlichen Sprachgebrauch äußern. Betreuungsgeldgegner wenden sich mit Begriffen wie *Herdprämie* vom Betreuungsgeld ab und laden sie mit ihren ideologischen Vorstellungen auf. In diesem Fall wird Sprache verwendet, um bestimmte Werte und Vorstellungen zu transportieren. Sprache besitzt daher eine große Relevanz in der Politik bzw. in öffentlich-politischen Diskursen.

Die in diesem Kapitel aufgeführten Merkmale politischer Kommunikation sind relevant für die Analyse politischer Diskurse. Sie bieten linguistisch beschreibbare Kriterien an mit deren Hilfe die Texte und die Intention der beteiligten Akteure verstanden und gedeutet werden können. Aus diesem Grund sind in der Analyse die aufgeführten Merkmale politischer Sprache berücksichtigt. Besonders im Hinblick darauf, dass sich das Korpus aus Texten des öffentlich-politischen Bereiches zusammensetzt, können die in diesem Kapitel gewonnen Erkenntnisse als Rahmenbedingungen für die diskurslinguistische Analyse betrachtet werden.⁵⁵ Im nächsten Kapitel erfolgt ein Überblick über die Diskurstheorie, in diesem der Diskursbegriff erörtert und die Diskurslinguistik mit ihren unterschiedlichen Theorien und Methoden dargestellt wird.

⁵⁴ Homepage der sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“:
<http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=34> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

⁵⁵ Vgl. Spieß (2011), S. 179.

3. Diskurstheorie

3.1. Der Diskursbegriff

Texte sind keine singulären Phänomene, sondern sie sind eingebettet in unterschiedliche Kontexte. Diese Kontexte werden unter dem Begriff *Diskurs* zusammengefasst. Diskurse bestehen aus thematisch zusammengehörenden Texten und bilden dadurch textübergreifende Zusammenhänge⁵⁶: „Texte sind [...] keine einzelnen und geschlossenen Erscheinungsformen von Sprache, sondern inhaltlich, formal und funktional im Rahmen von Diskursen miteinander verbunden“⁵⁷. Ausgehend von der kleinsten Einheit sprachlicher Äußerungen ist der Diskurs hierarchisch an oberster Stelle angesiedelt:

[Diskurs [Text [Satz [Wort [Morphem [Phonem]]]]]]⁵⁸

Da sich Diskurse über der Textebene befinden, können sie als Erweiterung der Einheit Text aufgefasst werden.⁵⁹ Diese Erweiterung des Verständnisses von Texten und Kontexten ist insbesondere Julia Kristeva zu verdanken, die in den 1960er Jahren den Begriff *Intertextualität* geprägt hat. Texte sind intertextuell, da sie implizit oder explizit Bezug auf andere Texte nehmen und aufgrund dessen diskursiv geprägt sind.⁶⁰

Der Begriff *Diskurs* wurde im Lauf der Zeit mit verschiedenen Bedeutungen versehen und wird auch heute noch, sowohl in der Wissenschaft als auch im Alltag, unterschiedlich verwendet. Er wurde im 16. Jahrhundert vom französischen Wort *discours* entlehnt, das Verkehr, Umgang oder Gespräch bedeutet. Vorerst wurde der Begriff *Diskurs* in Zusammenhang mit einem wissenschaftlichen Gespräch oder einer wissenschaftlichen Abhandlung verwendet. Seit dem 17. Jahrhundert gilt er als Synonym für eine Konversation.⁶¹ Ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat der Begriff eine „massive Bedeutungsveränderung erfahren“⁶². Der französische Philosoph Michel Foucault prägte nachhaltig den wissenschaftlichen Diskursbegriff und die Diskursanalyse.⁶³ Ab den 1970er

⁵⁶ Vgl. Warnke, Ingo H. (2008): Text und Diskurslinguistik, in: Janich, Nina (Hg.): Textlinguistik. 15 Einführungen, Tübingen, S. 35-37.

⁵⁷ Kilian, Jörg/Niehr, Thomas/Schiewe, Jürgen (2012): Sprachkritik. Ansätze und Methoden der kritischen Sprachbetrachtung, Berlin/New York, S. 45.

⁵⁸ Vgl. Warnke (2008), S. 36.

⁵⁹ Vgl. Kilian/Niehr/Schiewe (2012), S. 45.

⁶⁰ Vgl. Warnke (2008), S. 36.

⁶¹ Vgl. Warnke, Ingo H. (2007): Diskurslinguistik nach Foucault – Dimensionen einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen, in: ders. (Hg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände (=Linguistik – Impulse & Tendenzen 25), Berlin, S. 3.

⁶² Warnke (2007), S. 3.

⁶³ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 3.

Jahren fand eine interdisziplinäre Verbreitung Foucaults in den Geistes- und Sozialwissenschaften statt. Die Bedeutung des Begriffes *Diskurs* wurde unterschiedlich ausgelegt, da die wissenschaftlichen Teildisziplinen ihm unterschiedliche Perspektiven zu Grunde legten.⁶⁴ Spitzmüller und Warnke sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Bedeutungskonkurrenz“⁶⁵. Gleichzeitig wurde der Begriff durch die Medien öffentlich bekanntgemacht. Dadurch erfuhr er „eine starke Bedeutungserweiterung“⁶⁶ und wurde zusätzlich synonym zum Begriff *Dialog* verwendet. Festgehalten werden kann, dass der Terminus *Diskurs* transdisziplinär und keiner bestimmten Theorie angehört ist. Unterschiedliche Phänomene werden unter diesem Begriff zusammengefasst.⁶⁷ Von daher existiert auch keine richtige oder falsche Auffassung des Begriffes und seinen zu Grunde liegenden Theorien. Welche Diskurstheorie verwendet und welcher Diskursbegriff zu Grunde gelegt wird, steht in Abhängigkeit von der Fragestellung und des Forschungsinteresses.⁶⁸ In den folgenden Kapiteln wird die Etablierung des Diskursbegriffes in der Sprachwissenschaft dargestellt und einen Überblick gegeben, welche unterschiedlichen Theorien sich aus ihm entwickelt haben. Dabei wird explizit auf die zwei größten diskurstheoretischen Lager in der Sprachwissenschaft eingegangen.

3.2. Die Diskurslinguistik

Der linguistische Diskursbegriff etablierte sich aus dem amerikanischen Strukturalismus, in diesem *Diskurs* synonym zu *Text* verwendet wurde.⁶⁹ Der amerikanische Sprachwissenschaftler Zellig S. Harris definierte *Diskurs* als satzüberschreitende sprachliche Äußerungsform⁷⁰. Die Äußerungsformen können dabei sowohl gesprochen als auch mündlich formuliert sein. Die funktionale Pragmatik beschränkte den Diskursbegriff von Harris auf rein mündliche Äußerungsformen. Der lediglich auf die gesprochene Sprache fixierte Diskursbegriff war in den 1980/90er Jahren innerhalb der Linguistik weit verbreitet. Warnke spricht von diesen Definitionen als einzeltextbezogene Phänomene. Sie beziehen sich auf Texte, Dialoge und Gespräche, die sich gegen andere Äußerungen abgrenzen.⁷¹ Im Gegensatz zur Linguistik verwendeten andere Disziplinen innerhalb der Geisteswissenschaft bereits

⁶⁴ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 5.

⁶⁵ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 5.

⁶⁶ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 6.

⁶⁷ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 5.

⁶⁸ Vgl. Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen (=Quantitative Sozialforschung 14), Wiesbaden, S. 63.

⁶⁹ Vgl. Warnke (2007), S. 3f.

⁷⁰ Harris, Zellig S. (1952): Discourse Analysis, in: Language 28, S. 1-30.

⁷¹ Vgl. Warnke (2007), S. 4f.

früher einen Diskursbegriff in Anlehnung an Foucault. Nach Foucaults Verständnis sind Diskurse keine einzeltextbezogenen Erscheinungen, sondern thematisch zusammengehörende Texte. Foucault definiert Diskurse als „eine Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören“⁷². Die einzelnen Aussagen stehen in bestimmten Beziehungen zueinander. Diese Beziehungen bilden die diskursive Formation, der Formationsregeln zu Grunde liegen. Die Regeln beinhalten die Beziehung der Bedingungen, unter denen ein Diskursgegenstand auftritt und die Beziehungen, die Institutionen, gesellschaftliche und ökonomische Prozesse, Normen, usw. herstellen.⁷³ Daher müssen neben dem rein Sprachlichen auch die Kontexte berücksichtigt werden, da diese den Diskurs regeln. Foucault legt daher seinen Fokus nicht primär auf die Sprache. Er erweitert die Auffassung von Diskursen um soziale Strukturen, welche sich in ihnen befinden:

Zwar bestehen diese Diskurse aus Zeichen; aber sie benutzen diese Zeichen für mehr als nur zur Bezeichnung der Sachen. Dieses *mehr* macht sie irreduzibel auf das Sprechen und die Sprache. Dieses *mehr* muss man ans Licht bringen und beschreiben.⁷⁴

Folgt man der Ansicht Foucaults, sind Diskurse nicht „transparent und neutral“⁷⁵. Sie werden gebändigt durch „Prozeduren der Ausschließung“⁷⁶, die sich in der Gesellschaft befinden. Diese Ausschließungen treten von außen und von innen an den Diskurs heran und stehen in Zusammenhang mit Macht und Wissen. Hierbei spielen die Akteure des Diskurses eine große Rolle, da sie kontrollieren wer, wie und wo Zugang zum Diskurs erhält.⁷⁷ Die „Frage nach der Beziehung von Akteuren, Wissen und Macht“⁷⁸ ist daher ein zentrales Anliegen Foucaults um diese „Formen der Ausschließung, der Einschränkung, der Aneignung“⁷⁹ aufdecken zu können.

Durch die Etablierung Foucaults in den unterschiedlichen Disziplinen der Geisteswissenschaften, der Philosophie, der Soziologie und der Literaturwissenschaften, kam es mit einiger Verzögerung auch in der Linguistik „zu einer Erweiterung des terminologischen Spektrums“⁸⁰. Diese Erweiterung äußerte sich in der Textlinguistik durch die anfangs genannte Auffassung, dass Texte in Diskursen eingebettet sind und sie „nicht

⁷² Foucault, Michel (1969a): Archäologie des Wissens. Übersetzt von Ulrich Köppen, in: Michel Foucault. Die Hauptwerke, Frankfurt am Main 2008, S. 589.

⁷³ Vgl. Foucault (1969a), S. 514-521.

⁷⁴ Foucault, Michel (1969b): Archäologie des Wissens. Übersetzt von Ulrich Köppen, Frankfurt am Main 1977, S. 74.

⁷⁵ Foucault, Michel (1970): Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970. Herausgegeben von Wolf Lepenies und Henning Ritter, München 1974, S. 8.

⁷⁶ Foucault (1970), S. 7.

⁷⁷ Vgl. Foucault (1970), S. 26.

⁷⁸ Warnke (2008), S. 40.

⁷⁹ Foucault (1970), S. 41.

⁸⁰ Warnke (2007), S. 6.

weiterhin als selbständige Einheit die größte linguistisch zu beschreibende Einheit⁸¹ darstellen. In einigen linguistischen Teildisziplinen kam es bereits zu einer früheren Aneignung poststrukturalistischer Diskurstheorien. Ab den 1980er Jahren wurden innerhalb der germanistischen Linguistik die Theorien Foucaults und anderer französischer Diskurstheoretiker übernommen. Deren Rezeption ist allerdings auf unterschiedliche Art und Weise erfolgt. Es existieren innerhalb der Diskurslinguistik zwei verschiedene Ausprägungen, die sich jedoch beide auf Foucault beziehen: die textualistische sowie die epistemologische Diskurslinguistik.⁸² Die textualistische Diskurslinguistik gilt als Erweiterung der Textlinguistik. Sie untersucht „intertextuelle Verweise und thematisch-funktionale Übereinstimmungen von Texten in Diskursen“⁸³. Der Fokus der epistemologischen Diskurslinguistik richtet sich darauf, „Erkenntnisse über zeittypische Formationen des Sprechens und Denkens über die Welt gewinnen“⁸⁴. Sie orientiert sich noch stärker als die textualistische Diskurslinguistik an den Schriften Foucaults und an seinen Epistemologiebegriff.⁸⁵ Foucault vertritt den epistemologischen Standpunkt, „dessen wichtigste Grundlage eben die Auffassung ist, dass Wissen – auch unser Wissen – kulturell, historisch und sozial verankert ist“⁸⁶. Er definiert ihn wie folgt: „Unter *Episteme* versteht man in der Tat die Gesamtheit der Beziehungen, die in einer gegebenen Zeit die diskursiven Praktiken vereinigen können“⁸⁷. Die textualistische und die epistemologische Diskurslinguistik lassen sich allerdings in der Praxis kaum voneinander trennen, da auch die epistemologische Diskurslinguistik Texte für ihre Untersuchung benötigt.⁸⁸ Im Zuge der Rezeption Foucaults in der Linguistik spalteten sich in den 1990er Jahren zwei große Lager heraus: die Critical Discourse Analysis (CDA) mit der darauf beruhenden Kritischen Diskursanalyse und die Diskurssemantik.⁸⁹ Beide Teildisziplinen berufen sich „auf die französische Diskurstheorie und auf deren epistemologische Positionen“⁹⁰. Allerdings haben sich beide Lager bisher weder ausgetauscht noch zusammen gearbeitet. Im Gegenteil, meist beschuldigen sie sich unzulänglicher Diskurstheorien.⁹¹ In den nächsten beiden Unterkapiteln werden die Unterschiede der beiden diskurslinguistischen Richtungen dargestellt.

⁸¹ Warnke (2007), S. 7.

⁸² Vgl. Warnke (2008), S. 37.

⁸³ Warnke (2008), S. 37.

⁸⁴ Warnke (2008), S. 37.

⁸⁵ Vgl. Warnke (2008), S. 38.

⁸⁶ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 77.

⁸⁷ Foucault (1969b), S. 272.

⁸⁸ Vgl. Warnke (2008), S. 38.

⁸⁹ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 79.

⁹⁰ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 79.

⁹¹ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 80.

3.2.1. Die Kritische Diskursanalyse

Die Kritische Diskursanalyse beruht auf der im angloamerikanischen Raum angesiedelten CDA. Der CDA liegt ein aufklärerischer Anspruch zu Grunde, da sich ihr Interesse nicht lediglich auf die Beschreibung, sondern auf die Erklärung sozialer Interaktion und Strukturen richtet. Aus diesem Grund untersucht die CDA überwiegend die Art und Weise des Gebrauchs sozialer Macht.⁹² Basierend auf der CDA entwickelte in den 1980er Jahren der deutsche Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger die Kritische Diskursanalyse, welche er unter anderem an den Schriften Foucaults anlehnte.⁹³ Jäger definiert Diskurse als Wissensträger von Wahrheiten.⁹⁴ Dabei orientiert er sich stark an Foucault, der Wahrheiten der Wirklichkeit zuordnet.⁹⁵ Nach Jäger gibt es keine allgemeingültigen Wahrheiten.⁹⁶ Die Wirklichkeit wird „unterschiedlich gedeutet, je nach Interessenslage, nach Zielvorstellungen, Traditionen und unterschiedlicher Geschichte. Daher gibt es immer einen Streit um Wahrheit, um die Geltung von Normen, Werten, Gültigkeiten“⁹⁷. Kritische Diskursanalysen hinterfragen und problematisieren diese Deutungskämpfe. Diskurse spiegeln nämlich nicht einfach die gesellschaftliche Wirklichkeit wider, denn die Subjekte des Diskurses, die Akteure, bestimmen und formen die Wirklichkeit durch den Diskurs. Diskurse formieren demnach Bewusstsein, daher sollen nach Jäger die Produktion von Wirklichkeiten durch die Diskurse bzw. durch die Akteure in den Diskursen analysiert werden.⁹⁸ Jägers Kritik richtet sich an die jeweiligen Gültigkeiten der Wahrheit, welche in den Diskursen konstruiert wird.⁹⁹ Er formuliert dies wie folgt:

Statt dessen haben wir es mit jeweiligen Gültigkeiten zu tun, allenfalls mit jeweiligen, wenn auch manchmal sich lange Zeit haltenden, Verfestigungen von Wahrheiten, also mit Wissen, das normativ und ideologisch verfestigt ist und durch Macht- und Herrschaftsbedingungen stabilisiert wird, mit deren Änderungen selbst veränderbar¹⁰⁰.

Die Verbindung Foucaults von Wissen und Macht wird auch bei Jäger ersichtlich. Nach Jäger sind Diskurse Wissensträger und üben gleichzeitig Macht aus. Diese Macht in Diskursen beruht auf der Tatsache, dass sie „institutionalisiert, geregelt und an Handlungen gekoppelt

⁹² Vgl. van Dijk, Teun A. (2003): Critical Discourse Analysis, in: Schiffrin, Deborah/Tannen, Deborah/Hamilton, Heidi E. (Hgg.): The Handbook of Discourse Analysis, Malden/Oxford/Melbourne/Berlin, S. 352f.

⁹³ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 106.

⁹⁴ Vgl. Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden, S. 20.

⁹⁵ Vgl. Jäger/Jäger (2007), S. 7.

⁹⁶ Vgl. Jäger, Siegfried (2009): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster, S. 215.

⁹⁷ Jäger/Jäger (2007), S. 7f.

⁹⁸ Vgl. Jäger/Jäger (2007), S. 23f.

⁹⁹ Vgl. Jäger (2009), S. 215.

¹⁰⁰ Jäger (2009), S. 215.

sind“¹⁰¹. Diskurse transportieren und legitimieren demnach Macht.¹⁰² Die kritische Diskursanalyse nimmt dies zum Anlass, Diskurse zu problematisieren. Auf deren Basis betreibt sie Gesellschafts-, Macht- und Wissenskritik. Jäger hat sich wie Foucault zum Ziel gesetzt, die Einengungen und Überschreitungen aufzeigen, welche einen Diskurs regeln. Als Grundlage für eine (kritische) Diskursanalyse hat Jäger Begriffe definiert, die eine Basis für das grundlegende Verständnis von Diskursen bilden und deren Vernetzung untereinander aufzeigen. Die Begriffe werden ebenfalls in dieser Arbeit verwendet. Thematisch identische Themen bilden *Diskursstränge*. Diskursstränge enthalten homogene Aussagen, die entweder eine synchrone oder diachrone Dimension beinhalten können. Ein singulärer Text aus einem Diskursstrang bezeichnet Jäger als *Diskursfragment*. Ein Diskurs wird durch *diskursive Ereignisse* und *Kontexte* beeinflusst. Die Diskursstränge liegen auf verschiedenen *Diskursebenen*, die aber nicht getrennt, sondern miteinander verbunden sind. Die Diskursebene, auf der sich der Diskurs zur Einführung des Betreuungsgeldes befindet, ist die Politik. Subjekte nehmen im Diskurs *Diskurspositionen* ein. Wenn in einem Text eines Diskurses auch Teile anderer Diskurse enthalten sind, zum Beispiel durch Bezugnahmen oder Zitate, bilden sich *Diskurs(strang)verschränkungen*. Personen bzw. Gruppen die identische Ansichten, Ideologien, Wahrheiten, etc. teilen, befinden sich in *Diskursgemeinschaften*. Alle Diskurse sind innerhalb des *gesamtgesellschaftlichen Diskurses* miteinander verflochten.¹⁰³

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kritische Diskursanalyse nicht das primäre Ziel verfolgt Sprache zu analysieren, sondern deren Verwendung zu kritisieren. Sie geht davon aus, dass Diskurse sozial gestaltet und konstituiert sind und daher Instrumente der Macht darstellen. Die zentrale Aufgabe der Kritischen Diskursanalyse ist demnach die Aufdeckung und Kritik dieser Macht.¹⁰⁴ Jägers Kritische Diskursanalyse ist aufgrund dessen eher dem sozialwissenschaftlichen Bereich zu zuordnen, da es sich nach ihm nicht primär um Sprachkritik, sondern um Gesellschaftskritik handelt.¹⁰⁵ Die Beantwortung linguistischer Fragestellungen rückt dabei in den Hintergrund. Im Gegensatz dazu beinhaltet das Forschungsinteresse der Diskurssemantik die linguistische Beschreibung von Diskursen. Hierbei steht die Analyse der semantischen Beziehungen in Diskursen im Mittelpunkt.

¹⁰¹ Jäger/Jäger (2007), S. 19.

¹⁰² Vgl. Jäger/Jäger (2007), S. 21.

¹⁰³ Vgl. Jäger/Jäger (2007), S. 25-31.

¹⁰⁴ Vgl. Blommaert, Jan (2005): *Discourse. A Critical Introduction*, Cambridge, S. 25.

¹⁰⁵ Vgl. Keller (2011), S. 27.

3.2.2. Die Diskurssemantik

Durch die Untersuchung von Begriffen kann Rückschluss „auf die zugrundeliegende Weltsicht und die Motivation des Sprechers, ebenso wie auf die epistemischen Voraussetzungen, die seine Aussagen oder Begriffsprägungen in der gegebenen Form überhaupt erst möglich gemacht haben“¹⁰⁶, erfolgen. Von daher liegt der Fokus diskurssemantischer Analysen auf Begriffen und Aussagen in Texten sowie auf ihrer Verknüpfung in Diskursen. In seiner Dissertation im Jahr 1987 entwirft Dietrich Busse eine Diskurssemantik, die er unter anderem auf Foucault aufbaut.¹⁰⁷ Busse bezeichnet darin die Diskursanalyse „als Methode der historischen Wissensanalyse“¹⁰⁸. Wissen ist für ihn die Voraussetzung für kommunikatives Handeln. Nach Busse benötigt man einen epistemischen Hintergrund, um eine Äußerung hervorzubringen und verstehen zu können.¹⁰⁹ Die Rahmenbedingungen spielen hierbei ebenfalls eine Rolle, da kommunikative Handlungen situations- und kontextgebunden sind. Des Weiteren müssen der Autor und seine Position, das Kommunikationsmedium, das Publikum und der Kontext berücksichtigt werden, um den Sinn einer Äußerung erschließen zu können. Die Analyse der einzelnen kommunikativen Handlungen ermöglicht es, ihre diskursive Regelmäßigkeiten und Verflechtungen zu betrachten.¹¹⁰

Durch die Diskurssemantik wird die Diskursanalyse in Beziehung zur Wort- und Begriffsgeschichte gesetzt. Die Diskurssemantik ist eine diachrone Semantik, die die Wort- und Begriffsgeschichte durch neue Fragestellungen und entsprechend durch neue Methoden erweitert. Ihr sprachwissenschaftliches Interesse an Diskursen liegt in der kontextabhängigen Verwendung von Wörtern zum Zweck der Feststellung einer begrifflichen Äquivalenz oder einem Bedeutungswandel.¹¹¹ Busse und Teubert definieren daher Diskurse als „virtuelle Textkorpora, deren Zusammensetzung durch im weitesten Sinne inhaltliche (bzw. semantische) Kriterien bestimmt wird“¹¹². Die Texte eines Diskurses beschäftigen sich mit einem bestimmten Gegenstand, haben semantische Beziehungen miteinander und nehmen

¹⁰⁶ Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (1994): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik, in: Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hgg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, Opladen, S. 25.

¹⁰⁷ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 81.

¹⁰⁸ Busse, Dietrich (1987): Historische Semantik. Analyse eines Programms (=Sprache und Geschichte 13), Stuttgart, S. 251.

¹⁰⁹ Vgl. Busse (1987), S. 251f.

¹¹⁰ Vgl. Busse (1987), S. 260f.

¹¹¹ Vgl. Busse/Teubert (1994), S. 18.

¹¹² Busse/Teubert (1994), S. 14.

explizit oder implizit Bezug aufeinander.¹¹³ Die Einheit des Diskurses wird demnach durch ihre semantischen Beziehungen und thematischen Zusammenhänge gewährleistet: „Diskursive Beziehungen sind – in einem weiten Sinne von Semantik – semantische Beziehungen“¹¹⁴. Busse und Teubert stellen aus diesen Gründen einen Zusammenhang zwischen Diskursanalyse und semantischen Analysen her.¹¹⁵ Allerdings setzt die Diskursanalyse die Ergebnisse einer satzsemantischen Analyse einzeltextübergreifend in Beziehung zum Korpus und beschränkt sich nicht nur auf die Untersuchung einzelner Lexeme. Semantische und epistemische Beziehungen werden dabei miteinbezogen.¹¹⁶ Die Diskursanalyse kann sich jedoch auf die Wortsemantik oder die Begriffsanalyse beziehen, denn bestimmte Begriffe können als Struktur oder Strömung in Diskursen stehen und Ausdruck von Diskursbeziehungen sein. Hierfür dienen die kontextbezogenen semantischen Beziehungen oder die Beziehungen zwischen Aussagen. Die Diskurssemantik bezieht neben semantischen auch textanalytische Beziehungen ein. Begriffe in einem Diskurs können unterschiedlich konnotiert sein. Dies kann lediglich mit Hilfe von syntagmatischen Verknüpfungen überprüft werden.¹¹⁷ Eine solche Analyse kann zum Ergebnis führen, „daß es innerhalb eines Diskurses mehrere miteinander konkurrierende Begriffs- und/oder Aussagengefüge gibt, die alternative Sichtweisen repräsentieren und die in ihrem Verhältnis zueinander zu beschreiben sind“¹¹⁸. Die Diskurssemantik erweitert demnach die Analyse der Begriffe um eine Analyse von Begriffsnetzen, die über den einzelnen Text hinausgehen und Aussagenetze mit intertextuellen und diskursiven Beziehungen bilden.¹¹⁹

Die letzten beiden Unterkapitel haben einen Überblick über die Theorien der beiden großen diskurslinguistischen Lager gegeben. Innerhalb der Auseinandersetzung zwischen der Kritischen Diskursanalyse und der semantisch deskriptiven Diskursanalyse handelt es sich primär um die Frage, „ob Analysen (politische) Wertung enthalten dürfen“¹²⁰. Während die deskriptive Diskursanalyse Diskurse (lediglich) sprachlich beschreibt, möchte die Kritische Diskursanalyse die Machtbeziehungen in den Diskursen kritisieren, was wiederum vom deskriptiven Lager als unwissenschaftlich angesehen wird.¹²¹ Spitzmüller und Warnke betonen allerdings, dass die Divergenz beider Lager nicht so groß ist wie es auf den ersten

¹¹³ Vgl. Busse/Teubert (1994), S. 14.

¹¹⁴ Busse/Teubert (1994), S. 16.

¹¹⁵ Vgl. Busse/Teubert (1994), S. 16.

¹¹⁶ Vgl. Busse/Teubert (1994), S. 19.

¹¹⁷ Vgl. Busse/Teubert (1994), S. 22.

¹¹⁸ Busse/Teubert (1994), S. 23.

¹¹⁹ Busse/Teubert (1994), S. 23.

¹²⁰ Warnke (2008), S. 41.

¹²¹ Vgl. Warnke (2008), S. 41

Blick erscheint. Deshalb betrachten sie sie auch nicht getrennt voneinander. Sie sprechen sich dafür aus beide Lager zusammenzuführen, da beide wesentliches für die Diskurslinguistik beigetragen haben. Diese breiten Erkenntnisse sind für die Diskurslinguistik von Vorteil.¹²² Spitzmüller und Warnke entwickelten das Analyse-Modell DIMEAN, in diesem sie Grundannahmen theoretischer und methodologischer Art formulieren, die als Basis für beide diskurslinguistischen Lager dienen kann. Aus diesem Grund ist DIMEAN in der Mitte beider Richtungen angesiedelt. DIMEAN integriert wichtige Konzepte, Theorien und Methoden der diskurssemantischen und kritisch-machanalytischen Diskursanalyse zu einer Diskurslinguistik.¹²³ Im folgenden Kapitel wird das DIMEAN-Modell erläutert und einen Überblick über die darin enthaltenen verschiedenen Analysekatoren gegeben.

3.2.3. Die diskurslinguistische Mehr-Ebenen-Analyse (DIMEAN)

Das DIMEAN-Modell von Spitzmüller und Warnke bietet eine breite und vielschichtige Basis für diskurslinguistische Analysen an. Allerdings ist es nicht als strikte Methode vorgesehen. Vielmehr verstehen Spitzmüller und Warnke ihr Modell als „methodologischen Rahmen“¹²⁴, der Orientierungen und Möglichkeiten für eine diskurslinguistische Analyse zur Verfügung stellt. DIMEAN gewährt die Begründbarkeit und Nachvollziehbarkeit diskurslinguistischer Analysen sowie die Möglichkeit der Darstellung von Zusammenhängen.¹²⁵ In Abhängigkeit vom Diskurs, der Fragestellung und des Erkenntnisinteresses kann aus den angebotenen Kategorien ausgewählt werden. Spitzmüller und Warnke vereinen im DIMEAN-Modell dezidiert sprachwissenschaftliche Aspekte mit Foucaults diskurstheoretischen Überlegungen.¹²⁶ Auf der sprachwissenschaftlichen Ebene erfolgt eine „Integration von Textlinguistik, Stilistik und anderen Teildisziplinen in die Diskurslinguistik“¹²⁷. Die Verwendung des DIMEAN-Modells reduziert die Gefahr einer Unterspezifiziertheit oder Übergeneriertheit der Analyse. Warnke warnt vor einer Unterspezifiziertheit, die auftreten kann, wenn die Diskurslinguistik „über ihren Gegenstand weniger in Erfahrung bringt, als dies mit Methoden der Sprachwissenschaft möglich ist“¹²⁸. Dies ist der Fall, wenn man sich in der Untersuchung lediglich auf Begriffe oder Nomina konzentriert. Wie bereits im diskurstheoretischen Kapitel erläutert, bestehen Diskurse aus mehr als nur Zeichen. Daher ist die Frage nach den Akteuren ein wesentlicher Bestandteil des DIMEAN-Modells. Im

¹²² Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 80.

¹²³ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 117.

¹²⁴ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 135.

¹²⁵ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 136.

¹²⁶ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 136.

¹²⁷ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 187.

¹²⁸ Warnke (2008), S. 42.

Gegensatz dazu birgt die Analyse von Bereichen, welche über die sprachwissenschaftliche Kompetenz hinausgehen, die Gefahr einer Übergeneriertheit.¹²⁹

DIMEAN ist ein mehrstufiges Modell, dass sich in drei Ebenen aufteilt: in die intratextuelle Ebene, die Ebene der Akteure und in die transtextuelle Ebene.¹³⁰ Spitzmüller und Warnke begründen diese Aufteilung in der oben genannten Integration von Teildisziplinen der Sprachwissenschaft und in dem „empirischen Nutzen einer solchen Trennung“¹³¹. Die drei Ebenen sind eng miteinander verknüpft, denn die Analyse von Diskursen erfolgt durch die ganzheitliche Betrachtung aller Ebenen: „Der Diskurs ist [...] erst dort Diskurs, wo intratextuelle Phänomene, Akteure und transtextuelle Strukturen interagieren“¹³². Vor der Analyse wird der Korpus generiert, d.h. es werden für die Fragestellung relevante Texte definiert und gesammelt. Danach findet die Erstlektüre der Texte statt, in welcher sprachliche Auffälligkeiten notiert werden. Diese Sammlung von Wörtern, Bedeutungen, Strukturen, etc. beruht jeweils auf einem einzelnen Text. Im nächsten Schritt werden diese Daten zu einem intratextuellen System, der intratextuellen Ebene, geordnet.¹³³

3.2.3.1. Intratextuelle Ebene

Die intratextuelle Ebene beschäftigt sich mit der kleinsten Einheit eines Diskurses, den singulären Texten und den darin enthaltenen Aussagen.¹³⁴ Sie „umfasst [...] die Gesamtheit diskurslinguistisch relevanter Phänomene in Einzeltexten“¹³⁵. Der Fokus der intratextuellen Ebene liegt auf semantischen Analysekategorien. Die Semantik von Texten spielt innerhalb einer diskurslinguistischen Analyse eine große Rolle, da „ihre thematisch-inhaltliche Struktur bzw. die semantische Funktion von formalen Texteigenschaften“¹³⁶ wesentlich dazu beiträgt, Diskurspositionen zu verdeutlichen und in der Analyse bestimmen zu können. Die intratextuelle Ebene ist gegliedert in die wortorientierte, propositionsorientierte und textorientierte Analyse:

¹²⁹ Vgl. Warnke (2008), S. 42.

¹³⁰ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 136.

¹³¹ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 187.

¹³² Spitzmüller/Warnke (2011), S. 187.

¹³³ Vgl. Warnke (2008), S. 45.

¹³⁴ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 137.

¹³⁵ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 138.

¹³⁶ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 157.

Intratextuelle Ebene	Textorientierte Analyse	Visuelle Textstruktur	<ul style="list-style-type: none"> – [...] <ul style="list-style-type: none"> – <i>Text-Bild-Beziehungen</i> – <i>Typographie</i> – <i>Materialität</i>
		Makrostruktur: Textthema(ta)	<ul style="list-style-type: none"> – [...] – <i>Metaphernfelder</i> – <i>Lexikalische Felder</i> – <i>Isotopie- und Oppositionslinien</i>
		Mesostruktur: Themen in Textteilen	<ul style="list-style-type: none"> – <i>Themenentfaltung</i> – <i>Textfunktionen</i> – <i>Textsorte</i>
	Propositionsorientierte Analyse	Textuelle Mikrostruktur: Propositionen	<ul style="list-style-type: none"> – [...] – <i>Syntaktische Muster</i> – <i>Rhetorische Tropen und Figuren</i> – <i>Metaphernlexeme</i> – <i>Deontische Bedeutung</i> – <i>Implikaturen, Präsuppositionen</i> – <i>Sprechakte</i>
	Wortorientierte Analyse	Mehrwort-Einheiten	<ul style="list-style-type: none"> – [...] – <i>Okkasionalismen</i> – <i>Schlagwörter</i> – <i>Schlüsselwörter</i>
		Einwort-Einheiten	<ul style="list-style-type: none"> – <i>Nomina continuativa</i> – <i>Nomina appellativa, Nomina collectiva</i> – <i>Nomina propria</i>

(Abbildung 1: Intratextuelle Ebene nach DIMEAN. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 201)

Unter der wortorientierten Analyse werden Ein-Wort- und Mehr-Wort-Einheiten im Text erfasst. Wörter enthalten „basale Elemente von Aussagen und [sind] als solche prominente Einheiten der diskurslinguistischen Analyse“¹³⁷. Hierbei handelt es nicht nur um einzelne Wörter als bedeutungstragende Elemente, sondern auch um Mehrworteinheiten, da diese die Funktion haben bedeutungsbildend zu sein.¹³⁸ Nominationen spielen hierbei eine besondere Rolle. Schlüsselwörter, Stigmawörter, Namen und Ad-hoc-Bildungen in Diskursen tragen dazu bei, bestimmte Diskurspositionen zu transportieren und zu erkennen. Auch lassen sich durch sie Anhaltspunkte in Bezug auf „Akteure, Adressaten, institutionelle Rahmenbedingungen und mehr“¹³⁹ finden. Die propositionsorientierte Analyse umfasst die Mikrostruktur der einzelnen Texte. Der Inhalt einer Aussage wird sprachlich durch Propositionen realisiert.¹⁴⁰ Jeder Sprecher verweist bzw. nimmt in einer Aussage durch die Referenz Bezug auf etwas oder jemanden. Durch die Prädikation, den Inhalt der Aussage, wird die Referenz präzisiert. Die Referenz und die Prädikation bilden somit den Vollzug propositionaler Akte.¹⁴¹ Die propositionsorientierte Analyse erweitert demnach die rein

¹³⁷ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 139.

¹³⁸ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 140.

¹³⁹ Spitzmüller/Warnke (2011), 140.

¹⁴⁰ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 145f.

¹⁴¹ Vgl. Searle, John R. (1969): Sprechakte. Ein Sprachphilosophischer Essay, Frankfurt am Main 1977, S. 39f.

lexikalische Perspektive der wortorientierten Analyse.¹⁴² Analyseklassen der propositionsorientierten Analyse bilden unter anderem Syntax, rhetorische Figuren und Tropen, Metaphern, Sprechakte und Implikaturen. Den dritten Analyseteil der intratextuellen Ebene bildet die textorientierte Analyse. Sie behandelt die Meso- und Makrostruktur des Textes. Unter der Mesostruktur werden „alle textgebundenen, satzübergreifenden Sprachformen, die als Teile von übergeordnet identifizierbaren Texten funktionieren, also Abschnitte in Texten, Absätze, Zitate im Text“¹⁴³ verstanden. Die Makrostruktur behandelt das Textthema. Meso- und Makrostruktur sind nur schwer voneinander abzugrenzen. Die Unterscheidung der beiden Strukturen begründen Wanke und Spitzmüller in ihrem empirischen Nutzen für die Analyse.¹⁴⁴ Innerhalb der Meso- und Makrostruktur sind lexikalische Felder, Metaphernfelder, lexikalische Oppositionslinien, Themenentfaltung, Textstrategien und -funktionen sowie die Textsorte vorgeschlagene Analysekatogorien. Die visuelle Textstruktur bildet eine weitere Kategorie innerhalb der textorientierten Analyse. Von zentraler Bedeutung hierbei sind „visuelle Dimensionen der Semantik“¹⁴⁵, wie Layout, Typographie, Text-Bild-Beziehungen und Materialität. Dies spielt vor allem bei Texten eine Rolle, die visuell aufbereitet sind.

3.2.3.2. Ebene der Akteure

Der Begriff *Akteur* stammt aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich und bezeichnet neben dem einzelnen Individuum auch Gruppen, Netzwerke, Institutionen und Parteien. Akteure haben eine besondere Stellung im Diskurs, da sie für die „Filterung von Aussagen“¹⁴⁶ zuständig sind und die intratextuelle und transtextuelle Ebene verbinden. Aus diesem Grund sind sie in der Mitte dieser beiden Ebenen angesiedelt. Spitzmüller und Warnke sprechen in Bezug auf die Funktion der Akteure von einem Text-Diskurs-Filter. Die Akteure filtern die Diskurshandlungen, denn sie legen fest „welche Aussagen in einen Diskurs überhaupt eingehen“¹⁴⁷. Dies geschieht über Diskursregeln. Sie selektieren, wer an dem Diskurs teilnimmt. Ein weiterer Filter ist die Diskursprägung. Sie beinhaltet die Regeln, nach denen singuläre Texte Teil des Diskurses werden. Bereits Foucault hat diese Regeln als Aufgabe der Akteure formuliert. Sie beinhalten „>Kontrolle< als externe Ausschließung vom Diskurs, >Selektion< als interne Prozedur der Diskurskontrolle, >Organisation< als Bedingung des

¹⁴² Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 147.

¹⁴³ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 157.

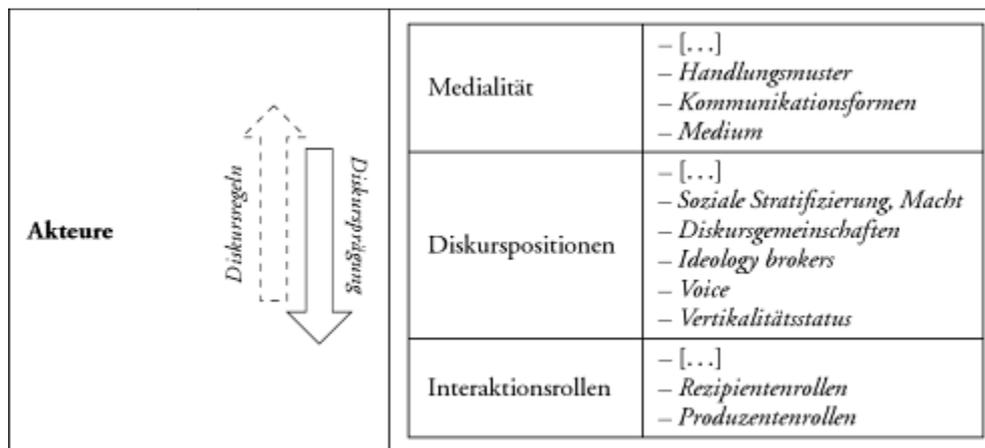
¹⁴⁴ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 158.

¹⁴⁵ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 158.

¹⁴⁶ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 173.

¹⁴⁷ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 173.

Diskurseinsatzes und >Kanalisation< als Formen der Eliminierung der Diskursrealität¹⁴⁸. Der Pfeil bei den Diskursregeln ist gestrichelt, da „jeder Text nur potenziell Teil an einem Diskurs hat“¹⁴⁹. Allerdings prägt der Diskurs jeden Text durch den Akteur bzw. die Akteure.¹⁵⁰



(Abbildung 2: Ebene der Akteure nach DIMEAN. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 201)

Die Ebene der Akteure beinhaltet drei verschiedene übergeordnete Kategorien: die Medialität, die Diskurspositionen und die Interaktionsrollen. Sie dienen als Filter zwischen dem Diskurs und dem einzelnen Text.¹⁵¹ Unter dem Aspekt der Medialität befinden sich die Kategorien Medium, Kommunikationsformen und -bereiche sowie Textmuster. Die Diskurspositionen beinhalten die sozialen Positionen der Akteure.¹⁵² Analysekatoren bilden hierbei soziale Stratifizierung/Macht, Diskursgemeinschaften, ideology brokers, voice und Vertikalitätsstatus. Die dritte Ebene der Akteure, die Interaktionsrollen, behandelt den Autor und die antizipierten Adressaten.

3.2.3.3. Transtextuelle Ebene

Ein einzelner Text stellt ein Diskursfragment dar, also einen Teiltext des Diskurses. Einzelne Texte bilden den Rahmen einer textlinguistischen Untersuchung. Eine Diskursanalyse hingegen beruht auf mehreren Texten, da ein singulärer Text nicht repräsentativ für den Diskurs stehen kann. Eine transtextuelle Analyse beinhaltet daher die Untersuchung mehrerer Texte.¹⁵³ Spitzmüller und Warnke empfehlen für eine diskurslinguistische Untersuchung mehrere Texte von mehreren Akteuren, „und zwar eine Vielzahl, die strukturelle

¹⁴⁸ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 174.

¹⁴⁹ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 174.

¹⁵⁰ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 174.

¹⁵¹ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 174.

¹⁵² Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 177.

¹⁵³ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 187.

Übereinstimmungen und Handlungsbezüge aufweist“¹⁵⁴. Die transtextuelle Ebene behandelt die diskursorientierte Analyse. Hier erfolgt eine textübergreifende Betrachtung der in der intratextuellen Ebene untersuchten Teiltex-te. Den Untersuchungsgegenstand bildet die „Struktur der Sprache und ihrer Funktionen“¹⁵⁵. Dies entspricht einem Blick über den Tellerrand bzw. über die Grenzen des einzelnen Textes hinaus.¹⁵⁶ Wenn man nach Foucault die Einheit eines Textes „hinterfragt, verliert sie ihre Evidenz; sie zeigt sich nicht selbst an, sie wird erst ausgehend von einem komplexen Feld des Diskurses konstruiert“¹⁵⁷. Durch transtextuelle Analyse-kategorien können „die Bezüge von singulären Texten und ihre Kontextualisierung durch Akteure“¹⁵⁸ untersucht und beschrieben werden. Mögliche Analyse-kategorien je nach Fragestellung der Untersuchung sind Intertextualität, Schemata, diskurssemantische Grundfiguren, Topoi, Sozialsymbolik, indexikalische Ordnungen, Historizität, Ideologien/Mentalitäten und allgemeine gesellschaftliche und politische Debatten.

Transtextuelle Ebene	Diskurs-orientierte Analyse	[...]
		<i>Ideologien, Gouvernamentalität, Mentalitäten</i>
		<i>Historizität</i>
		<i>Indexikalische Ordnungen, Sozialsymbolik</i>
		<i>Diskurssemantische Grundfiguren</i>
		<i>Frames, Topoi</i>
		<i>Intertextualität</i>

(Abbildung 3: Transtextuelle Ebene nach DIMEAN. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 201)

¹⁵⁴ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 188.

¹⁵⁵ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 187.

¹⁵⁶ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 187.

¹⁵⁷ Foucault (1969b), S. 36.

¹⁵⁸ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 188.

4. Korpus & Methode

Die Aktuelle Stunde ist eine parlamentarische Debatte, die die Möglichkeit bietet, über aktuelle politische Themen von allgemeinem Interesse zu sprechen.¹⁵⁹ Dabei gelten folgende Regeln: die Dauer ist auf eine Stunde begrenzt, die Redezeit eines Abgeordneten darf nicht länger als fünf Minuten betragen und es dürfen keine Erklärungen oder Reden vorgelesen werden.¹⁶⁰ Das Ziel der Aktuellen Stunde ist die Darlegung der unterschiedlichen Auffassungen der Regierung und der Opposition zu einem bestimmten politischen Thema.¹⁶¹ Dadurch bietet sie sich in besonderem Maße für die Zielsetzung dieser Arbeit an. Die Aktuelle Stunde dient vor allem der politischen Meinungsbildung in der Öffentlichkeit. „Denn es gibt keine Beschlüsse, es werden nicht fertige Lösungen vorgetragen und verteidigt, so(sic!)dern es werden, ohne zu einem verbindlichen Schluss kommen zu müssen, Elemente einer politischen Meinungsbildung in aller Öffentlichkeit diskutiert“¹⁶². Die Gegenstände der Aktuellen Stunden setzen sich aus aktuellen Themen des In- und Auslands zusammen. Aber auch „brisante Entscheidungen und politische Äußerungen“¹⁶³ werden thematisiert. „Teils werden sie zum Anlass genommen, eine politische Neubewertung oder jedenfalls Akzentuierung vorzunehmen, oft aber auch nur, um für die eigene Beurteilung bekannter Probleme erneut Aufmerksamkeit zu finden.“¹⁶⁴ Die Opposition nutzt die Möglichkeit der Aktuellen Stunde häufig, um die Glaubwürdigkeit der Regierung anzuzweifeln.¹⁶⁵

Den Untersuchungsgegenstand der Arbeit bilden die insgesamt dreizehn Redebeiträge der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag vom 09.11.2011. Die einzelnen Reden sind Teiltexthe aus dem Diskurs zum Betreuungsgeld und stellen nach Jäger Diskursfragmente dar. Sie stehen in schriftlicher Form auf der Homepage des Deutschen Bundestages im Plenarprotokoll vom 09.11.2011 zur Verfügung.¹⁶⁶ Das Plenarprotokoll beinhaltet neben den einzelnen Redebeiträgen auch Zwischenrufe von anderen Politikern, die jeweils in Klammern gesetzt sind. Diese werden in der Analyse nicht berücksichtigt. Die Aktuelle Stunde fand auf

¹⁵⁹ Vgl. Lichtenberg, Peter (1983): Die Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag. Ein Beitrag zur politischen Bildung und zum parlamentarischen Selbstverständnis (=Beiträge zum Parlamentsrecht 6), Berlin, S. 83.

¹⁶⁰ Vgl. Lichtenberg (1983), S. 69.

¹⁶¹ Vgl. Lichtenberg (1983), S. 77.

¹⁶² Lichtenberg (1983), S. 70.

¹⁶³ Ismayr (2000), S. 349.

¹⁶⁴ Ismayr (2000), S. 349.

¹⁶⁵ Vgl. Ismayr (2000), S. 349.

¹⁶⁶ Aktuelle Stunde. Nein zum Betreuungsgeld – Familien- und Bildungspolitik zukunftsfähig gestalten, in: Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 138. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 9. November 2011. Plenarprotokoll 17/138, S. 16415B-16434D.

Abrufbar im pdf-Format auf der Homepage des Deutschen Bundestages:

<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/399/39946.html> (letzter Zugriff: 25.02.2014).

Antrag der SPD unter dem Titel *Nein zum Betreuungsgeld – Familien- und Bildungspolitik zukunftsfähig gestalten* im Deutschen Bundestag statt. Den Anlass der Aktuellen Stunde bildete der Koalitionsgipfel der CDU/CSU und FDP der drei Tage zuvor, am 06.11.2011, stattfand. An diesem Tag einigten sich die Koalitionspartner auf die Einführung des Betreuungsgeldes. Der Koalitionsgipfel stellt ein diskursives Ereignis dar, da er die endgültige Entscheidung für das Betreuungsgeld markierte. Es wurde rechtskräftig festgelegt, dass es ab dem 01.08.2013 an den berechtigten Personenkreis ausgezahlt wird. Die dreizehn Redner der untersuchten Aktuellen Stunde setzen sich zusammen aus sechs Vertretern der Opposition, die als Betreuungsgeldgegner auftreten, und aus sieben Vertretern der Koalition, die das Betreuungsgeld befürworten. Die Redebeiträge wurden in folgender Reihenfolge geäußert: Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD), Dorothee Bär (CDU/CSU), Ralph Lenkert (Die Linke), Miriam Gruß (FDP), Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Kristina Schröder (CDU/CSU), Dagmar Ziegler (SPD), Sibylle Laurischk (FDP), Caren Marks (SPD), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Marianne Schieder (SPD), Daniela Ludwig (CDU/CSU), Dr. Peter Tauber (CDU/CSU). Die Leitung der Sitzung erfolgte durch Bundestagsvizepräsident Eduard Oswald. Die Redner werden in der folgenden Untersuchung gemäß dem Abkürzungsverzeichnis mit ihren jeweiligen Nachnamen genannt. Wörtliche Zitate aus dem Korpus werden in Kursivschrift gesetzt. Auffallend ist, dass in der Aktuellen Stunde dreizehn Politiker sprechen und nicht, wie in den anderen Aktuellen Stunden zum Betreuungsgeld, lediglich zwölf Redner. Auch fällt hinsichtlich der Reihenfolge der Redner auf, dass sich nicht immer Rede und Gegenrede abwechseln, sondern dass die letzten Redner, Ludwig und Tauber, der CDU/CSU angehören.¹⁶⁷ Der Grund hierfür konnte nicht ermittelt werden.

Die Analyse des Korpus erfolgt anhand des DIMEAN-Modells von Spitzmüller und Warnke. Wie bereits erläutert, bietet DIMEAN Analysekatoren an, welche individuell je nach Fragestellung ausgewählt werden können. Im Folgenden werden die Kategorien vorgestellt, die in der Analyse dieser Arbeit verwendet werden. Ebenso erfolgt eine Begründung, weshalb sie für die Untersuchung ausgewählt werden. Den Anfang der Untersuchung bilden die Akteure des Diskurses. Allerdings wird von der üblichen Reihenfolge von DIMEAN abgewichen, da die Akteure des Diskurses im Vorfeld bekannt sind. Ebenso kann anhand der Rekonstruktion des Diskurses¹⁶⁸ entnommen werden, dass sich die Koalitionsparteien,

¹⁶⁷ Siehe im Vergleich die anderen Aktuellen Stunden zur Einführung des Betreuungsgeldes, abrufbar auf der Homepage des gemeinnützigen Vereins *OffenesParlament*: <http://offenesparlament.de/ablauf?q=betreuungsgeld+aktuelle+stunde> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

¹⁶⁸ Siehe hierzu Kapitel 1.3. dieser Arbeit über den Diskurs zur Einführung des Betreuungsgeldes.

bestehend aus CDU/CSU und FDP, und die Oppositionsparteien, bestehend aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke, zu Diskursgemeinschaften zusammengeschlossen haben, um ihre jeweiligen Interessen zu vertreten. Die Untersuchung des Korpus erfolgt getrennt nach den Diskursgemeinschaften, um die Ergebnisse miteinander in Beziehung setzen und vergleichen zu können. Von daher ist es unerlässlich vorab zu klären, wie sich die beiden Akteursgruppen zusammensetzen und welche Ziele sie verfolgen. Nach der Untersuchung der Ebene der Akteure erfolgt die Analyse der intratextuellen und transtextuellen Ebene.

4.1. Die Ebene der Akteure

4.1.1. Diskursgemeinschaften

Wer spricht? Wer in der Menge aller sprechenden Individuen verfügt begründet über diese Art von Sprache? Wer ist ihr Inhaber? Wer erhält von ihr seine Einzigartigkeit, sein Prestige, und umgekehrt: Von wem erhält sie wenn nicht ihre Garantie, so wenigstens ihren Wahrheitsanspruch?¹⁶⁹

Die Fragen Foucaults nach der Identität der Diskursakteure und deren Legitimität bzw. Autorität im Diskurs werden in der Analysekategorie der Akteure behandelt. Aufgrund der Fragestellung dieser Arbeit interessieren hierbei insbesondere die Diskurspositionen. Eine große Rolle spielt vor allem die Frage, wie eigene Meinungen im Diskurs durchgesetzt werden. Die Nutzung von Pluralitäten, welche sich im Diskurs bilden, ist hierfür hilfreich. Die sogenannten Diskursgemeinschaften entstehen durch Identitätszuschreibungen, die soziolinguistisch erklärbar sind.¹⁷⁰ Jan Blommaert beschreibt Identität als das, wer und was du bist. Identität ist hierbei keine statische Größe, sondern abhängig von Kontext, Anlass und des Gegenstandsbereiches indem man sich aufhält.¹⁷¹ Die soziolinguistische Definition fasst Identität nicht als feste Größe auf, welche Individuen oder Gruppen kategorisiert, sondern als „*particular forms of semiotic potential, organised in a repertoire*“¹⁷². Identität ist eine Form sozialer Praxis. Eine häufige Ausprägung von Identitätsvorstellungen erfolgt durch die Gegenüberstellung des Anderen. Dabei können alle vorhandenen Zeichensysteme benutzt werden, um Identitäten zu konstruieren.¹⁷³ Die Bildung von gemeinsamen Identitäten in Diskursgemeinschaften wird genutzt, um Dominanz im Diskurs zu erlangen. Durch Pluralität werden Positionen untermauert und gestützt: „Eine Diskursgemeinschaft mit einheitlicher

¹⁶⁹ Foucault (1969b), S. 75.

¹⁷⁰ Vgl. Spitzmüller/Warneke (2011), S. 181.

¹⁷¹ Vgl. Blommaert (2005), S. 203.

¹⁷² Blommaert (2005), S. 207.

¹⁷³ Vgl. Blommaert (2005), S. 208.

Stimme und gemeinsamen Zielen“¹⁷⁴ bilden nach Spitzmüller und Warnke Vermarktungsstrategien der jeweiligen Positionen. Diskursgemeinschaften sind keine homogene Einheit, sondern sie sind dynamisch und vernetzt. Je nach Kontext können die Akteure unterschiedlichen Diskursgemeinschaften angehören. Neben diskursiven Praktiken der einzelnen Akteure müssen ebenfalls die Selbst- und Fremdzuschreibungen untersucht und verglichen werden, denn es handelt sich darum,

wie verschiedene Gruppen im Diskurs referenziert werden, mit welchen Ausdrücken sie in welchen Verbindungen gesehen werden [...]; mit solchen Benennungen sind stets auch Perspektiven auf Eigenschaften verbunden, die als geteiltes Wissen wiederum Bedeutung im Diskurs hervorbringen.¹⁷⁵

4.1.2. Ideology brokers

Im diskurstheoretischen Teil dieser Arbeit wurde bereits darauf eingegangen, dass die Beziehung zwischen Akteuren, Macht und Wissen für Foucault eine wesentliche Rolle spielt. In seiner Inauguralvorlesung im Jahr 1970 thematisierte er die „Formen der Ausschließung, der Einschränkung, der Aneignung“¹⁷⁶ von und durch Diskurse. Die Diskursakteure nehmen hierbei eine zentrale Stellung ein. Blommaert hat mit ideology brokers ein soziolinguistisches Konzept erarbeitet, mit dessen Hilfe die Erlangung von Dominanz bzw. Autorität in Diskursen, und somit das Durchsetzen der eigenen Meinung und die Einschränkung anderer Meinungen, aufgedeckt werden kann. Nach Blommaert sind Debatten diskursive Ereignisse, da sie Diskurse und Metadiskurse produzieren „and they result in a battery of texts that can be borrowed, quoted, echoed, vulgarized etc“¹⁷⁷. Debatten sind dynamische Gebilde, die sich immer wieder neu formieren können, da sie die Eigenschaft haben Texte zu formatieren und transformieren:

In sum, they are moments of textual formation and transformation, in which minority views can be transformed into majority views and vice versa, in which group-specific discourses can be incorporated into a master text, in which a variety of discursive means are mobilized and deployed (styles, genres, arguments, claims to authority), and in which sociopolitical alliances are shaped or altered in discourse.¹⁷⁸

Debatten bringen, direkt oder indirekt, Formen von Konflikt und Ungleichheit zwischen Gruppen und Sprechern hervor. Diese äußern sich in Beschränkungen bezüglich der Verwendung von Sprache und inhaltlicher Bezeichnungen.¹⁷⁹ Nach Blommaert sind Debatten

¹⁷⁴ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 181.

¹⁷⁵ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 181f.

¹⁷⁶ Foucault (1970), S. 41.

¹⁷⁷ Blommaert Jan (1999): The debate is open, in: ders. (Hg.): Language Ideological Debates, Berlin/New York, S. 10.

¹⁷⁸ Blommaert (1999), S. 10.

¹⁷⁹ Vgl. Blommaert (1999), S. 2.

historische Episoden von Textualisierungen, in denen Kämpfe zwischen verschiedenen Texten und Metatexten stattfinden. Diese Kämpfe dienen der Erlangung von Autorität zum Zweck der Festlegung von metadiskursiven Perspektiven auf Texte und diskursive Praktiken. Blommaert bezeichnet dies als *metadiskursive enttextualization*: Ein Text wird in einen bestimmten metadiskursiven Kontext eingesetzt, um die bevorzugte Lesart der Texte festzulegen. Diese strategische Praktik bezweckt die Akzeptanz von Metadiskursen in der Öffentlichkeit.¹⁸⁰ Ideology brokers kämpfen um die Autorität der Enttextualisierungen:

The struggle for authoritative enttextualization involves ideology brokers: categories of actors who, for reasons we set out to investigate, can claim authority in the field of debate [...]. The struggle develops usually over *definitions* of social realities: various representations of reality which are pitted against each other –discursively– with the aim of gaining authority for one particular representation.¹⁸¹

Das Konzept ideology brokers erfasst demnach die Positionen der Diskursakteure.¹⁸² Blommaert versteht darunter Akteure, die den Diskurs steuern bzw. dominieren und dadurch Autorität für sich im Diskurs behaupten.¹⁸³ Autorität kann durch unterschiedliche Faktoren erlangt werden, wie zum Beispiel durch soziale Positionen oder fachlichem Wissen. Ein ideology broker stärkt seine Position im Diskurs, indem er sie weiter ausbaut und dadurch andere Diskurspositionen schwächt. Die Autorität erfolgt demnach allein durch die Positionierung im Diskurs und nicht durch soziale Gegebenheiten. Sprachlich äußert sich dies durch Verweise auf Autoritäten, die dazu dienen die eigene Meinung zu untermauern und stärker zu positionieren.¹⁸⁴ Autoritäten können Experten sein, die besonders mit dem Thema vertraut sind. Es können auch Studien sein, die zitiert werden oder Verbände, Institutionen und Gesetzestexte, die dazu beitragen, die eigenen Thesen zu belegen. Die Berufung auf solche Experten oder Autoritäten dient nicht nur dazu die eigene Meinung zu untermauern, sondern auch um die anderen Meinungen zu diffamieren und zu schwächen. Zum Identifizieren solcher dominanten Positionen im Diskurs schlagen Spitzmüller und Warnke folgende Untersuchungsgegenstände vor:

metapragmatische Äußerungen wie Autoritätenverweise, Betonung eigener Expertise oder sprachliche Bewertungsstrategien [...] ebenso [...] implizite Positionierungsstrategien, etwa ein wiederholtes Sich-Einbringen von Akteuren [...] in den Diskurs und alle Arten von [...] Kontroll(versuch)en der Zugangsmöglichkeiten zum Diskurs durch >ideology brokers<¹⁸⁵.

¹⁸⁰ Vgl. Blommaert (1999), S. 9.

¹⁸¹ Blommaert (1999), S. 9.

¹⁸² Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 179.

¹⁸³ Vgl. Blommaert (1999), S. 9.

¹⁸⁴ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 179f.

¹⁸⁵ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 180.

Ebenfalls weisen sie darauf hin, dass Diskursgemeinschaften auch ideology brokers sein können. Sie unterscheiden die Kategorien Diskursgemeinschaften und ideology brokers „in funktionaler Hinsicht: Diskursgemeinschaften können *als* ideology brokers fungieren“¹⁸⁶. Die Untersuchung der Redebeiträge der Aktuellen Stunde wird daher nach Betreuungsgeldgegner und -befürwortern getrennt, um die Strategien der Diskurspositionierung deutlicher darstellen zu können. Für die Analyse von ideology brokers im Diskurs zur Einführung des Betreuungsgeldes werden die folgenden Kategorien von Spitzmüller und Warnke herangezogen: Verweise auf Autoritäten, Betonung der eigenen Expertise und sprachliche Bewertungsstrategien.

4.2. Intratextuelle Ebene

4.2.1. Wortorientierte Analyse

Im Kapitel über Sprache und Politik wurde bereits darauf eingegangen, dass wertendes Sprechen ein Mittel der politischen Kommunikation ist, um Akzeptanz und Zustimmung zu erreichen. Eine große Rolle hierbei nehmen Schlagwörter ein. Diese dienen im besonderen Maße der Analyse politischer Sprache, da

sie über einen bestimmten Zeitraum hinweg in öffentlicher politischer Kommunikation häufig auftreten, mit ihnen oft ein ganzes politisches Programm kondensiert erfasst und gleichzeitig die positive oder negative Einstellung gegenüber dem bezeichneten Programm transportiert wird¹⁸⁷.

Schlagwörter reduzieren die Wirklichkeit und laden sie emotional auf. Sie sind abhängig von ihrer politischen Aktualität, da sie erst dadurch zu werden.¹⁸⁸ Schlagwörter benennen, interpretieren und bewerten komplexe Sachverhalte und weisen eine appellative Funktion in Bezug auf gesellschaftliche Themen auf.¹⁸⁹ Im politischen Sprachgebrauch zeichnen sich Schlagwörter dadurch aus, dass „sie in öffentlichen Auseinandersetzungen häufig, oft inflatorisch, verwendet werden“¹⁹⁰ und dass „sie in komprimierter Form politische Einstellungen ausdrücken oder provozieren“¹⁹¹. Sie haben die Funktion, das Denken und Verhalten zu steuern und gelten daher als „Hauptwaffe der politischen Auseinandersetzung“¹⁹². Schlagwörter lassen sich nach ihrem gruppeninternen Gebrauch

¹⁸⁶ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 182.

¹⁸⁷ Schröter (2009), S. 20.

¹⁸⁸ Vgl. Girnth (2002), S. 52f.

¹⁸⁹ Vgl. Bußmann, Hadumod (2002): Lexikon der Sprachwissenschaft. Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage, Stuttgart, S. 584.

¹⁹⁰ Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik, in: ders. (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung, Opladen, S. 11.

¹⁹¹ Klein (1989), S. 11.

¹⁹² Klein (1989), S. 11.

gliedern. Hochwertwörter sind positiv konnotiert und werden für die Aufwertung der eigenen Gruppe verwendet. Durch Stigmawörter wird der politische Gegner abgewertet. Dadurch, dass sie entweder auf das eigene oder das fremde ideologische System referieren, werden sie auch als *Eigengruppen- und Fremdgruppenreferenz* bezeichnet.¹⁹³ Hochwert- und Stigmawörter werden innerhalb von Argumentationen verwendet um Akzeptanz zu schaffen, „kontroverse Standpunkte zu verschleiern oder hervorzuheben, um sich des Wortes der Gegenpartei zu bemächtigen oder das der Gegenpartei abzuwerten“¹⁹⁴. Hochwertwörter erfüllen eine doppelte Funktion: Durch sie kann eine implizite Argumentation sowie eine wertende Stellungnahme erfolgen. Sprechergruppen spezifizieren die Bedeutungen von Hochwertwörtern nach ihren eigenen Vorstellungen, so dass sie je nach Kontext und Sprecher unterschiedliche Bedeutungen haben können.¹⁹⁵ Constanze Spieß hat anhand lexikalischer Mittel argumentationsstrategische Bewertungen und Einstellungsbekundungen im Bioethikdiskurs untersucht und dabei festgestellt, dass

die Bezugnahme auf allgemein anerkannte hohe Werte durch Hochwertwörter und deren jeweilige verwendungskontextuell bedingte semantische Spezifizierung zur Profilierung der Eigenposition [...] eine typische Strategie des Sprachgebrauchs in öffentlich-politischen Diskursen¹⁹⁶

darstellt. Da der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit die Argumentation in politischen Diskursen ist und der Gebrauch von Schlagwörtern, insbesondere von Hochwertwörtern, eine zentrale Rolle in der politischen Argumentation einnimmt, wird deren Verwendung untersucht. Hierbei soll überprüft werden, in welchem Kontext, mit welcher Bedeutung, wie oft, von wem und mit welcher Funktion und Wertung Schlagwörter verwendet werden. Daher werden Verwendungskontext und -häufigkeit sowie das Umfeld des Wortes, die Kollokationen, in die Analyse aufgenommen.¹⁹⁷

Wie bereits herausgearbeitet, werden innerhalb politischer Auseinandersetzungen häufig Lexeme durch verschiedene Sprachgruppen mit unterschiedlichen Bedeutungen versehen. Durch das Phänomen der Bedeutungskonkurrenz lassen sich Befürworter und Gegner einer Sache in Diskursen leicht identifizieren.¹⁹⁸ Als Beispiel hierfür dient der Begriff *Betreuungsgeld*, der von seinen Gegnern *Herdprämie* bzw. *Fernhalteprämie* genannt wird. In

¹⁹³ Vgl. Girth (2002), S. 54.

¹⁹⁴ Spieß, Constanze (2006): Zwischen Hochwert und Stigma. Zum strategischen Potenzial lexikalischer Mittel im Bioethikdiskurs, in: Girth, Heiko/Spieß, Constanze (Hgg.): Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen (=Philologische Studien und Quellen 200), Berlin, S. 33.

¹⁹⁵ Vgl. Spieß (2006), S. 34.

¹⁹⁶ Spieß (2006), S. 41.

¹⁹⁷ Vgl. Schröter (2009), S. 32f.

¹⁹⁸ Vgl. Schröter (2009), S. 26.

diesem Fall werden für die gleiche Sache unterschiedliche Lexeme verwendet. Der Unterschied liegt in der Bewertung der Sache. Die Begriffe *Herdprämie* bzw. *Fernhalteprämie* werten die Sache, das Betreuungsgeld, ab und sind daher Stigmawörter. Ebenso kann ein Lexem mit unterschiedlichen Bedeutungen durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen aufgeladen werden, die deskriptive Bedeutung ist demnach unterschiedlich. Deontische Bedeutungen, wie positive oder negative Wertungen, können sich ebenfalls darin widerspiegeln.¹⁹⁹ Das Phänomen der Bedeutungskonkurrenz hat Ekkehard Felder in dem pragmatischen Konzept der semantischen Kämpfe umgesetzt.²⁰⁰ Felder definiert den semantischen Kampf im Allgemeinen als Versuch, „in einer Wissensdomäne bestimmte sprachliche Formen als Ausdruck spezifischer, interessen geleiteter und handlungsleitender Denkmuster durchzusetzen“²⁰¹. Begriffe spielen hierbei eine große Rolle, denn „Herrschaft und Macht werden auch über Semantik ausgeübt“²⁰². Die Durchsetzung der jeweiligen Interessen kann durch verschiedene Möglichkeiten erfolgen. Mittels Bezeichnungs- und Benennungstechniken können durch die Verwendung unterschiedlicher Ausdrücke unterschiedliche Aspekte hervorgehoben werden.²⁰³ Der semantische Kampf erfolgt um die Dominanz und das Durchsetzen von Begriffen.²⁰⁴ Besonders in der Sprache der Politik werden solche Kämpfe um Wörter ausgetragen: Politiker kritisieren den Umgang mit bestimmten Wörtern, wollen symbolträchtige Wörter für sich und ihre Partei beanspruchen und gleichzeitig deren Umgang anderen Parteien unterbinden.²⁰⁵ Girth hat anhand von Analysen über politische Reden festgestellt, dass „Macht in der Politik vornehmlich auch darin [besteht], die Semantik von Wörtern parteispezifisch festzulegen, um die Deutungshoheit und zugleich auch die Verwendungshoheit über diese Wörter zu erlangen“²⁰⁶. Nach ihm kann der semantische Kampf um Wörter mit drei verschiedenen Möglichkeiten stattfinden: mit der denotativen Lesarten-Konkurrenz, der evaluativen Lesarten-Konkurrenz und der Nominationskonkurrenz. Die denotative Lesarten-Konkurrenz hat in der Politik eine große Bedeutung. Es handelt sich hierbei um die parteispezifische Besetzung von positiv konnotierten Symbolwörtern, wie beispielsweise die Begriffe *Freiheit* und *Solidarität*. Die evaluative Lesarten-Konkurrenz beinhaltet das Bewerten und Umwerten von Begriffen: Positiv besetzte Begriffe der Gegner werden umgedeutet und negativ konnotiert. Mit der

¹⁹⁹ Vgl. Schröter (2009), S. 27.

²⁰⁰ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 180.

²⁰¹ Felder (2006), S. 14.

²⁰² Felder (2006), S. 13.

²⁰³ Vgl. Felder (2006), S. 17.

²⁰⁴ Vgl. Felder (2006), S. 17.

²⁰⁵ Vgl. Girth (2002), S. 62.

²⁰⁶ Girth (2002), S. 63.

Nominationskonkurrenz können häufig Befürworter und Gegner eines Sachverhaltes identifiziert werden:²⁰⁷ „Verschiedene Gruppierungen können sich einerseits mit verschiedenen Lexemen auf ein und dieselbe Sache beziehen, wobei durch die verschiedenen Benennungen unterschiedliche Bewertungen desselben Sachverhalts transportiert werden“²⁰⁸. Solche Bewertungen sind Teil der Argumentation, da durch sie Polarisierungen und Abgrenzungen, aber auch Profilierung und Legitimation der eigenen Position erfolgen. Aus diesem Grund ist das Phänomen des semantischen Kampfes Teil der Untersuchung.

4.2.2. Thematische Propositionsanalyse

Die Untersuchung von Propositionen ist geeignet zum Aufdecken von Diskurspositionen und zum Belegen von syntaktischen Musterbildungen.²⁰⁹ In der Linguistik sind Propositionen „sprachliche Formen der Aussage“²¹⁰. Jeder Sprecher verweist bzw. nimmt in einer sprachlichen Aussage Bezug auf etwas oder jemanden. Nach John R. Searle bildet dieser Bezug die Referenz. Der Inhalt der Aussage, also dasjenige über das der Sprecher spricht, ist die Prädikation. Nach Searle bilden die Referenz und die Prädikation den Vollzug propositionaler Akte.²¹¹ Jede Proposition bildet demnach einen Sachverhalt ab. Zu jedem Sachverhalt gehört ein Gegenstand oder ein Argument. Sachverhalt und Gegenstand bzw. Argument stehen in einer bestimmten Beziehung zueinander.²¹² Peter von Polenz formuliert dies für die Satzsemantik wie folgt: „Über ein oder mehrere 'Argumente' x, y, z wird ein 'Prädikat(or)' P ausgesagt; y, x, z sind die 'Argumentstellen' von P, das zusammen mit ihnen die 'Prädikation'/'Aussage' P(x,y,z) bildet“²¹³. Von Polenz verweist hierbei auf den Searl'schen Begriff der *Referenz* bzw. *Referenzobjekt/-stelle*, welchen er anstatt des Begriffes *Argumentstellen* verwendet. Der propositionale Gehalt bzw. der Aussagegehalt eines Satzinhaltes wird durch die Prädikation bzw. Aussage gebildet, die wiederum aus Prädikat/Aussagekern und Referenz/Bezug besteht.²¹⁴ Nicht nur zur Beschreibung von Sätzen, sondern auch zur Erfassung komplexer Texte ist die Analyse von Propositionen hilfreich. Die semantische Textstruktur kann durch die Beziehung von Verknüpfungen der Argumente in unterschiedlichen Propositionen sowie die Beziehungen zwischen den Propositionen

²⁰⁷ Vgl. Girth (2002), S. 63.

²⁰⁸ Schröter (2009), S. 26.

²⁰⁹ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 147.

²¹⁰ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 146.

²¹¹ Vgl. Searle (1969), S. 39f.

²¹² Vgl. Heinemann, Margot/Heinemann, Wolfgang (2002): Grundlagen der Textlinguistik. Interaktion – Text – Diskurs (=Reihe Germanistische Linguistik 230), Tübingen, S. 75.

²¹³ von Polenz, Peter (2008): Deutsche Satzsemantik. Grundbegriffe des Zwischen-den-Zeilen-Lesens, 3., unveränderte Auflage, Berlin, S. 101.

²¹⁴ Vgl. von Polenz (2008), Fig. 11. auf S. 93.

erschlossen werden. Hierfür müssen sich die Elemente der einzelnen Propositionen aufeinander beziehen, um den Bedeutungszusammenhang erkennen zu können. Der Bedeutungszusammenhang zwischen den Propositionen lässt sich durch den unmittelbaren Inhalt ermitteln, aber auch durch sprachliche Mittel. Dies können zum Beispiel Kausalbeziehungen sein, die sich durch Konjunktionen wie *weil* und *da* äußern.²¹⁵ Spitzmüller und Warnke weisen darauf hin, dass Propositionen „als sprachliche Formen der Aussage fungieren“²¹⁶ und nicht lediglich einzelne Sätze, die ihrer Meinung nach ein ungenaues Ergebnis darstellen. Daher bilden insbesondere Aussagen den Untersuchungsgegenstand der Diskurslinguistik. Die Analyse von Aussagen bzw. von Satzinhalten erfolgt demnach anhand der propositionalen Akte nach Searle, der Referenz und der Prädikation.²¹⁷ Mittels der thematischen Propositionsanalyse werden die verschiedenen Themen, die in den Texten des Korpus von den Akteuren angesprochen werden, herausgefiltert. Die Analyse erfolgt getrennt nach den Diskursgemeinschaften, damit die Ergebnisse übersichtlich bleiben. Die Untersuchung von möglichen Unterthemen des Diskurses zur Einführung des Betreuungsgeldes kann dabei helfen, die Argumente, die für oder gegen das Betreuungsgeld hervorgebracht werden, zu strukturieren und Aufschluss über die Argumentation zu erlangen. Hierfür ist die Frage von Bedeutung, durch welche Themen oder Verweise auf Themen die Argumentation stattfindet: Wird nur über die eigentliche Sache, das Betreuungsgeld, argumentiert oder werden zusätzlich andere Themen zur Unterstützung der eigenen Meinung hinzugezogen?

4.2.3. Isotopie- & Oppositionslinien

Für die Untersuchung von Argumentationen eignen sich insbesondere Oppositionen, da sie „gerade bei gesellschaftlich umstrittenen Sachverhalten argumentativ genutzt“²¹⁸ werden. Oppositionslinien sind semantische Bezugnahmen, die durch Entgegensetzungen entstehen. In Anlehnung an die strukturelle Semantik von Algirdas Julien Greimas Mitte der 1960er Jahre wird in diesem Zusammenhang auch von Isotopielinien gesprochen. Isotopielinien befinden sich häufig in Oppositionslinien und sind besonders in Diskursen, die gesellschaftlich umstritten sind, vertreten.²¹⁹ Durch den Terminus *Isotopie* wird die Wiederholung eines semantischen Merkmals erfasst, wie die „Wiederkehr von Wörtern desselben Bedeutungs-

²¹⁵ Vgl. Heinemann/Heinemann (2002), S. 76.

²¹⁶ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 146.

²¹⁷ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 146.

²¹⁸ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 163.

²¹⁹ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 164.

bzw. Erfahrungsbereichs in einem Text, z.B. *Fieber, Arzt, Spritze, Krankenhaus*²²⁰. Nach Greimas ist Sprache kein Zeichensystem, sondern „ein Verband von Bedeutungsstrukturen“²²¹. Er prägte den Begriff *Sem*, mit welchem er das kleinste Bedeutungselement von sprachlichen Ausdrücken bezeichnet.²²² Seme dienen demnach der Charakterisierung von Lexemen.²²³ Der Vergleich zweier Term-Objekte, wie zum Beispiel *groß* und *klein* zeigt, dass die Relation zwischen den beiden doppelter Natur ist: sie besteht aus Konjunktion und Diskonjunktion. Während unter der Konjunktion die Gemeinsamkeit von Term-Objekten, in diesem Fall die Maßeinheit, gefasst wird, steht die Diskonjunktion für die Verschiedenheit, in diesem Fall der gegensätzliche Charakter der beiden Termini.²²⁴ Dieser antonymische Relationsaspekt der Disjunktion²²⁵ und Konjunktion zwischen den Semen derselben Kategorie bezeichnet Greimas als elementare Bedeutungsstruktur.²²⁶ Da die Term-Objekte „für sich allein keine Bedeutung aufweisen, muß man in der Tat die elementaren signifikanten Einheiten auf der Ebene der Strukturen und nicht der Elemente suchen“²²⁷. Die Beschreibung der elementaren Struktur erfolgt auf zwei Ebenen: auf der semantischen Achse und auf der Sem-Artikulation.²²⁸ Der gemeinsame Nenner bildet die semantische Achse. Am genannten Beispiel der Opposition *groß* und *klein* ist dies die Maßeinheit.²²⁹ Die Sem-Artikulation erfolgt durch die Beschreibung von Semen. Zum Beispiel charakterisiert das Sem *Feminität* das Term-Objekt *Mädchen* und das Sem *Maskulinität* das Term-Objekt *Junge*. Die Sem-Artikulation zeichnet sich in diesem Beispiel durch die Sem-Kategorie *Geschlecht* aus.²³⁰ Greimas verfolgte das Ziel, semantische Textstrukturen durch lexikalische Indikatoren aufzudecken. Die lexikalischen Indikatoren sind bestimmte Lexeme innerhalb eines Textes, die miteinander vernetzt sind und Isotopien bilden.²³¹ Greimas nannte sie *Klasseme*, ein Begriff, den er von Bernard Pottier übernommen hat.²³² Klasseme sind kontextuelle Merkmale,²³³ die semantische Merkmale in Klassen einordnet. Zum Beispiel werden der

²²⁰ Bußmann (2002), S. 322.

²²¹ Greimas, A. J. (1966): *Strukturelle Semantik. Methodologische Untersuchungen*. Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von Jens Ihwe (= *Wissenschaftstheorie Wissenschaft und Philosophie* 4), Braunschweig 1971, S. 15.

²²² Vgl. Greimas (1966), S. 17.

²²³ Vgl. Greimas (1966), S. 29.

²²⁴ Vgl. Greimas (1966), S. 14f.

²²⁵ Greimas verwendet hier den Begriff *Disjunktion* anstelle des Begriffes *Diskonjunktion*. Aufgrund des Kontextes muss davon ausgegangen werden, dass er damit dasselbe Phänomen meint.

²²⁶ Vgl. Greimas (1966), S. 15 und 23.

²²⁷ Greimas (1966), S. 15.

²²⁸ Vgl. Greimas (1966), S. 17.

²²⁹ Vgl. Greimas (1966), S. 15.

²³⁰ Vgl. Greimas (1966), S. 17.

²³¹ Vgl. Heinemann/Heinemann (2002), S. 72.

²³² Vgl. Greimas (1966), S. 45.

²³³ Vgl. Greimas (1966), S. 42f.

Hund, die *Katze* und der *Vogel* durch das Sem *Tier* charakterisiert, das für die ganze Klasse gemeinsam ist.²³⁴ Durch die Einordnung von Semen zu Klassenmen entsteht eine semantische Verbindung, die Isotopie. Isotopien treten auf, wenn in einem Text ein oder mehrere Klasseme auftreten.²³⁵ Demzufolge bilden die Lexeme *Hund*, *Katze* und *Vogel* eine Isotopie, da sie sich auf das gemeinsame Klassem *Tier* zurückführen lassen. Greimas fasst seine Ergebnisse wie folgt zusammen:

Wenn die einfachen oder komplexen Sem-Figurationen der globalen semiologischen Ebene zugehören, von der sie nur partikuläre Artikulationen sind, die in der Rede investiert werden können, so konstituieren sich die Klasseme ihrerseits als Systeme unterschiedlichen Charakters und gehören der globalen semantischen Ebene an, deren Manifestation die Isotopie der Nachricht und der Texte gewährleistet.²³⁶

Isotopien ergeben sich demnach „aus der Wiederkehr semantischer Merkmale in einem Text“²³⁷. Entscheidend hierfür ist die Semrekurrenz, „dem wiederholten Vorkommen von Semen in unterschiedlichen lexikalischen Einheiten des Textes“²³⁸. Semrekurrenzen können durch die einfache Wiederholung von Lexemen entstehen, die Wiederholung kann aber auch variieren, beispielsweise durch Synonyme und Antonyme.²³⁹ Dadurch bilden sich ganze Isotopieketten, die sich wie ein roter Faden durch den Text ziehen²⁴⁰ und die semantische Kohärenz eines Textes darstellen²⁴¹. Isotopieketten zeichnen sich dadurch aus, dass sie koreferent sind, d.h. sie beziehen sich immer nur auf ein und dasselbe Objekt.²⁴² Isotopien sind nach Spitzmüller und Warnke „diskursive Merkmale im singulären Text und insbesondere auch für die Erweiterung der Textanalyse zur transtextuellen Bezugnahme auf andere Texte bzw. Aussagen von Interesse“²⁴³. Im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit, dem Aufzeigen von argumentativen Mustern in politischen Diskursen, sind insbesondere antonymische Isotopien von großer Bedeutung. Es kann davon ausgegangen werden, dass in einem Diskurs, in dem es jeweils eine eindeutige Pro- und Contra-Position gibt, besonders häufig mit Entgegensetzungen argumentiert wird.

²³⁴ Vgl. Greimas (1966), S. 43.

²³⁵ Vgl. Greimas (1966), S. 46.

²³⁶ Greimas (1966), S. 46.

²³⁷ Hausendorf, Heiko/Kesselheim, Wolfgang (2008): Textlinguistik fürs Examen (=Linguistik fürs Examen 5), Göttingen, S. 130.

²³⁸ Heinemann/Heinemann (2002), S. 72.

²³⁹ Vgl. Heinemann/Heinemann (2002), S. 73.

²⁴⁰ Vgl. Hausendorf/Kesselheim (2008), S. 131.

²⁴¹ Vgl. Bußmann (2002), S. 322.

²⁴² Vgl. Heinemann/Heinemann (2002), S. 73f.

²⁴³ Spitzmüller/Warnke (2011), S. 164.

4.3. Transtextuelle Ebene

4.3.1. Topos-/Argumentationsanalyse

Die transtextuelle Ebene beinhaltet die Analyse des Diskurses. Sie führt die in der intratextuellen Ebene untersuchten Teiltexthe zusammen und sucht nach deren strukturellen Übereinstimmungen.²⁴⁴ Von zentraler Bedeutung für das Forschungsinteresse dieser Arbeit sind die Argumentationsmuster in den Redebeiträgen der Politiker. Die Argumentationsanalyse bietet ein sprachwissenschaftlich fundiertes Instrument, durch das Konstruktionen sozialer Wirklichkeit und Denkmuster in der (politischen) Kommunikation aufgedeckt werden können.²⁴⁵ Das Ziel der politischen Akteure ist die Zustimmung der Wähler zu ihrer Politik. Aufgrund dessen ist es notwendig, „Argumente für die eigene und gegen die Position des politischen Gegners“²⁴⁶ aufzuzeigen und hervorzubringen. Diese Argumentationsmuster können im Rahmen einer linguistischen Argumentationsanalyse untersucht werden. Die Analyse erfolgt nach dem Vorkommen ihrer Häufigkeit, den Zeitpunkten wann sie auftreten und welche politische Gruppierung sie hervorbringt. Dadurch können Aufschlüsse über „dominierende Denkfiguren, Denkstrukturen, Wirklichkeitskonstruktionen bezüglich eines Themas“²⁴⁷ erlangt werden.

Martin Wengeler hat zahlreiche Arbeiten vorgelegt, in denen er Argumentationsmuster in politischen Diskursen untersucht hat. Sein Forschungsinteresse liegt in diskursgeschichtlichen Analysen über die Verwendung von Topoi in Hinblick auf verschiedene Gruppen und Zeitpunkte.²⁴⁸ Zu diesem Zweck verwendet er den methodischen Zugang über einen theoretisch fundierten Toposbegriff²⁴⁹, den er von Aristoteles übernommen hat:

Topos meint [...] einen vielseitig verwendbaren, für den Argumentierenden bereitliegenden und von ihm dann sprachlich hergestellten Sachverhaltszusammenhang, der zur argumentativen Begründung konkreter, zur Diskussion stehender Positionen herangezogen wird²⁵⁰.

Eine Topos-Analyse ist demnach eine „Analyse argumentativ verwendeter Denkstrukturen“²⁵¹. Für öffentlich kontroverse Debatten bietet sich eine Topos-Analyse an, da hier besonders argumentative Muster verwendet werden, um die eigene Position zu

²⁴⁴ Vgl. Spitzmüller/Warnke (2011), S. 187f.

²⁴⁵ Vgl. Wengeler, Martin (2000), S. 221.

²⁴⁶ Wengeler (2000), S. 222.

²⁴⁷ Wengeler (2000), S. 222.

²⁴⁸ Vgl. Wengeler, Martin (2003b): Argumentationstopos als sprachwissenschaftlicher Gegenstand. Für eine Erweiterung linguistischer Methoden bei der Analyse öffentlicher Diskurse, in: Geideck, Susan/Liebert, Wolf-Andreas (Hgg.): Sinnformeln. Linguistische und soziologische Analysen von Leitbildern, Metaphern und anderen kollektiven Orientierungsmustern (=Linguistik – Impulse & Tendenzen 2), Berlin, S. 65.

²⁴⁹ Vgl. Wengeler (2003b), S. 59.

²⁵⁰ Wengeler (2000), S. 222.

²⁵¹ Wengeler (2000), S. 222.

untermauern.²⁵² Topoi sind „Denkfiguren des Herangehens an eine politische Fragestellung. Sie werden pro und contra eine bestimmte Position, Handlung oder Entscheidung in einem Diskurs versprachlicht und können so analytisch in Texten erfasst werden“²⁵³. In einer Diskursanalyse interessieren Wengeler nicht die Argumente mit logischer Schlüssigkeit, sondern die Argumente, die „nicht unbedingt logisch 'wahren' Argumente zu erfassen erlaubt, mit denen in öffentlich-politischen Debatten Meinungen, Beschlüsse, Handlungen begründet werden“²⁵⁴. Wengeler möchte demnach mit seiner Topos-Analyse die Denkweisen erfassen, welche nicht wahr oder logisch sind. Die Basis des Topos-Konzepts bildet der Enthymenbegriff von Aristoteles, der Argumente in drei Abschnitte einteilt: Konklusion, Argument und Schlussregel. Die Konklusion ist die Aussage, die getroffen wird. Das Argument sorgt für die Glaubhaftigkeit und Unstrittigkeit der Aussage. Die Schlussregel garantiert dabei die Plausibilität der Aussage, sie sorgt für den „Übergang von der unstrittigen Aussage zur strittigen Konklusion“²⁵⁵. Dabei geht es um die Plausibilität einer Aussage und nicht um deren Gewissheit. Der Topos ist demnach der Zusammenhang, welcher in der Schlussregel hergestellt wird. Meist wird er aber nicht explizit ausgesprochen, sondern muss erst analytisch erschlossen werden. Dies erfolgt auf Basis der sprachlich vorhandenen Argumentation. In politischen Argumentationen befindet sich häufig das Grund-Folge-Schema. Dies beinhaltet Gründe oder Folgen von menschlichen Handlungen. Maßnahmen, Änderung oder Einführung von Gesetzen sind hier der Grund für die Ableitung bestimmter Folgen. „Sehr häufig wird dabei mit den *prognostizierten* positiven oder negativen Folgen einer Handlung bzw. Entscheidung argumentiert“²⁵⁶. Aber auch mit Entscheidungen aus der Vergangenheit und deren Folgen wird argumentiert. Diese allgemeinen Strukturmuster können als Orientierung und Rahmen für eine Analyse kontextspezifischer Inhalte durch die Topoi dienen.²⁵⁷

Die Analyse der Topoi erfolgt durch die Erstellung einer Liste aller kontextspezifischen und inhaltlichen Argumentationsmuster. Die Topoi können nach ihrem Inhalt oder ihres formalen Musters in Gruppen zusammengefasst werden. Wengeler hat dies anhand des Migrationsdiskurses verdeutlicht, in dem er die negativen Folgen zu den Gefahren- und Belastungs-Topos und die positiven Folgen zu dem Nutzen-Topos zugeordnet hat.²⁵⁸ Dabei

²⁵² Vgl. Wengeler (2003b), S. 59.

²⁵³ Wengeler (2003b), S. 68.

²⁵⁴ Wengeler (2003b), S. 60.

²⁵⁵ Wengeler (2003b), S. 61.

²⁵⁶ Vgl. Wengeler (2003b), S. 66.

²⁵⁷ Vgl. Wengeler (2003b), S. 66f.

²⁵⁸ Vgl. Wengeler (2003b), S. 67.

geht es nicht um konkrete Zählungen, sondern um Orientierungen welche Topoi am stärksten vertreten sind. Es sollen auch nicht alle Topoi in Texten aufgezählt werden, sondern diejenigen, die für die Analyse am bedeutendsten sind. Nicht nur die Häufigkeit der Topoi zählen, sondern auch wie oft er von wem für etwas oder gegen etwas verwendet wird. Ein Topos kann demnach sowohl Pro- als auch Contra-Argumente enthalten.²⁵⁹ Die Analyse und Zählung der Argumentationsmuster der Topoi „können dann Aussagen liefern über typische, wichtige oder dominante Denkweisen, Sichtweisen, Wahrnehmungsmuster bestimmter Gruppen, in einem bestimmten Zeitraum, bezogen auf ein bestimmtes Thema“²⁶⁰.

4.3.2. Ideologien

Analog zum Diskursbegriff liegen dem Ideologiebegriff unterschiedliche Definitionen und Konzepte zu Grunde. Daher kann ihm keine einheitliche Bedeutung zugeschrieben werden.²⁶¹ Allerdings existieren auch hier zwei große wissenschaftliche Ideologietheorien, welche jeweils unterschiedliche Erkenntnisinteressen haben.²⁶² Während die marxistische Denktradition Ideologie als Konzept von „Illusion, Verzerrung und Mystifikation“²⁶³ auffasst, konzentriert sich die soziologische Tradition auf „ihre gesellschaftlichen Funktionen“²⁶⁴. Im Vordergrund der Untersuchung steht die Auffassung, dass Ideologie „eine Funktion der Beziehung einer sprachlichen Äußerung zu ihrem gesellschaftlichen Kontext“²⁶⁵ ist. Die Frage nach dem Wahrheitsgehalt der ideologischen Vorstellungen spielt in diesem Fall keine Rolle. Die Definition, welche in dieser Arbeit herangezogen wird, bezeichnet Ideologien als „Werthaltungen jeglicher Art als Gesamtheit von Zielvorstellungen des sozialen Handelns“²⁶⁶. Es handelt sich um Wertvorstellungen und Denkmuster einer gesellschaftlichen Gruppe, die durch Sprache kommuniziert werden.²⁶⁷ Zur Identifikation von Ideologien in Sprache verweist Blommaert auf deren symbolische Bedeutung, die er wie folgt beschreibt: „as a *specific* set of symbolic representations – discourse, terms, arguments, images, stereotypes – serving a *specific* purpose, and operated by *specific* groups or actors“²⁶⁸. Der Sprachphilosoph Valentin Vološinov verknüpft seinen Ideologiebegriff mit der Semiotik. Nach ihm sind alle

²⁵⁹ Vgl. Wengeler (2003b), S. 68.

²⁶⁰ Wengeler (2003b), S. 67.

²⁶¹ Eine ausführliche Beschreibung der unterschiedlichen Definitionen des Begriffs *Ideologie* befindet sich im ersten Kapitel von Eagleton, Terry (1991): *Ideologie. Eine Einführung*. Aus dem Englischen von Anja Tippner, Stuttgart/Weimar 1993, S. 7-41.

²⁶² Vgl. Eagleton (1991), S. 9.

²⁶³ Eagleton (1991), S. 9.

²⁶⁴ Eagleton (1991), S. 9.

²⁶⁵ Vgl. Eagleton (1991), S. 17.

²⁶⁶ Spitzmüller/Warneke (2011), S. 196.

²⁶⁷ Vgl. Girth (2002), S. 3.

²⁶⁸ Blommaert (2005), S. 158.

Zeichen ideologisch und sie können auch unterschiedlich ideologisch geprägt sein.²⁶⁹ Zeichen bilden ihre jeweils spezifische ideologische Wirklichkeit ab, die ihnen zugeschrieben wird. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen können ihre jeweiligen Ideologien durch Zeichen ausdrücken. Auch wenn andere Gruppen die gleichen Zeichen verwenden, heißt das nicht, dass sie ihnen die gleichen Ideologien zuordnen.²⁷⁰

In Zusammenhang mit Sprache und Politik tritt häufig die Frage nach einem ideologischen Sprachgebrauch auf, da dieser in enger Verbindung zum politischen Sprachgebrauch steht.²⁷¹ Sprachverwendungen in der Politik greifen oft auf Ideologievokabular zurück, um Wertvorstellungen und Denkmuster zu transportieren. Girnth spricht in diesem Zusammenhang auch von ideologiegebundenen Wörtern. Wörter sind ideologiegebunden, wenn sie sich auf „die einer Gesellschaft oder politischen Gruppe zugrunde liegenden Deutungen und Wertungen sozialer Tatsachen“²⁷² beziehen. Girnth unterscheidet hierbei drei Bedeutungskomponenten: denotative, evaluative und deontische Merkmale. Denotative Bedeutungskomponenten repräsentieren die Eigenschaften des Objektes auf das sie sich beziehen, d.h. sie bezeichnen etwas. Evaluative Bedeutungskomponenten bewerten das Referenzobjekt. Deontische Merkmale fordern zu etwas auf, sie enthalten entweder „Sollens- oder Nicht-Sollens-Aussagen“²⁷³. Ein Politiker kann also durch diese Bedeutungskomponenten mit ideologiegebundenen Wörtern das Objekt, auf das er sich bezieht, bezeichnen, bewerten oder zu etwas auffordern.²⁷⁴ Ideologievokabular besteht aus Wörtern, „in denen politische Gruppierungen ihre Deutungen und Bewertungen der politisch-sozialen Welt, ihre Prinzipien und Prioritäten formulieren“²⁷⁵. Das können Wörter sein, „in denen artikuliert wird was jeweils als grundlegende soziale Beziehungen und Formationen gilt“²⁷⁶ und Wörter, „in denen die grundlegenden Werte und Handlungsorientierungen zum Ausdruck kommen“²⁷⁷.

Wie bereits im Theorieteil dieser Arbeit ausgeführt, spielt die Untersuchung von Ideologien und die damit einhergehende Aufdeckung von Machtstrukturen vor allem für die Kritische

²⁶⁹ Vgl. Vološinov, Valentin (1929): *Marxismus und Sprachphilosophie*, Frankfurt am Main 1975, S. 182.

²⁷⁰ Vgl. Girnth (2002), S. 5.

²⁷¹ Vgl. Girnth (2002), S. 3.

²⁷² Girnth (2002), S. 50.

²⁷³ Girnth (2002), S. 51.

²⁷⁴ Vgl. Girnth (2002), S. 51.

²⁷⁵ Klein (1989), S. 7.

²⁷⁶ Klein (1989), S. 8.

²⁷⁷ Klein (1989), S. 8.

Diskursanalyse eine große Rolle.²⁷⁸ Für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ist es relevant herauszuarbeiten, ob die Argumentationen in der Aktuellen Stunde ideologisch geprägt sind und wenn ja, welche konkreten Ideologien in ihnen enthalten sind. Vor allem soll dabei überprüft werden, welche Diskursgemeinschaften welche ideologischen Aussagen hervorbringen bzw. welche Ideologien sie für ihre Argumentationen zu Grunde legen. In der Analyse soll jedoch keine Ideologiekritik ausgeübt werden und keine Rückschlüsse auf Machtstrukturen erfolgen. Dies ist einer Kritischen Diskursanalyse vorbehalten und nicht Teil dieser Arbeit. Auch sollen die Ideologien nicht hinsichtlich ihres Wahrheitsgehaltes untersucht werden. Die Ergebnisse der vorangegangenen Untersuchungen der intratextuellen und transtextuellen Ebenen dienen zur Untersuchung, ob in den Argumentationen der beiden Diskursgemeinschaften Ideologien herangezogen werden. Wie bereits darauf eingegangen, können Argumentationsstrukturen in Diskursen dazu beitragen Denkmuster und Wertvorstellungen zu identifizieren.²⁷⁹ Von daher bietet die Untersuchung von Ideologien eine Möglichkeit, die eingangs aufgestellte These zu überprüfen, dass Argumentation in politischen Diskursen dazu verwendet wird um bestimmte Denkmuster und Werte transportieren zu können.

5. Ergebnisse

5.1. Die Ebene der Akteure

5.1.1. Koalition vs. Opposition

Der Kommunikationsbereich der Politik zeichnet sich, wie bereits im Kapitel über Sprache und Politik beschrieben, durch Gruppenbezogenheit aus, welche sich wiederum in eine Eigengruppe und in eine Fremdgruppe gliedern lässt.²⁸⁰ Auch in den Redebeiträgen der untersuchten Aktuellen Stunde wird dies deutlich. Die Politiker der SPD, des Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei haben sich zu einer Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldgegner zusammengeschlossen und die Politiker der CDU/CSU und FDP vertreten die Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldbefürworter. Sprachlich drückt sich dies durch zahlreiche Fremd- und Selbstbezeichnungen aus. Viele Redner sprechen von sich in der Pluralform, zum Beispiel Steinmeier (*Dahin wollen wir nicht zurück*) oder Bär (*Wir trauen es*

²⁷⁸ Siehe hierzu auch Blommaert (2005), S. 68.

²⁷⁹ Wengeler (2000), S. 222.

²⁸⁰ Vgl. Girth (2002), S. 33.

den Eltern zu). Die Gegner werden ebenfalls in der Pluralform angesprochen, beispielweise bei Lenkert (*Verzichten Sie auf Ihr Betreuungsgeld!*) oder Schröder (*Sie wollen allen Ernstes sagen, dass diese Eltern ihren Kindern schaden?*) Die Fremdbezeichnungen sind neutral, da sie keinerlei Wertungen enthalten (*Koalition, Regierung, Opposition, Rot-Grün, Schwarz-Gelb*). Allerdings wird nicht nur ausschließlich in Diskursgemeinschaften kommuniziert, da nicht nur vorrangig die Interessen der Diskursgemeinschaft vertreten werden, sondern auch die der jeweiligen eigenen Partei. Laurischk spricht in ihrer Rede über die politischen Anliegen der FDP: die Reformierung des Unterhaltsvorschussgesetzes für Alleinerziehende, das Sorgerecht und die Zuwanderungspolitik. Dadurch hebt sie ihre Partei, und nicht die ganze Diskursgemeinschaft, hervor. Da sie sich so gut wie gar nicht auf das eigentliche Thema der Aktuellen Stunde, das Betreuungsgeld, bezieht, wird deutlich, dass sie durch ihre Rede vorwiegend die FDP als Partei profilieren möchte. Da der Kontext in diesem Fall nicht das Betreuungsgeld ist, löst sie sich zum Zweck der eigenen Profilierung aus der Diskursgemeinschaft. Auch Marks spricht nicht immer in der Pluralform, sondern hebt die SPD als Retter vor der Einführung des Betreuungsgeldes hervor. Anstatt von einem *wir* im Sinne der Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldgegner, spricht sie von der SPD als diejenigen, die sich um diese Angelegenheit kümmert: *Die SPD wird weiter dafür sorgen, dass die schwarz-gelbe Koalition ihren Blindflug beendet*. Schieder hebt ebenfalls gesondert die SPD hervor:

Die ganze SPD-Fraktion hat viel Verständnis dafür, dass Eltern, die sich heute bewusst entschieden haben, in den ersten drei Lebensjahren mit ihren Kindern zu Hause zu bleiben, oder dass Eltern, die dies tun müssen, weil sie gar keinen Kitaplatz gefunden haben, gerne diese 150 Euro nehmen.

Durch die Betonung der *ganzen SPD-Fraktion* soll die Partei positiv dargestellt werden, da durch diese Aussage hervorgehoben wird, dass sie solidarisch mit allen Eltern ist, egal ob deren Kinder zu Hause bleiben oder in eine Kita gehen. Auch Lenkert von der Linkspartei spricht nicht immer in der gewohnten Pluralform der Diskursgemeinschaft. Indem er im Namen der Linken an die Betreuungsgeldbefürworter appelliert (*Die Linke fordert sie auf [...] Wir von der Linken fordern*), stellt auch er seine Partei in den Mittelpunkt. Die genannten Beispiele verdeutlichen, dass es sich in der Aktuellen Stunde nicht nur um eine Debatte über das Betreuungsgeld handelt, sondern dass sie auch zur Profilierung der eigenen Partei dient. Ebenfalls wird ersichtlich, dass sich die Mitglieder der verschiedenen Parteien zu Diskursgemeinschaften mit gleichen Interessen zusammengeschlossen haben, um ihre Stimme für oder gegen das Betreuungsgeld im Diskurs hörbar(er) zu machen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Kommunikation im politischen Bereich auf zwei Ebenen

erfolgt: einmal innerhalb der anderen Parteien und einmal innerhalb der Öffentlichkeit.²⁸¹ Jede Partei konkurriert um die politische Macht. Eine Profilierung in der Öffentlichkeit um die Gunst der Wähler zu erhalten, ist daher ein zentrales Anliegen der einzelnen Parteien. In der Politik geht es vordergründig „um das Durchsetzen von Interessen und Herrschaftsansprüchen und im Sonderfall des demokratischen Staates mit parlamentarischem System um die Schaffung von öffentlicher Akzeptanz und um die Beeinflussung von Wahlentscheidungen“²⁸². Der Diskurs dient auch dazu, sich nicht nur innerhalb des politischen Umfeldes zu profilieren und seine eigenen Ansichten zu einem bestimmten Thema durchzusetzen, sondern auch um die Wählerschaft von sich bzw. seiner Partei zu überzeugen.

Besonders zum Diskreditieren der politischen Gegner werden häufig einzelne Parteien und einzelne Personen explizit genannt. Zu diesem Zweck wird ebenfalls von der Pluralität der Diskursgemeinschaft abgewichen. Dies bedeutet aber nicht, dass diese dadurch von ihrer jeweiligen Diskursgemeinschaft herausgelöst werden. Durch die Nennung konkreter Einzelpersonen werden lediglich Aussagen, die in ihrem Zusammenhang getroffen werden, untermauert. Die Betreuungsgeldgegner, in diesem Fall Steinmeier, sprechen explizit einzelne Parteien an um Konflikte innerhalb der Koalitionsparteien bzw. innerhalb der Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldbefürworter zu schaffen und somit ihre Diskursgemeinschaft zu schwächen:

Die FDP muss zur Kenntnis nehmen, dass über den Mindestlohn auf dem CDU-Bundesparteitag entschieden wird, nicht aber in der Koalition [...] Für die siechende FDP gibt es eine kleine Vitaminspritze in Form von Steuersenkungen [...] und für die CSU gibt es eine familienpolitische Beruhigungspille [...] So kauft man vielleicht ein paar Wochen Ruhe in der Koalition, aber gesund wird diese Koalition dadurch nicht.

Durch diese Bewertungsstrategie diffamiert Steinmeier die FDP und die CSU, indem er hervorhebt, dass die FDP in der Koalition mit der CDU einen geringeren Stellenwert besitzt. Er möchte dadurch aufzeigen, dass die Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldbefürworter nicht einheitlich ist und dass sie nicht mit einer Stimme sprechen. Was für das Herausgreifen einzelner Parteien gilt, gilt auch für das Ansprechen konkreter Einzelpersonen. Steinmeier zitiert Gruß, die familienpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion:

Was die FDP angeht, so darf ich Ihnen die Aussage von Miriam Gruß aus dem Jahr 2008 im Bundestag zitieren: Mit dem Betreuungsgeld verstärken wir den Teufelskreis, in dem

²⁸¹ Siehe hierzu auch Kapitel 2 dieser Arbeit über zentrale Charakteristika von Sprache im politischen Bereich: Girth spricht von einer Doppelung bzw. Inszenierung der politischen Kommunikation, da sie sich einmal zwischen Politikern abspielt und einmal zwischen Politikern und der Öffentlichkeit.

²⁸² Burkhardt, Armin (1988): Sprache in der Politik. Linguistische Begriffe und Methoden, in: Englisch Amerikanische Studien 10, S. 340.

Kinder, die von zu Hause aus keine Chance auf frühe Bildung ... haben, vom Kindergarten ausgeschlossen werden

Steinmeier verwendet diese kritische Aussage in Bezug auf das Betreuungsgeld aus den Reihen der Betreuungsgeldbefürworter um aufzuzeigen, dass sogar innerhalb der Diskursgemeinschaft der Befürworter ein Dissens zu diesen Thema besteht. Er schadet somit deren Glaubwürdigkeit. Weiterhin zitiert Steinmeier den ehemaligen CDU-Politiker Franz-Josef Wuermeling, der in den 1950/60er Jahren der erste Bundesminister für Familienfragen war: *Ich will nicht zurück in eine Zeit, in der ein Franz-Josef Wuermeling von der 'gemeinschaftszersetzenden Berufstätigkeit der Frau' sprach.* Steinmeier spielt auf Wuermelings Politik an in welcher er sich grundsätzlich gegen die Berufstätigkeit der Frau aussprach²⁸³ und signalisiert dadurch, dass die Betreuungsgeldbefürworter ein rückständiges Familienbild durch die Einführung des Betreuungsgeldes propagieren. Häufig wird auch in den Redebeiträgen der Betreuungsgeldgegner explizit die damalige Bundesfamilienministerin Schröder genannt und angesprochen. Ziegler spricht sie direkt in ihrem Redebeitrag an:

Bildungsdefizite, Frauen, die mit schlechten Chancen im Erwerbsleben dastehen, und Fachkräftemangel, das sind die Herausforderungen, auf die Sie, Frau Dr. Schröder, genau die falschen Antworten geben. [...] Kitaplätze und Ganztageseschulen sind Mangelware. Auch fehlt es immer noch an einer Vereinbarkeitskultur. Ich sage Ihnen: Dafür tragen Sie die Verantwortung, erst unter Kohl, dann unter Merkel.

Weiterhin beschuldigt Ziegler Schröder, dass sie nichts für den Ausbau der Kinderbetreuung unternimmt:

In der Großen Koalition ging es dann um einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, der nicht etwa, wie Frau Dr. Schröder immer behauptet, ab 2013 eingeführt wird, sondern der ab 2013 gilt; er ist schon beschlossene Sache. Das klitzekleine Problem, liebe Frau Ministerin, ist, dass die Umsetzung den Kommunen und Ländern mangels ausreichender finanzieller Mittel immer schwerer fällt. Das wissen Sie, aber Sie tun nichts [...] Das ist Ihre Verantwortung als Familienministerin, Frau Dr. Schröder. Nichts tun Sie [...] Frau Dr. Schröder, wo ist denn Ihre Initiative [...] Nichts tun Sie, absolut nichts! [...] Sehr geehrte Frau Schröder, was Sie machen – das ist jetzt wirklich ohne jede Polemik –, ist verantwortungslos.

Auch Marks macht Schröder für das Fehlen von Kinderbetreuungsmöglichkeiten verantwortlich:

Welches Signal gibt die Bundesregierung bzw. diese Familienministerin in Richtung des Arbeitsmarktes [...]? [...] Diese Regierung lässt Eltern mit kleinen Kindern im Regen stehen, die dringend einen Krippenplatz benötigen. Ministerin Schröder legt wie immer die Hände in den Schoß und tut nichts dafür [...] Für uns ist das Betreuungsgeld ein weiteres Indiz für den familien-, bildungs- und gleichstellungspolitischen Blindflug der zuständigen Ministerin und der gesamten schwarz-gelben Regierung.

²⁸³ Die Informationen stammen von der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Ministerium/geschichte.html> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Schieder macht Schröder auf ihre Rolle als Familienministerin aufmerksam und kritisiert ihr Verhalten in Bezug auf das Betreuungsgeld und den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen: *Da gibt es viel zu tun für Ihre Familienministerin [...] Ach, siehe da, die Ministerin stellt sich dumm, weiß aber ganz genau, was los ist.* Auch Deligöz äußert ihre Unzufriedenheit über Schröder: *Von einer Ministerin wünsche ich mir ein überzeugenderes Auftreten. In einer solchen Situation wünsche ich mir von einer Ministerin ein bisschen mehr Einsatz, und zwar im Sinne der Kinder.* Schröder und ihre Arbeit als Bundesfamilienministerin werden konkret von den Betreuungsgeldgegnern thematisiert und kritisiert. Sie wird auf ihre hinsichtlich des Betreuungsgeldes und des Kitaausbaus besondere Rolle als Familienministerin hingewiesen, die sie nach Angaben der Opposition nicht zufriedenstellend erfüllt. Sehr häufig wird in den Redebeiträgen thematisiert, dass Schröder nichts für die Familien macht die dringend Kitaplätze benötigen. Gleichzeitig erfolgt dadurch eine indirekte Aufwertung der eigenen Partei, die diese Aufgabe besser bewältigen würde. Auch auf der Seite der Betreuungsgeldbefürworter werden konkret einzelne Personen genannt, um die gegnerische Seite zu diffamieren. Bär wertet verschiedene SPD-Parteimitglieder ab, indem sie sie in ihrem Redebeitrag explizit anspricht:

Diese Koalition macht keine Politik für ehemalige Kanzlerkandidaten, sondern für die Mehrheit der Bevölkerung in diesem Lande [...] Herr Kollege Pronold, Sie müssen auch nicht so garstig sein, nur weil Sie in Bayern nicht selber kandidieren dürfen, weil man es Ihnen nicht zutraut.

Durch die Anspielung auf Steinmeiers erfolglose Kanzlerkandidatur bei der Bundestagswahl im Jahr 2009 diffamiert sie seine Person. Pronold wird ebenfalls durch das Anspielen auf seine nicht vorhandene Kandidatur diffamiert. Weiterhin spricht Bär Steinmeier Kompetenzen ab, indem sie sein Fachwissen in Frage stellt: *Herr Steinmeier, ich sehe es Ihnen nach; denn Sie sind kein Experte auf dem Gebiet.* Indem Bär durch diese sprachlichen Bewertungsstrategien andere abwertet, wertet sie sich bzw. ihre Diskursgemeinschaft auf. Weiterhin zitiert sie Aussagen von einzelnen SPD-Parteimitgliedern, um die SPD als Partei zu schädigen:

Die SPD hat wahnsinnige Angst, ihre Lufthoheit über den Kinderbetten zu verlieren. So hat es ihr damaliger Generalsekretär Olaf Scholz doch gesagt [...] Der große Familienpolitiker und SPD-Grande Herr Oppermann, der sich in den Medien so großartig zu diesem Thema äußert, es heute aber nicht nötig hat, zu dieser Debatte zu erscheinen, hat gesagt: Das Betreuungsgeld ist obszön. - "Obszön" kommt aus dem Lateinischen und heißt "schmutzig, verderblich, schamlos; Herr Oppermann – er ist heute leider nicht anwesend – hat heute dazu etwas sehr interessantes getwittert – ich zitiere –: Eure Fernhalteprämie gefährdet das Wohl vieler Kinder und entspricht einem Familienbild von vorgestern. [...] Sie treffen damit nicht die Koalition, sondern zwei Drittel der Eltern in Deutschland; denn zwei Drittel der Eltern in Deutschland betreuen ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren selbst [...] Frau Nahles hat

gestern in ihrem Videoblog gesagt, das Betreuungsgeld sei etwa so – ich zitiere –, wie wenn man Geld dafür bekommt, dass man sein Kind nicht auf das Gymnasium schickt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden hier über zweijährige Kinder und nicht über Homeschooling für Gymnasiasten. Wollen Sie allen Ernstes sagen, dass die Eltern in Deutschland nicht fähig sind, ihre zweijährigen Kinder zu erziehen?

Die zahlreichen Beispiele zeigen, dass das Nennen und Zitieren einzelner bestimmter Personen der gegnerischen Diskursgemeinschaft eine häufig gewählte Strategie zur Diffamierung politischer Gegner ist. Das Zitieren dient zu diesem Zweck als Beleg und zur Untermauerung der Aussagen. Die eigene Meinung erhält dadurch ihre Legitimation und Begründung und die Meinung der Gegner verliert an Glaubwürdigkeit.

Eine weitere Strategie zur Abwertung der gegnerischen Diskursgemeinschaft ist das Kommentieren der Beiträge von vorherigen Rednern. Dies findet sich sowohl bei den Mitgliedern der Betreuungsgeldgegner als auch bei den Befürwortern. Das Kommentieren und Bewerten von Redebeiträgen anderer dient überwiegend zur Aberkennung von Kompetenzen, wie beispielsweise bei Ludwig:

Denn wenn Sie es schon kapiert hätten, hätte sich der eine oder andere Redebeitrag erledigt oder innerhalb von fünf Minuten umgeschrieben werden müssen, liebe Frau Marks. So schnell konnten Sie aber leider nicht mehr reagieren [...] Es ist Anerkennung für die Eltern, die sich bewusst für eine Betreuung ihrer Kleinst- und Kleinkinder – Herr Steinmeier wir sprechen nicht von Kindergartenkindern [...] Es wird deswegen nicht falscher, Frau Ziegler. Sie haben allerdings vieles wiederholt, was falsch ist. – Ganz abgesehen davon, dass Sie fachlich ahnungslos sind, diskreditieren Sie auf unsägliche Art und Weise Mütter und Väter.

Ludwig betont in ihrem Redebeitrag die ihrer Meinung nach fehlenden fachlichen Kompetenzen von Marks, Ziegler und Steinmeier, indem sie sie belehrt und korrigiert. Tauber greift ebenfalls einzelne Redebeiträge der Betreuungsgeldgegner auf, um sie für sich und seine Argumentation zu verwenden:

Frau Kollegin Deligöz, Sie haben sinngemäß gesagt, Eltern, die sich selber kümmern, stehlen ihren Kindern die Zukunft. Das kann so absolut nicht stehen bleiben. In allen Redebeiträgen der Opposition wird eines getan: Sie stellen die Erziehung in der Kita und die Erziehung zu Hause einander konfrontativ gegenüber [...] Damit bin ich bei einem Satz vom Kollegen Steinmeier, der leider schon gegangen ist. [...] Er hat ganz pauschal gesagt: Wir wollen kein Betreuungsgeld für die Kinder türkischstämmiger Familien, weil wir glauben, dass sie dann nicht den Anschluss in dieser Gesellschaft finden. – Auch dieser Satz darf so pauschal nicht stehen bleiben.

Tauber zweifelt die Kompetenz von Deligöz und Steinmeier an, da er das, was sie gesagt haben, nicht für richtig hält. Auch Dobrindt äußert sich über Redebeiträge von Oppositionsmitgliedern und kritisiert das Verhalten von Marks und Lenkert in der Aktuellen Stunde: *Frau Marks von der SPD und Herr Lenkert von der Linkspartei, Sie treten hier mit einer unverschämten Arroganz auf.*

Auf der Seite der Opposition spricht Schieder gezielt bestimmte Redner der Koalition an: *Ich frage Sie, Frau Bär oder Herr Dobrindt: Wo erleben Sie denn in Bayern die Wahlfreiheit?* Schieder widerlegt in ihrer Aussage das Argument der ausreichenden Kinderbetreuung in Bayern von Bär und Dobrindt. Indem sie die beiden dabei explizit nennt, diffamiert sie sie und spricht ihnen Kompetenzen ab. Im weiteren Verlauf ihres Redebeitrages nimmt sie weiterhin Bezug auf Aussagen von Bär und Dobrindt. Zusätzlich spricht sie Schröder an und kritisiert deren Verhalten:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allen Dingen liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der CSU! Es war schon schlimm genug, was Frau Bär und was Frau Dr. Schröder hier geboten haben. Aber was der Herr Generalsekretär Dobrindt hier geboten hat [...] Da frage ich Sie, Frau Bär: Wo ist denn Ihr christliches Menschenbild geblieben? Und ich frage die Vertreter von der liberalen Seite: Wo bleibt denn das einst so hoch gehaltene Engagement der Liberalen für die Bildung?

Auch Deligöz kritisiert das Verhalten bzw. die Reden von Oppositionsmitgliedern in der Aktuellen Stunde:

Das Einzige, was die Rede von Frau Bär hier demonstriert hat, ist, dass es beim vorgesehenen Betreuungsgeld wohl eher um das Überleben der CSU geht als um die Zukunftschancen der Kinder [...] Wenn ich die Rede von Frau Gruß hinzuziehe, würde ich sagen: Sie sind nicht überzeugend.

Das Profilieren der eigenen Person, Partei oder Diskursgemeinschaft erfolgt zu einem wesentlichen Teil durch das Diffamieren der anderen Akteure. Häufig werden zu diesem Zweck konkrete Parteien und Personen genannt auf die bzw. deren Redebeiträge sich bezogen wird. Dies untermauert die eigenen Aussagen und macht sie dadurch glaubwürdiger.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Parteien im Diskurs zur Einführung des Betreuungsgeldes zu Diskursgemeinschaften zusammengeschlossen haben. Die Pluralität einer Diskursgemeinschaft wird genutzt, um gemeinsame Interessen durchzusetzen und ihrer Stimme ein stärkeres Gewicht zu geben. Dies äußert sich sprachlich durch zahlreiche Fremd- und Selbstbezeichnungen, die meist in Pluralform auftreten. Da die einzelnen Parteien aber dennoch in Konkurrenz um die Wählerschaft stehen, wird zwecks Profilierung der eigenen Partei teilweise auf die Pluralität der Diskursgemeinschaft verzichtet. Einzelne Parteien und konkrete Personen werden in den Redebeiträgen genannt bzw. zitiert, um die gegnerische Diskursgemeinschaft zu diffamieren und abzuwerten und gleichzeitig die eigene aufzuwerten. Dies hat zum einen den Effekt der Verbesserung der Argumentation, nämlich dadurch, dass eigene Aussagen durch die Nennung anderer untermauert werden. Zum anderen werden den genannten Parteien oder Personen ihre Kompetenzen abgesprochen und ihre Glaubwürdigkeit hinterfragt.

5.1.2. Ideology brokers

5.1.2.1. Autoritätenverweise

Autoritäten werden von den Diskursakteuren generiert, um die eigene Meinung zu unterstützen und dadurch Dominanz im Diskurs zu erlangen. Gleichzeitig erfolgt dadurch eine Abwertung bzw. Abschwächung der gegnerischen Diskursposition. Verweise auf Autoritäten stellen demnach eine Strategie dar, im Diskurs zu argumentieren und sich zu positionieren. Marks beruft sich auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, um gegen das Betreuungsgeld zu argumentieren. Das Grundgesetz stellt eine Autorität dar, auf dessen Grundlage sie ihre Argumentation gegen das Betreuungsgeld stützt. Ihrer Meinung nach ist das Betreuungsgeld verfassungsrechtlich fragwürdig, da es gegen zwei Artikel aus dem Grundgesetz verstößt:

Das Betreuungsgeld würde ganz klar gegen Art. 3 Abs. 2 unseres Grundgesetzes verstoßen, denn es trägt eben nicht zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen bei [...] Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch nach Art. 6 Abs. 1 unseres Grundgesetzes ist die Idee des Betreuungsgeldes verfassungsrechtlich höchst fragwürdig. Denn nach Art. 6 Abs. 1 unseres Grundgesetzes muss der Staat alle Familien fördern.

Marks beruft sich auf zwei Artikel des Grundgesetzes, die beinhalten, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind und dass der Staat alle Familien fördern muss. Sie wirft damit den Betreuungsgeldbefürwortern vor, dass das Betreuungsgeld die Geschlechtergleichheit gefährdet und nur diejenigen Eltern unterstützt, die ihre Kinder nicht in eine Kita geben. Die Berufung auf das Grundgesetz als Autorität stützt ihre Argumentation und dient zur Profilierung der eigenen Diskursposition. Ziegler wiederum unterstützt ihre Argumentation durch den Verweis auf die Spitzenverbände und Kommunen (*Wir haben heute zufällig mit den Spitzenverbänden der Kommunen gesprochen. Nichts wird hier getan; es gibt keine Unterstützung*) und im Allgemeinen auf die Wirtschaft und die Familien (*Das sagt die Wirtschaft, und das sagen die Familien*). Die Kommunen, die Wirtschaft und die Familien stellen Autoritäten dar, die laut Betreuungsgeldgegner das Betreuungsgeld ebenfalls ablehnen. Sie fungieren somit als Unterstützung der Argumentation gegen das Betreuungsgeld. Hierbei findet allerdings kein Verweis auf konkrete Autoritäten statt, wie zum Beispiel auf bestimmte Personen. Daher lässt sich die Richtigkeit dieser Äußerungen auch nicht nachvollziehen. Lenkert hingegen nennt in seinem Redebeitrag ein konkretes Beispiel. Er verweist auf das Bundesland Thüringen, wo die Einführung eines Landeserziehungsgeldes scheiterte: *Die Idee zu einem Betreuungsgeld stammt leider aus Thüringen*. Lenkert führt ein Negativbeispiel über die Alleinregierung der CDU in Thüringen an, die im Jahr 2005 ein Landeserziehungsgeld einführte und gleichzeitig die Gelder für Kindergärten kürzte. Die Konsequenzen waren ein

Volksbegehren der Eltern und der Verlust an Wählerstimmen der CDU: *Die Thüringer Eltern waren schon 2005 so weit, wie viele Experten in der Anhörung es heute sind und wie es die CDU wahrscheinlich niemals sein wird. 2009 verlor die CDU in Thüringen auch wegen ihrer verfehlten Bildungspolitik die Alleinherrschaft.* Es wurde ein neues Gesetz verabschiedet, in diesem die Qualität der Kitas hinsichtlich Bildung und Betreuung verbessert wurde: *Fünf Jahre Kampf mit direkter Demokratie von uns Eltern, den Erzieherinnen und Erziehern, den Gewerkschaften, von der SPD, den Grünen und der Linken erzwangen diesen Erfolg.* Das Resultat daraus kann sich nach Lenkert sehen lassen: eine hohe Betreuungs- und Abiturquote in Jena: *In Jena hatten wir schon immer mehr als 50 Prozent der unter Dreijährigen in Kitas – ein Spitzenwert in Thüringen – und eine Abiturquote von 60 Prozent – ein Spitzenwert in Thüringen.* Lenkert verweist auf die Entwicklung in Thüringen um ein Beispiel zur Hand zu haben, was passieren kann, wenn das Betreuungsgeld eingeführt wird. Die Verschlechterung der Qualität der Kinderbetreuung und der Protest der Eltern sind daraus resultierende Tatsachen, welche der CDU in Thüringen die Alleinregierung kostete. Dieses Beispiel hat eine doppelte Funktion. Es dient als Autoritätenverweis und demnach zur Untermauerung der eigenen Position und es dient zur Diffamierung der CDU, deren Politik ein Volksbegehren nach sich zog. Das Anführen von Autoritäten der gegnerischen Diskursgemeinschaft hat wiederum den doppelten Effekt, dass damit die eigene Meinung gestärkt wird und gleichzeitig die politischen Gegner diffamiert werden. Ein weiteres Beispiel hierfür ist Schieder, die in ihrem Redebeitrag die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer von der CSU nennt. Haderthauer wiederum zitiert wissenschaftliche Studien und Erfahrungen in Ländern, die das Betreuungsgeld bereits eingeführt haben:

Ich lese Ihnen einmal vor, was die bayerische Sozialministerin in der Frankfurter Rundschau von heute gesagt hat. [...] – ich zitiere –: Wissenschaftliche Studien und die Erfahrung in Finnland, Schweden und Norwegen haben das Gegenteil erwiesen. Die Eltern, die ihre Kinder schon mit einem Jahr in eine Krippe geben, sind außerdem meistens gut verdienende Berufstätige. Und die werden sich von den 150 Euro nicht umstimmen lassen.

Schieder zitiert eine Person der gegnerischen Seite und führt dies als Argument gegen das Betreuungsgeld an. Zum einen ist dies ein paradoxes Phänomen, da Schieder Haderthauer zitiert, die als CSU-Parteimitglied für die Einführung des Betreuungsgeldes plädieren müsste, jedoch dagegen argumentiert. Zum anderen wird hierbei die Glaubwürdigkeit der Betreuungsgeldbefürworter angezweifelt, da jemand aus den eigenen Reihen gegen das Betreuungsgeld spricht. Die Betreuungsgeldgegner erlangen durch das Abschwächen der Diskursgegner Autorität und eine damit verbundene Aufwertung der eigenen Position. Ein weiteres Exempel hierfür ist der Verweis Steinmeiers auf CDU-Bürgermeister: *Es ist der*

falsche Weg. Sie haben dieselben Zahlen wie ich zur Verfügung. Sie führen dieselben Gespräche mit den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern von CDU-regierten Städten, die Ihnen alle dasselbe sagen. Die Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister von der CDU werden als Autoritäten genannt und unterstützen somit die Position der Betreuungsgeldgegner. Da die Aussagen von der gegnerischen politischen Seite stammen, verstärken sie diesen Effekt und führen zusätzlich zur Diffamierung der Betreuungsgeldbefürworter. Zahlen zum Ausbau der Kinderbetreuung in den Bundesländern werden oft verwendet, um Meinungen zu belegen und gelten daher ebenfalls als Profilierung der Position. Deligöz führt zu diesem Zweck den Freistaat Bayern an, welcher traditionell von der CSU regiert wird²⁸⁴: *Die Zahlen in Bayern beweisen genau das Gegenteil: Sie haben nicht genug getan[...]. Ich weiß nicht, von welchem Bayern Sie reden. Ich kenne in Bayern nur Eltern, die auf Krippenplätze für ihre Kinder warten.* Auch in diesem Fall werden Autoritäten, die aus der Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldbefürworter stammen, als Argument gegen das Betreuungsgeld und zur Profilierung der eigenen Diskursgemeinschaft verwendet.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auf der Seite der Betreuungsgeldbefürworter. Auch hier werden Zahlen zum Kinderbetreuungsausbau als Autorität verwendet, um die gegnerische Seite zu diffamieren und sich zu profilieren. Bär führt in ihrem Redebeitrag das von der SPD regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen an. Sie verweist im Zuge dessen darauf, dass dort der Ausbau der Kinderbetreuung nicht vorankommt:

Wenn Ihnen das alles so wichtig ist, dann reden Sie doch einmal mit Ihrer Ministerpräsidentin Hannelore Kraft [...]. Frau Kraft hat eine Betreuungsquote von gut 15 Prozent erreicht [...]. Ich wünschte, dass ein Jahrzehntlang von der SPD regiertes Bundesland wie Nordrhein-Westfalen hier beispielhaft wäre [...]. Nordrhein-Westfalen steht von allen Bundesländern am allerschlechtesten da. Wenn Ihnen das so wichtig ist, dann setzen Sie einmal in den eigenen Reihen an: Kümmern Sie sich um den Ausbau der Kinderbetreuung hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen! – Ich wohne in Bayern. Da ist die Welt noch in Ordnung.

Die Betreuungsgeldgegner werden durch diese Aussage diffamiert, da ihre Glaubwürdigkeit angezweifelt wird. Laut Bär möchte die SPD anstelle des Betreuungsgeldes den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, erreicht dies aber in einem von ihr regierten Bundesland selber nicht. Ebenso erfolgt die Stärkung der eigenen Position durch den Vermerk auf Bayern, das laut Bär keine Probleme beim Ausbau der Kinderbetreuung hat. Die Betreuungsgeldgegner sehen dies allerdings anders, da sie Bayern als Negativbeispiel anführen. Auch hier erfolgt ein Verweis auf eine Autorität, in diesem Fall auf Bayern. Beide Diskursgemeinschaften beziehen sich jeweils auf Bayern zur Unterstützung der eigenen Position. Die

²⁸⁴ Quelle: Homepage des Freistaates Bayern unter <http://www.bayern.de/Kabinette-seit-1945-.316/index.htm> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Betreuungsgeldbefürworter verwenden es um aufzuzeigen, dass dort genügend Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Im Gegensatz dazu verwenden es die Betreuungsgeldgegner als Negativbeispiel für eine nicht ausreichende Betreuungssituation. Eine weitere Profilierung der Position der Betreuungsgeldbefürworter erfolgt durch die Abschwächung der anderen Diskursposition, indem ein von der SPD regiertes Bundesland als rückständig bezüglich der Kinderbetreuung bezeichnet wird. Da die Betreuungsgeldgegner immer wieder argumentieren, dass anstatt des Betreuungsgeldes lieber der Kitausbau vorangetrieben werden soll, untergräbt die Aussage Bärs deren Glaubwürdigkeit. Weitere Profilierungen im Diskurs seitens der Betreuungsgeldbefürworter erfolgen durch einen Verweis auf das Statistische Bundesamt von Gruß (*Das Statistische Bundesamt hat diese Woche hierzu [Anmerkung NV: zum Ausbau der Kinderbetreuung] Zahlen veröffentlicht, die eine deutliche Sprache sprechen*) und auf Eltern von Ludwig (*Schauen Sie sich an, was die ganz große Mehrheit der Eltern will! Die ganz große Mehrheit der Eltern will selber entscheiden, was sie macht*). Auch hier lässt sich nicht nachvollziehen, woher die Aussage über die Mehrheit der Eltern ihre Legitimation erhält.

Beide Diskursgemeinschaften, sowohl Betreuungsgeldgegner als auch -befürworter, generieren Autoritäten um ihre Stellung und Position im Diskurs auszubauen und die gegnerische zu diffamieren. Gleichzeitig dienen diese Autoritätenverweise als Argumente für oder gegen das Betreuungsgeld, da sie die jeweilige Position unterstützen. Die Betreuungsgeldgegner verweisen in ihren Redebeiträgen auf das Grundgesetz, die Kommunen, Wirtschaft und Familien im Allgemeinen, das gescheiterte Thüringer Landeserziehungsgeld, wissenschaftliche Studien, die Erfahrungen in den Ländern Finnland, Norwegen und Schweden, CDU regierte Städte und den Freistaat Bayern. Diese Generierung von Autoritäten führt zur Stärkung der eigenen Position und zur Profilierung im Diskurs. Dabei werden auch Autoritäten aus den Reihen der Diskursgegner verwendet, wie Thüringen, das Zitat Haderthauers, CDU regierte Städte und Bayern. Dies dient dazu, die Position der Betreuungsgeldbefürworter zu schwächen und zusätzlich deren Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen. Die Betreuungsgeldbefürworter verweisen auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes, auf Nordrhein-Westfalen und auf die Mehrheit der Eltern, um ihre Position auszubauen. Auch hier werden zu diesem Zweck Autoritäten der gegnerischen Seite verwendet, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen. Auffallend ist, dass sich beide Diskursgemeinschaften auf die Familien bzw. die Mehrheit der Eltern als Autorität berufen. Die Betreuungsgeldgegner verwenden dies um hervorzuheben, dass die Familien das Betreuungsgeld ablehnen und die Befürworter verwenden dies um zu zeigen, dass die Mehrheit der Eltern das Betreuungsgeld

möchte. Dieses Beispiel macht deutlich, dass Betreuungsgeldgegner und -befürworter auch die gleichen Argumente verwenden, um jeweils für und gegen das Betreuungsgeld zu argumentieren.

5.1.2.2. Betonung der eigenen Expertise

Nach Spitzmüller und Warnke ist die Betonung der eigenen Expertise ein weiteres Instrument, um sich zu profilieren und die eigene Position auszubauen. Ebenso hat dies den Effekt, anderen ihre Kompetenz abzuerkennen. Deligöz spricht in ihrem Beitrag über eine Anhörung, bei der kein Experte aus den Reihen der Betreuungsgeldbefürworter anwesend war:

Es gab eine Anhörung im Ausschuss des Bundestages, bei der relativ wenige von Ihnen anwesend waren. Das mag Ihnen jetzt nicht passen, aber Sie haben keinen einzigen Experten gefunden, der sich für das geplante Betreuungsgeld ausgesprochen hat. Sie mussten einen MdL, ein Mitglied einer Landtagsfraktion, bemühen, um endlich jemanden zu haben, der sich für das Betreuungsgeld ausgesprochen hat. Das nennt man: Experten aus den eigenen Reihen generieren. Sie finden absolut niemanden unter den Experten, der sich dafür ausspricht.

Indem sie anführt, dass sich kein Experte gefunden hat, der sich für das Betreuungsgeld ausspricht, erkennt sie die Expertise der Koalition ab. Auch betont sie, dass sich lediglich jemand von der Landtagsfraktion, und nicht vom Bundestag, dafür gefunden hat. Dadurch macht sie darauf aufmerksam, dass die Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldbefürworter nicht glaubwürdig ist, da sie selber niemanden hat der sich für diese Sache ausspricht. Marks knüpft an ihr Argument der Verfassungswidrigkeit des Betreuungsgeldes an und verwendet es um zu zeigen, dass selbst die Experten in der Regierung nicht wissen, wie sie das Gesetz verfassungsrechtlich korrekt verfassen sollen: *Genau deswegen, wie wir heute in der Presse lesen konnten, sind Expertinnen und Experten sowohl im Kanzleramt als auch im Familienministerium ratlos, wie das Betreuungsgeld denn nun verfassungsrechtlich einwandfrei in ein Gesetz gegossen werden soll.* Auch die eigene Kompetenz wird betont, um sich selbst zu profilieren, wie beispielsweise bei Ziegler:

Unter Rot-Grün gab es das 4-Milliarden-Euro-Programm zum Ausbau von Ganztagsangeboten. In der Großen Koalition ging es dann um einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, der nicht etwa, wie Frau Dr. Schröder immer behauptet, ab 2013 eingeführt wird, sondern der ab 2013 gilt; er ist schon beschlossene Sache. Das klitzekleine Problem, liebe Frau Ministerin, ist, dass die Umsetzung den Kommunen und Ländern mangels ausreichender finanzieller Mittel immer schwerer fällt. Das wissen Sie, aber Sie tun nichts.

Durch die Gegenüberstellung der Divergenz zwischen Kitaausbau auf der Seite der Betreuungsgeldgegner und nicht erfüllter Rechtsanspruch auf der Seite der Betreuungsgeldbefürworter wird die eigene Expertise betont und die der Gegner aberkannt.

Auch die Betreuungsgeldbefürworter betonen ihre eigene Kompetenz, wie zum Beispiel Laurischk:

Wir haben in der Vergangenheit schon einiges auf den Weg gebracht. Wir haben das Kindergeld erhöht und den Kinderfreibetrag angehoben. Wir haben den Kinderzuschlag auf den Weg gebracht. Wir haben bereits zu Beginn dieser Koalition Leistungen tatsächlich auf den Weg gebracht.

Durch die Betonung auf die bereits erbrachten Leistungen erfolgt eine Profilierung der eigenen Partei. Zu diesem Zweck werden auch Argumente verwendet, welche mit der eigentlichen Sache, dem Betreuungsgeld, nichts zu tun haben, wie beispielsweise bei Dobrindt: *Sie von Rot-Grün haben Milliarden für die Menschen ausgegeben, die Sie in die Arbeitslosigkeit geschickt haben. Wir haben die Zahl der Arbeitslosen von 5 Millionen auf jetzt 2,5 Millionen halbiert.* Durch diese Gegenüberstellung profitieren die Betreuungsgeldbefürworter zweifach: sie betonen ihre eigene Expertise und sprechen sie den anderen ab. Die Aussage Schröders, *Union und FDP sind nämlich die Einzigen, die es mit der Wahlfreiheit für Familien wirklich ernst meinen*, rüttelt an der Glaubwürdigkeit und Position der Betreuungsgeldgegner und wertet die Befürworter auf. Auch Laurischk geht auf ein Thema ein, das nichts mit dem Betreuungsgeld gemeinsam hat: die Zuwanderungspolitik. Es dient lediglich dem Zweck, die Kompetenz der SPD anzuzweifeln: *Das hat die SPD nicht fertiggebracht. Ich erinnere mich noch gut an Herrn Scholz, der das damals als Arbeitsminister nicht geschafft hat.* Indem Laurischk auf das Versagen von Scholz eingeht, konkretisiert er seine Aussage und liefert einen vermeintlichen Beleg für seine Richtigkeit. Tauber macht in seinem Redebeitrag deutlich, dass die Opposition in Sachen Betreuungsgeld kein Experte ist: *Dass Sie das nicht verstehen, nehme ich Ihnen nicht übel. Aber hören Sie auf, diese Debatte mit Schaum vor dem Mund zu führen.* Auch Ludwig spricht in ihrem Redebeitrag die Kompetenz der Opposition ab, indem sie sie belehrt:

Ganz abgesehen davon, dass wir es hier mit einer bodenlosen fachlichen Ahnungslosigkeit Ihrerseits zu tun haben [...] So viel jetzt zur fachlichen Aufklärung für die, die immer noch mit den billigen Argumenten wie 'Herdprämie', 'Hausfrauensubventionierung' und anderem Blödsinn, der Ihnen sonst noch eingefallen ist, um die Ecke kommen. Das sind alte Textbausteine. Entledigen Sie sich dieser, und setzen Sie sich fachlich mit dem auseinander, was wir hier machen!

Tauber und Ludwig diffamieren durch ihre Aussagen die Opposition, da sie sie als fachlich inkompetent bezeichnen. Aufgrund der Belehrungen in den Redebeiträgen erfolgt eine direkte Abwertung der oppositionellen Kompetenz mit gleichzeitiger Aufwertung der Koalition.

5.1.2.3. Sprachliche Bewertungsstrategien

Sprachliche Bewertungsstrategien werden in den Redebeiträgen häufig eingesetzt, um die Position des Gegners abzuschwächen und die eigene aufzuwerten. Oft erfolgen Bewertungen seitens der Betreuungsgeldgegner mit dem Ziel, die gegnerische Diskursgemeinschaft in Frage zu stellen und die Koalitionsparteien zu spalten. Zu diesem Zweck spricht Ziegler davon, dass sogar die meisten Koalitionsmitglieder gegen das Betreuungsgeld sind: *Drittens – um dieses Thema geht es heute – haben Sie etwas, das der größte Teil der Koalition nicht wollte, beschlossen, nämlich das unsägliche Betreuungsgeld.* Auch Marks spielt auf thematische Unstimmigkeiten innerhalb der Koalitionsparteien an:

Wenn man bedenkt, dass für das unsinnige Betreuungsgeld 2 Milliarden Euro jährlich ausgegeben werden sollen und damit die Zustimmung der CSU zu den ebenso unsinnigen Steuersenkungen erkaufte wurden [...]. Das ist ein Offenbarungseid dieser schwarz-gelben Koalition.

Die Aussagen Zieglers und Marks' diffamieren die Betreuungsgeldbefürworter, indem sie behaupten, dass das Betreuungsgeld sogar größtenteils in den Reihen der Koalition nicht gewünscht ist und dass ein thematischer Tauschhandel zwischen CDU, CSU und FDP stattfindet. Die Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldbefürworter wird hierdurch diskriminiert, da sie schlecht bewertet und ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird. Ziegler greift abermals die Koalition an, indem sie sich negativ über deren Politik äußert:

[...] seit letztem Sonntag startet diese Koalition eine Verdummungskampagne. Diese Kampagne beginnt mit den Steuergeschenken, die keine wahren sind. Das wissen mittlerweile alle. Das hat jeder in unserem Land begriffen. Herr Kurth, darüber haben wir gestern eine ausgiebige Diskussion geführt, die Sie nicht gerade gewonnen haben.

Die Betonung auf Kurth von der FDP und auf die falschen Steuergeschenke verdeutlicht zusätzlich die Aussage Zieglers. Weitere Beispiele für sprachliche Bewertungsstrategien der Betreuungsgeldgegner finden sich bei Schieder:

Das ist ein konservatives, ein rückwärtsgewandtes Familienbild, von dem ich eigentlich gedacht hätte, dass es die CSU schon längst überwunden hat. [...] und da können Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen seitens der CSU gerade in Bayern noch viel mehr tun [...] Ich sage Ihnen: Sie sind lediglich eine sogenannte christlich-liberale Koalition.

Die Zitate verdeutlichen, dass Bewertungen ein häufig genutztes Instrument sind, andere Diskurspositionen zu schwächen und sich als ideology broker zu profilieren.

Die Betreuungsgeldbefürworter betonen mehrfach, dass die Opposition, indem sie kein Betreuungsgeld möchten, die Eltern diffamieren, die ihre Kinder selbst betreuen, beispielsweise Dobrindt:

Aber Sie von der SPD, von den Grünen und von der Linkspartei reden permanent diejenigen Eltern schlecht, die keine Kita nutzen, die ihre Kinder nicht in die Kita schicken [...] Sie von Rot, Grün und Linkspartei machen eines deutlich, nämlich dass Ihnen diese Menschen unwichtig sind [...] Das, was Sie hier heute aufführen – SPD, Grüne und Linkspartei –, gegen das Betreuungsgeld zu stänkern, das diffamiert in unerträglicher Weise die Erziehungsleistung von vielen Millionen Vätern und Müttern.

Diese Aussagen finden sich auch bei Ludwig (*Sie diskreditieren also Mütter und Väter, die es sich trauen, zu sagen: Ich will mein Kind nicht in einer Krippe geben*) und Tauber (*Wenn Sie nur für Krippenausbau plädieren, kein Betreuungsgeld wollen und andere Formen von Familienleben negieren, setzen Sie Anreize, die in die falsche Richtung führen. Das ist nicht in Ordnung*). Die häufig hervorgebrachte Äußerung unterschiedlicher Koalitionsmitglieder, dass die Opposition Eltern abwertet, die ihr Kind nicht in eine Kita geben, hat den Effekt, die Betreuungsgeldgegner in ein schlechtes Licht zu rücken. Bewertet wird ebenfalls die Tatsache, dass im Jahr 2008 die Große Koalition von CDU/CSU und SPD ein Betreuungsgeld beschlossen hat. Es wird der SPD zur Last gelegt, dass sie sich heute über dessen Einführung beschwert, obwohl sie damals zugestimmt hat, siehe Tauber:

Dann darf man einmal daran erinnern – das ist für die Sozialdemokraten ein bisschen schmerzhafter als für die Linken und die Grünen –: Sie haben das mit auf den Weg gebracht [...] Das schmerzt Sie wahrscheinlich auch deswegen, weil mit Ursula von der Leyen eine christ-demokratische Familienministerin das angestoßen hat, während Sie vorher nur geschlafen haben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Diskursgemeinschaften sprachliche Bewertungsstrategien anwenden, um den jeweiligen politischen Gegner zu diffamieren und dadurch seine Position im Diskurs zu schwächen bzw. seine eigene Position zu stärken. Die Opposition setzt überwiegend Bewertungen ein, um auf interne Meinungsverschiedenheiten der Koalition aufmerksam zu machen und dadurch die Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldgegner in Frage zu stellen. Die Koalition hingegen argumentiert, dass die Opposition Eltern schlecht darstellt. Die Analyse mit dem Konzept *ideology brokers* hat gezeigt, dass der Kampf um die Dominanz im Diskurs überwiegend durch Autoritätenverweise, aber auch durch die Betonung der eigenen Expertise und durch sprachliche Bewertungsstrategien erfolgt. Beide Diskursgemeinschaften verwenden diese Strategien, um ihre eigene Position zu stärken und Autorität zu erlangen sowie um die Position der Gegner zu schwächen. Auch werden sie zu Argumentationszwecken verwendet. Zwar sind die Inhalte der Aussagen überwiegend subjektiver Art und beruhen nicht auf nachvollziehbaren Fakten, trotzdem dienen sie dazu Argumente für oder gegen das Betreuungsgeld zu äußern. Von daher kann festgehalten werden, dass die Argumentationen im untersuchten Korpus häufig auf subjektiver Basis erfolgen und immer (Be-)Wertungen

enthalten. In Verbindung mit den Charakteristika von Sprache in der Politik kann bestätigt werden, dass auch in den untersuchten Texten wertendes Sprechen ein wesentlicher Bestandteil ist. Ziel ist nicht nur Akzeptanz und Zustimmung zu erreichen,²⁸⁵ sondern auch um die Dominanz im Diskurs zu erlangen.

5.2. Intratextuelle Ebene

5.2.1. *Echte Wahlfreiheit*

Wie ein roter Faden zieht sich das Schlagwort *Wahlfreiheit* bzw. sein Synonym *Entscheidungsfreiheit*²⁸⁶ durch die Redebeiträge. Der darin enthaltene Begriff *Freiheit* ist positiv konnotiert²⁸⁷ und erfährt durch die Betreuungsgeldgegner und -befürworter eine unterschiedliche deskriptive Bedeutung. Von daher ist der Begriff *Wahlfreiheit* ein Hochwertwort, welches für die Argumentation für oder gegen das Betreuungsgeld verwendet wird. Die Betreuungsgeldgegner verstehen unter dem Begriff *Wahlfreiheit*, dass für alle Kinder ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Nur wenn dies gewährleistet ist, haben Eltern die Freiheit zu entscheiden, ob sie zu Hause bleiben oder arbeiten gehen, wie Ziegler feststellt: *Sie faseln – das haben wir heute mehrfach gehört – von der Wahlfreiheit für Eltern. Ich frage Sie: Wo ist die Wahlfreiheit, wenn es keine ausreichende Zahl an Kitaplätzen gibt?* Auch Schieder spricht in ihrem Redebeitrag die Wahlfreiheit an, die von der Koalition immer wieder thematisiert wird, aber ihrer Meinung nach nicht vorhanden ist:

Wo erleben Sie denn in Bayern die Wahlfreiheit? Bayern gehört zu den Bundesländern, in denen es diese Wahlfreiheit nicht gibt. Mit einer Betreuungsquote von 20,6 Prozent sind wir ganz hinten im bundesweiten Ranking [...] Deswegen müssen wir die Zahl der Kitaplätze ausbauen, um eine echte Wahlfreiheit zu schaffen.

Marks hat ebenfalls eine bestimmte Vorstellung von Wahlfreiheit, welche nicht mit derjenigen der Koalition zusammenpasst: *Die CSU bemüht immer wieder das Argument der Wahlfreiheit. Das haben wir auch heute schon mehrfach gehört. Ich sage Ihnen: Wahlfreiheit gibt es erst dann, wenn genügend Bildungs- und Betreuungsangebote zur Verfügung stehen.* Auch Deligöz' Wahlfreiheitsaspekt beruht nicht auf der Einführung des Betreuungsgeldes, sondern auf der Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen:

²⁸⁵ Vgl. Spieß (2011), S. 175.

²⁸⁶ Wortschatzportal der Universität Leipzig: <http://wortschatz.uni-leipzig.de/abfrage/> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

²⁸⁷ Nach dem Online-Wortschatz-Informationssystem Deutsch (OWID) des Instituts für Deutsche Sprache (http://www.owid.de/artikel/8710?module=elex_b&pos=13 (letzter Zugriff: 05.03.2014) ist Freiheit ein demokratischer Wert, der je nach Kontext verschiedene Bedeutungen hat, wie zum Beispiel Freiraum, Nicht-Gefangensein, Nicht-Fremdbeherrscht, Vorrecht, räumliche Mobilität, usw..

Sie tun so, als ob der Kitausbau die Familien in unserem Land im Regen stehen lasse und man für eine echte Wahlfreiheit das Betreuungsgeld einführen müsse [...] Das Schlimmste daran ist, dass Sie in diesem Zusammenhang von Wahlfreiheit reden. Ich weiß nicht, von welchem Bayern Sie reden. Ich kenne in Bayern nur Eltern, die auf Krippenplätze für ihre Kinder warten [...] Auf diesem Gebiet haben wir nämlich die größten Defizite. Das müssen wir angehen, um für Wahlfreiheit in diesem Land zu sorgen.

Die Aussagen von Ziegler, Schieder, Marks und Deligöz verdeutlichen, dass die Betreuungsgeldgegner der Meinung sind, dass es keine Wahlfreiheit geben kann, wenn es nicht genügend Betreuungsplätze gibt. Durch das Fehlen von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder werden Eltern gezwungen, zu Hause zu bleiben und nicht arbeiten zu gehen. Schieder beruft sich hierbei auf den Begriff der *echten Wahlfreiheit*, die nur vorhanden ist, wenn genügend Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind. Das Adjektiv *echt* und seine Synonyme *wahr*, *richtig* und *wirklich*²⁸⁸ implizieren, dass nur unter diesen Bedingungen eine wahre Wahlfreiheit möglich ist und alles andere keine wirkliche (echte) Wahlfreiheit darstellt. Aber auch die Betreuungsgeldgegner beanspruchen das Adjektiv *echt* in Verbindung mit dem Begriff *Wahlfreiheit*, um ihre Meinung zu untermauern, wie zum Beispiel Dobrindt (*Wir stehen für die echte Wahlfreiheit bei der Erziehung*), Bär (*weil wir kein staatlich verordnetes Familienmodell wollen und weil wir eine echte Wahlfreiheit wollen*) und Schröder (*Union und FDP sind nämlich die Einzigen, die es mit der Wahlfreiheit für Familien wirklich ernst meinen*). Die Betreuungsgeldbefürworter verwenden den Begriff *Wahlfreiheit* in Bezug auf die Einführung des Betreuungsgeldes und den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen. Wahlfreiheit bedeutet für sie etwas anderes, nämlich, dass sich Familien aussuchen können, welche von beiden Leistungen sie in Anspruch nehmen möchten, Kitaplatz oder Betreuungsgeld. Bär betont den Aspekt der Wahlfreiheit (*Vielmehr geht es darum, was wir tun, um Familien in diesem Lande eine Wahlfreiheit zu ermöglichen*) und beansprucht ihn für ihre Partei als Grundgedanke ihrer liberalen Politik (*Diese Wahlfreiheit ist übrigens ein urliberaler Gedanke*). Weiterhin erklärt Bär, wie sie Wahlfreiheit definieren: *Denn Wahlfreiheit ist eben auch Familienmodellfreiheit*. Auch Gruß argumentiert mit der Freiheit der Familien selbst zu entscheiden, die durch das Betreuungsgeld ermöglicht wird: *Ziel dieser Koalition ist es, Wahlfreiheit für die Familien zu schaffen. Jede Familie soll so leben können, wie sie will. Zu dieser Wahlfreiheit gehört auch ganz entscheidend der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten*. Dies findet sich ebenfalls in den Redebeiträgen von Schröder (*Mütter und Väter haben künftig mehr Wahlfreiheit, das Familienleben so zu gestalten, wie sie selbst es für richtig halten*) und Tauber (*Zu dem Ganzen gehört auch, dass*

²⁸⁸ Wortschatzportal der Universität Leipzig: <http://wortschatz.uni-leipzig.de/abfrage/> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

wir anerkennen, dass es in der Entscheidungsfreiheit der Familie liegt, ob sie das Angebot ab dem zweiten oder dritten Lebensjahr des Kindes oder später nutzen möchte). Dobrindt betont, dass sie nicht vorschreiben möchten, wie Familien ihr Leben gestalten sollen (*Wir haben ein freiheitliches Bild von der Familie*). Die zahlreichen Aussagen zeigen, dass der Begriff *Wahlfreiheit* bzw. *Freiheit* einen großen Stellenwert innerhalb beider Diskursgemeinschaften einnimmt. Er wird von fast allen Sprechern verwendet. Zwar benutzen beide Diskursgemeinschaften den gleichen Begriff, weisen ihm aber eine unterschiedliche Bedeutung zu. Daher findet ein semantischer Kampf um die Bedeutungs- und Verwendungshoheit auf zwei Ebenen statt: Auf der Ebene der denotativen Lesarten-Konkurrenz wird um die parteispezifische Besetzung des Hochwertwortes *Wahlfreiheit* gekämpft. Jede Diskursgemeinschaft möchte diesen Begriff für sich beanspruchen und erachtet die jeweils gegnerische Konnotation des Begriffes für falsch. Auf der Ebene der evaluativen Lesarten-Konkurrenz wird der Begriff mit der gegnerischen Bedeutung bewertet und umgewertet. Dass bei der Koalition *Wahlfreiheit* die Wahl zwischen Kitaplatz und Betreuungsgeld bedeutet, wird von der Opposition bewertet, indem sie sagt, dass es nicht genügend Kitaplätze gibt und somit auch keine *Wahlfreiheit*. Ihr *Wahlfreiheitsbegriff* beinhaltet ausreichend Kitaplätze für alle Kinder.

Der Begriff *Erziehung* bzw. *Erziehungsleistung* wird ebenfalls in den einzelnen Redebeiträgen häufig genannt und kontrovers verwendet. Die Koalition verwendet den Begriff *Erziehungsleistung* als Argument für das Betreuungsgeld. Schröder betont in ihrem Redebeitrag die Funktion des Betreuungsgeldes als Anerkennung für die Erziehungsleistung: *Eltern erhalten mehr Anerkennung für ihre Erziehungsleistung*. Auch Dobrindt spricht von der Honorierung der Erziehungsleistung der Eltern, die ihre Kinder nicht in Kitas geben:

Unser Signal mit dem Betreuungsgeld an Millionen von Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, heißt: Sie sind uns wichtig, ihre Erziehungsleistung ist für uns wertvoll, und deswegen muss sie dem Staat auch etwas wert sein [...] Diese Eltern darf der Staat nicht vergessen. Deswegen muss er bereit sein, deren Erziehungsleistung auch finanziell zu honorieren.

Die Opposition hingegen möchte die Erziehungsleistung aller Eltern anerkennen, und nicht nur denjenigen, welche ihre Kinder zu Hause betreuen. Lenkert argumentiert, dass Eltern, die ihre Kinder in einer Kita betreuen lassen, genauso ihre Kinder erziehen wie Eltern, die ihre Kinder zu Hause selber betreuen:

Mit ihrem Anerkennungsargument für Mütter und Väter zu Hause schlage ich mich seit fünf Jahren herum. Aber mit diesem Argument unterstellen Sie Müttern und Vätern, die einen Beruf ausüben und ihre Kinder erziehen, sie würden sie nicht erziehen [...] Wenn es Ihnen von

der CDU wirklich um die Anerkennung der Erziehungsleistung gehen würde, müssten Sie für 70 Prozent der Erziehungsleistung den Kitaeltern auch 70 Prozent des Erziehungsgeldes zahlen. Dies planen Sie nicht einmal. Also ist dieses Argument der Anerkennung der Erziehungsleistung vorgeschoben. Sie missachten die Erziehungsleistung von Millionen Eltern, die Kitas nutzen.

Lenkert erachtet Bildung bzw. die Chance auf Bildung für Kinder wichtiger als die Anerkennung der Erziehungsleistung für Eltern: *Bildungsqualität und zukünftige Chancen unserer Kinder sind wichtiger als ein Erziehungsgeld für Mutti oder Vati am Herd und das Kind in der Küche.* Auch Schieder weist auf die Gefahren hin, die entstehen können, wenn die Anerkennung der Erziehungsleistung vor dem Kindeswohl steht:

Sie wissen doch genauso gut wie wir alle hier, dass das Betreuungsgeld nur auf den ersten Blick so verfangen kann, dass man davon ausgehen könnte, dass es eine längst überfällige Anerkennung von Erziehungsleistung im Elternhaus mit sich bringt. Sie wissen doch ganz genau, dass bereits der zweite Blick zeigt, dass dieses Betreuungsgeld geeignet ist, eine katastrophale Steuerungswirkung zu entfalten und dafür zu sorgen, dass gerade Kinder, die einer frühkindlichen Förderung bedürfen, nicht mehr in unseren Kindertagesstätten auftauchen werden und damit ihrer Zukunftschancen beraubt werden.

Die Betreuungsgeldgegner argumentieren hierbei mit den möglichen negativen Folgen für Kinder, die durch das Betreuungsgeld hervorgerufen werden können. Die Betreuungsgeldbefürworter hingegen werfen ihnen vor, sie würden nur die eine Erziehungsleistung anerkennen, nämlich die der Eltern, die ihre Kinder in Kitas geben, siehe Dobrindt: *Sie wollen nur die eine Erziehungsleistung haben. Sie wollen die Eltern in Deutschland spalten. Sie sind diejenigen, die Erziehungsleistungen zu Hause schlechtreden.* Die Erziehungsleistung der Eltern, die zu Hause ihre Kinder erziehen, wird laut Dobrindt von der Opposition nicht berücksichtigt: *Das, was Sie hier heute aufführen – SPD, Grüne und Linkspartei –, gegen das Betreuungsgeld zu stänkern, das diffamiert in unerträglicher Weise die Erziehungsleistung von vielen Millionen Vätern und Müttern in diesem Land.* Auch Tauber kritisiert die Haltung der Betreuungsgeldgegner hinsichtlich der Anerkennung von Erziehungsleistung der Eltern: *Sie stellen die Erziehung in der Kita und die Erziehung zu Hause einander konfrontativ gegenüber. Aber beides hat seinen Wert.* Schröder argumentiert damit, dass sich Anerkennung und Kitausbau nicht ausschließen müssen: *Die Anerkennung von Betreuung und Erziehung in der Familie steht doch nicht im Gegensatz zum Ausbau der Betreuung in Kitas und Tagespflege, sondern beides gehört zusammen.* Die Argumentation der beiden Diskursgemeinschaften hinsichtlich der Erziehungsleistung der Eltern zeigt ein kontroverses Bild. Die Betreuungsgeldbefürworter argumentieren, dass sie durch das Betreuungsgeld die Erziehungsleistung der Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, anerkennen möchten. Die Betreuungsgeldgegner hingegen kritisieren, dass dadurch die

Erziehungsleistung aller anderen Eltern nicht berücksichtigt wird. Daraufhin werfen ihnen die Betreuungsgeldbefürworter vor, dass die Leistung der Eltern zu Hause nicht toleriert wird und stattdessen nur diejenige der Eltern mit Kindern in Kitas. Die Betreuungsgeldgegner werfen ihnen im Zuge dessen vor, dass lediglich die Eltern zu Hause Anerkennung finden. Die Anerkennung der Erziehungsleistung wird von den Befürwortern als Argument für das Betreuungsgeld verwendet und von den Gegnern als Argument dagegen. Von daher ist der Begriff *Erziehungsleistung* Teil eines semantischen Kampfes der evaluativen Lesarten-Konkurrenz. Der Begriff ist Bestandteil der Argumentation der Betreuungsgeldbefürworter. Allerdings wird er durch die Betreuungsgeldgegner umgedeutet, indem die negativen Aspekte hervorgehoben werden. Somit wird der Begriff auch als Argument gegen das Betreuungsgeld eingesetzt.

Die Analyse der wortorientierten Ebene hat ergeben, dass die Argumentation für bzw. gegen die Einführung des Betreuungsgeldes auf der Wortebene durch die Verwendung von Hochwertwörtern erfolgt. Hierbei findet ein semantischer Kampf um die parteispezifische bzw. interessensspezifische Besetzung dieser positiv konnotierten Wörter statt. Er äußert sich darin, dass die Begriffe von den Diskursgemeinschaften sowohl bewertet als auch umgewertet werden. Die Begriffe *Wahlfreiheit* und *Erziehungsleistung* sind Schlagwörter, da sie aufgrund ihrer häufigen Thematisierung durch beide Diskursgemeinschaften diskursbestimmend sind. Sie sind kontroverse Begriffe aufgrund der Tatsache, dass sie von den Betreuungsgeldbefürwortern als Argument für das Betreuungsgeld und von den Betreuungsgeldgegnern als Argument gegen das Betreuungsgeld verwendet werden. *Freiheit* und *Leistung* sind Hochwertwörter, weil sie positiv konnotiert und mit ihnen gesamtgesellschaftliche Werte verbunden sind. Dies nutzen die Betreuungsgeldbefürworter für ihre Argumentation, indem sie sie mit ihren Vorstellungen bezüglich des Betreuungsgeldes aufladen. Die Gegner jedoch laden diese Begriffe mit anderen Bedeutungen auf und verwenden sie für ihre Argumentationszwecke gegen das Betreuungsgeld.

5.2.2. Thematische Propositionen

5.2.2.1. Betreuungsgeldgegner

Die Analyse der thematischen Propositionen in den Redebeiträgen der Betreuungsgeldgegner zeigt, dass neben dem Betreuungsgeld weitere Themen angesprochen werden, welche ebenfalls zentrale Rollen im Diskurs einnehmen und Diskursstränge bilden. Die Themen Bildungschancen für Kinder, soziale Gerechtigkeit, Frauen- und Familienbilder,

Rollenverteilungen zwischen Mann und Frau, Fachkräftemangel, das Fehlen von ausreichenden Kinderbetreuungsplätzen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden von den Oppositionsmitgliedern zu argumentativen Zwecken gegen das Betreuungsgeld verwendet. Sie werden in direkte Verbindung zum Gegenstand Betreuungsgeld gesetzt. Nach Jäger bilden sie Diskurs(strang)verschränkungen, da diese Themen jeweils ihre eigenen Diskurse haben, im Diskurs zum Betreuungsgeld thematisiert werden und in Wechselwirkung mit ihm stehen.

Von jedem Mitglied der Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldgegner wird auf die Bildungschancen von Kindern hingewiesen, die durch das Fernbleiben von Kitas verhindert werden. Bildung und Betreuung stehen daher in unmittelbarer Beziehung zueinander. Die Betreuungsgeldgegner sind sich einig, dass sich ohne frühkindliche Betreuung die Chancen der Kinder auf Bildung verschlechtern. Das Thema Bildung bzw. Bildungschancen bildet hierbei die Referenz, die Prädikation. Den Inhalt bildet die Aussage, dass das Betreuungsgeld Bildungschancen verhindere. Mit dem Thema der Bildungschancen ist das Thema der sozialen Gerechtigkeit verbunden, denn darin enthalten ist sehr häufig die Aussage, dass gerade Kinder aus sozial schwachen Familien und Kindern mit Migrationshintergrund davon betroffen sind. Vor allem Steinmeier macht dies deutlich. Er spricht von Kindern, die Bildung besonders benötigen und von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund. Bildung wird hierbei in Beziehung mit sozialer Gerechtigkeit gesetzt:

Es geht darum, dass wir mit der Einführung eines Betreuungsgeldes nicht Chancen aufs Spiel setzen, vor allem Chancen der Kinder, die der Betreuung in öffentlichen Einrichtungen am dringendsten bedürfen [...] und dass wir bei der Aufarbeitung dieser Defizite nur dann erfolgreich sein werden, wenn es uns gelingt, diese Kinder endlich mit gleichen Chancen – das heißt auch, gleichen Sprachkenntnissen – in die Schule zu bringen [...] Dann entscheiden Sie sich für einen finanziellen Anreiz, der dazu führen wird [...] dass viele von denen, die es dringend nötig hätten, aus Kitas ferngehalten werden.

Auch Ziegler thematisiert die Bildungschancen von Kindern. In diesem Zusammenhang spricht sie überwiegend von sozial benachteiligten Kindern:

Dafür zahlen vor allen Dingen Kinder und Jugendliche mit schlechteren Bildungschancen [...] Kitas und Ganztageschulen könnten nämlich manch [...] elternhausbedingten Nachteil ausgleichen [...] Sie wissen genauso gut wie ich, dass frühkindliche Bildung notwendig ist, dass es aber auch Familien gibt, in denen Kinder diese nicht erhalten können.

Marks argumentiert ebenfalls mit den negativen Folgen für Kinder hinsichtlich ihrer Bildungschancen: *Der Gesetzgeber würde damit finanzielle Anreize schaffen, die Bildungsbeteiligung von Kindern [...] zu verringern statt zu vergrößern.* Schieder hebt in ihrem Redebeitrag die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung hervor:

[...] dass dieses Betreuungsgeld geeignet ist, eine katastrophale Steuerungswirkung zu entfalten und dafür zu sorgen, dass gerade Kinder, die einer frühkindlichen Förderung bedürfen, nicht mehr in unseren Kindertagesstätten auftauchen werden und damit ihrer Zukunftschancen beraubt werden [...] Dieses Betreuungsgeld ist eine Entscheidung gegen die frühe Förderung von Kindern, gegen eine frühe Förderung, die vielen Kindern sehr gut täte [...] dass dieses Betreuungsgeld dort angenommen wird, wo es zur Fernhalteprämie wird und Kindern ihre Lebenschancen genommen werden [...] Sie wissen genau, dass das Beste, was wir unseren Kindern mitgeben können, Bildung ist und dass diese Bildung nicht in der Schule, sondern bereits im vorschulischen Bereich beginnt.

Ihrer Meinung nach wird durch das Betreuungsgeld diese frühkindliche Bildung verhindert, da es Kinder von Kitas fernhält. In unmittelbarer Beziehung zum Thema Bildung befindet sich auch das Argument von Schieder, dass durch das Fernhalten von Kindern von Bildung die soziale Spaltung innerhalb der Gesellschaft größer wird: *Sie wissen doch auch, dass gerade in sozial schwächeren Familien dieses Geld als Lockmittel geeignet ist [...] Sie sorgen mit diesem Betreuungsgeld für den Ausbau der sozialen Spaltung und für noch mehr Bildungsungerechtigkeit in diesem Lande.* Diese Beispiele zeigen, dass Bildung einen großen Stellenwert innerhalb der Argumentation der Betreuungsgeldgegner besitzt. Sehr häufig wird sich dabei auf Kinder bezogen, die aus sozial schwachen Familien kommen und auf Kinder, die aus Familien mit Migrationshintergrund stammen. Ein Argument gegen das Betreuungsgeld ist nach Ansicht der Opposition, dass das Betreuungsgeld Bildung von Kindern verhindert, da es einen finanziellen Anreiz schafft Kinder nicht mehr in Kitas betreuen zu lassen.

Ein weiterer Diskursstrang wird von der Referenz *Frau* gebildet, vor allem von der Berufstätigkeit bzw. Nichtberufstätigkeit der Frau. Die Prädikation besteht aus der Aussage, dass das Betreuungsgeld die Berufstätigkeit der Frau verhindere und sie sich somit einem Armutsrisiko aussetzt. Ziegler spricht in diesem Kontext vor allem von alleinerziehenden Frauen:

Frauen zahlen dafür auch mit schlechteren Chancen im Erwerbsleben. Frauen und Alleinerziehende zahlen mit einem skandalösen Armutsrisiko [...] Das Fehlen von Kitas und Ganztageschulen versperrt gerade vielen Alleinerziehenden den Weg in eine existenzsichernde Arbeit.

Auch Marks argumentiert gegen das Betreuungsgeld mit der Verringerung der Chancen auf Erwerbstätigkeit von Frauen: *Der Gesetzgeber würde damit finanzielle Anreize schaffen, die Bildungsbeteiligung von Kindern und gleichermaßen die Erwerbstätigkeit von Eltern, und zwar insbesondere von Müttern, zu verringern statt zu vergrößern.* Ebenso spricht sie vom Verlust der Existenz- und Alterssicherung, welche auf Frauen durch ihre Nichterwerbstätigkeit zukommen kann: *Es setzt insbesondere für Frauen falsche Anreize,*

länger zu Hause zu bleiben, die eigene Existenzsicherung und damit auch die eigene Alterssicherung zu vernachlässigen. Steinmeier zitiert den ehemaligen CDU-Politiker Wuermeling, der sich in den 1950er/60er Jahren gegen die Berufstätigkeit der Frau aussprach²⁸⁹: *Ich will nicht zurück in eine Zeit, in der ein Franz-Josef Wuermeling von der 'gemeinschaftszersetzenden Berufstätigkeit der Frau' sprach.* Mit dieser Anspielung wird deutlich, dass Steinmeier die Nichtberufstätigkeit von Frauen als rückständig und nicht mehr zeitgemäß erachtet. In direktem Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit bzw. Nichterwerbstätigkeit von Frauen steht der Fachkräftemangel, der durch das zu Hause bleiben von Frauen verstärkt wird. Dies wird vor allem in der Argumentation Zieglers ersichtlich:

Schließlich zahlt dafür auch die Wirtschaft, nämlich mit schlechteren ökonomischen Chancen. Denn Ihr falsches Angebot führt dazu, dass viele gut ausgebildete Frauen nach der Geburt eines Kindes zu Hause bleiben. Diese Frauen stehen uns in Zukunft nicht als Fachkräfte zur Verfügung.

Hier wird deutlich, dass die durch das Betreuungsgeld geförderte Nichterwerbstätigkeit der Frauen zweierlei Konsequenzen hat: einmal für die Frauen selber, die kein Geld verdienen und einmal für die Wirtschaft, der dadurch Fachkräfte fehlen. Auch Marks weist auf die Auswirkungen des Betreuungsgeldes auf die Wirtschaft hin: *Welches Signal gibt die Bundesregierung bzw. diese Familienministerin in Richtung des Arbeitsmarktes, wenn sie gut ausgebildete Frauen gerade von diesem fernhalten will?* Allerdings ist nicht nur der Fachkräftemangel eine unmittelbare Auswirkung der Nichterwerbstätigkeit von Frauen. Sie wirkt sich ebenfalls auf die Rollenverteilung von Mann und Frau aus. Deligöz wirft der Koalition vor, sie würde mit dem Betreuungsgeld alte Rollenbilder unterstützen, in diesem Frauen überwiegend Hausfrauen und zu Hause waren:

Wir investieren durch das Ehegattensplitting derzeit 20 Millionen Euro in die Hausfrauenehe. Wir haben die beitragsfreie Mitversicherung der Ehegattinnen, was Milliarden kostet. [...] All dies dient dazu, die Hausfrauenehe zu fördern. Sie halten daran fest, um die Hausfrauen zu unterstützen. [...] Sie manifestieren Rollenbilder, die in unserer Gesellschaft längst überholt sind.

Auch Marks (*Außerdem verfestigt es alte, traditionelle Rollenverteilungen zwischen Frauen und Männern*) und Schieder (*und dass Eltern die Frage entscheiden können und nicht in ein Rollenbild hineingedrängt werden, in dass sie nicht hineingedrängt werden wollen [...] Das ist ein konservatives, ein rückwärtsgewandtes Familienbild*) sprechen von einer durch das Betreuungsgeld hervorgerufene Rollenverteilung, welche ihrer Meinung nach mit der Gegenwart nichts zu tun hat. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird ebenfalls in

²⁸⁹ Die Informationen stammen von der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Ministerium/geschichte.html> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit bzw. Nichterwerbstätigkeit von Frauen thematisiert, wie die Redebeiträge von Marks (*Statt weitere Hürden für die Berufstätigkeit von Frauen aufzubauen, wäre es die Pflicht der Bundesregierung, diese abzubauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf partnerschaftlich zu ermöglichen*) und Schieder (*Familien brauchen bessere Rahmenbedingungen, um Familie und Beruf in Einklang bringen zu können*) verdeutlichen. Durch die Referenz *Frau* verweisen die Betreuungsgeldgegner auf die negativen Folgen, die durch das Betreuungsgeld herbeigeführt werden. Es dient ihrer Meinung nach als Anreiz für Frauen, zu Hause zu bleiben und nicht arbeiten zu gehen. Dies zieht vielfältige Probleme nach sich: die Steigerung des Armutsrisikos von Frauen, Fachkräftemangel in der Wirtschaft, das Verstärken der traditionellen (und nicht gewünschten) Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Verschlechterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein weiterer Diskursstrang bildet der Mangel an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, der unmittelbar mit dem Betreuungsgeld und dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter dreijährige Kinder ab August 2013 einhergeht. Dabei werden nicht nur die Plätze für unter Dreijährige thematisiert, sondern auch Hortplätze für Grundschul Kinder. Ziegler bemängelt in ihrer Rede die Anzahl der Kitaplätze und Ganztageschulen (*Wo ist die Wahlfreiheit, wenn es keine ausreichende Zahl an Kitaplätzen gibt? [...] Kitaplätze und Ganztageschulen sind Mangelware*). Auch Marks argumentiert mit dem Fehlen von Krippenplätzen, um auf Missstände seitens der Regierung aufmerksam zu machen: *Es fehlen aber [...] insbesondere in den alten Bundesländern Tausende von Krippenplätzen*. Das Fehlen von Krippen- und Kitaplätzen wird als Argument gegen das Betreuungsgeld aufgeführt. Die finanziellen Mittel sollten lieber in den Kitausbau fließen anstatt in das Betreuungsgeld. Ziegler bringt in ihrem Redebeitrag die Themen auf einen Punkt, die von den Betreuungsgeldgegnern angeführt werden: *Bildungsdefizite, Frauen, die mit schlechten Chancen im Erwerbsleben dastehen, und Fachkräftemangel, das sind Herausforderungen, auf die Sie, Frau Dr. Schröder, genau die falschen Antworten geben*. Vor allem die Diskursstränge um Bildung und Frauen spielen eine große Rolle im Diskurs um die Einführung des Betreuungsgeldes. Diese beiden Diskurse bilden wiederum Diskursstränge mit den Themen soziale Gerechtigkeit, Integration von Ausländern, Erwerbstätigkeit von Frauen, Fachkräftemangel, Rollenbilder von Mann und Frau, Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Opposition nutzt diese Diskurs(strang)verschränkungen zur Argumentation gegen die Einführung des Betreuungsgeldes.

5.2.2.2. Betreuungsgeldbefürworter

Die Analyse der thematischen Propositionen der Betreuungsgeldbefürworter ergibt ein ähnliches Ergebnis. Auch die Mitglieder der Koalition thematisieren Diskursstränge in ihren Redebeiträgen, mit deren Hilfe sie für das Betreuungsgeld argumentieren. Im Vergleich zur Opposition beschränken sie sich dabei auf lediglich zwei Themen: Familienbilder und allgemeine familienpolitische Leistungen. Der Diskursstrang *Familienbilder* bzw. *Familienmodelle* bildet die Referenz, welche beinhaltet, dass die Koalition im Gegensatz zur Opposition nicht die Frau und ihre Berufstätigkeit bzw. die Folgen ihrer Nichterwerbstätigkeit in den Mittelpunkt stellt, sondern dass sie sie mit den Prädikationen *Wahlfreiheit* und *Selbstentscheidung* prädiziert. Bär thematisiert in ihrer Rede sehr häufig die Freiheit der Familien selbst zu entscheiden, welches Familienmodell sie wählen:

weil wir kein staatlich verordnetes Familienmodell wollen und weil wir echte Wahlfreiheit wollen [...] Ich möchte nicht, dass sich junge Frauen und Männer für das Familienmodell rechtfertigen müssen, das sie leben wollen [...] Unser Gesellschaftsbild sieht so aus: Wir trauen es den Eltern zu, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen wollen. Deswegen sorgen wir für den Ausbau der Kinderbetreuung, halten das aber nicht für das allein selig machende Modell. Es gibt hundert verschiedene andere Modelle. Jedem dieser Modelle wollen wir Rechnung tragen [...] Es geht um Folgendes: Leben und leben lassen, also die Möglichkeit schaffen, dass jede Familie [...] ihre Kinder so erziehen kann, wie sie es für richtig halten. Da hat der Staat nicht reinzureden und zu sagen: Es gibt an dieser Stelle nur ein richtiges Modell. Denn Wahlfreiheit ist eben auch Familienmodellfreiheit [...] Ich möchte nicht, dass wir sagen: Das eine ist richtig, und das andere ist falsch.

Bär macht in ihrem Redebeitrag deutlich, dass die Koalition allen Familienmodellen Rechnung tragen möchte, egal ob sie ihre Kinder zu Hause betreuen oder in einer Kita betreuen lassen. Das Schlagwort *Wahlfreiheit* dient in diesem Fall als Argument und repräsentiert gleichzeitig das freiheitliche gesellschaftliche Familienbild der Koalition. Auch Gruß setzt Wahlfreiheit in Bezug zu Familienmodellen und argumentiert damit für das Betreuungsgeld: *Ziel dieser Koalition ist es, Wahlfreiheit für die Familien zu schaffen. Jede Familie soll so leben können, wie sie es will.* Laurischk weist auf die Vielfalt der Familienmodelle hin, die es zu berücksichtigen gilt: *Wir wollen die Betreuung von Kindern so gestalten, dass die Vielfalt der Nachfrage, die es nun einmal in der Gesellschaft gibt, berücksichtigt wird.* Dobrindt erklärt, dass es nicht vorgesehen ist die Berufstätigkeit zu unterbrechen um das Betreuungsgeld zu erhalten. Er verweist darauf, dass die Kinder auch privat betreut werden können und dass sich dies mit der Zahlung des Betreuungsgeldes nicht ausschließt. Auch er betont das Familienbild der Koalition, welches die Freiheit der Familien beinhaltet:

Wir wollen diejenigen unterstützen, die sich frei für eine andere Art der Kindererziehung entscheiden, als Sie sie ihnen vorschreiben wollen [...] Keine einzige Mutter und kein einziger

Vater wird durch das Betreuungsgeld von der Berufsausübung abgehalten. Das Betreuungsgeld hat nicht zur Voraussetzung, dass ein Elternteil beruflich pausieren muss [...] Wenn sich jemand dafür entscheiden sollte – das tun viele junge Frauen, und das tun übrigens auch junge Männer –, seine Berufstätigkeit zu unterbrechen, um sich der Erziehung zu Hause zu widmen, dann hat das höchste Anerkennung verdient [...] Wir haben ein freiheitliches Bild von der Familie.

Auch im Redebeitrag von Ludwig wird die individuelle Freiheit, das zu tun was man möchte, als Argument für das Betreuungsgeld verwendet: *Jeder Elternteil, jeder Vater, jede Mutter, soll individuell das für sein Kind bekommen, was er will [...]. Wir stellen allen Eltern gleichmäßig die Möglichkeiten zur Verfügung, die sie brauchen, um diese Entscheidung ganz frei und ohne staatlichen Zwang und nur für sich selber zu treffen.* Die Redebeiträge der Koalitionsmitglieder zeigen, dass sie niemandem vorschreiben wollen wie er sein Familienleben zu gestalten hat. Es wird argumentiert, dass das Betreuungsgeld eine Wahlfreiheit für alle Familien darstellt und sie auch diejenigen unterstützen wollen, die keinen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen.

Die Untersuchung der thematischen Propositionen der Betreuungsgeldbefürworter hat ergeben, dass sie sich thematisch auf vieles beziehen, dass die Betreuungsgeldgegner angesprochen und als Argumente gegen das Betreuungsgeld geäußert haben. Dadurch entsteht eine Verknüpfung der semantischen Textstruktur. Diese Verknüpfung macht den Charakter der Aktuellen Stunde deutlich: den Schlagabtausch bzw. dem Wechsel von Rede und Gegenrede. Die Koalition nimmt thematisch Bezug auf etwas, das von der Opposition hervorgebracht wird bzw. auf etwas, das ihnen die Opposition vorwirft. Dobrindt nimmt Bezug auf das Argument der Opposition, dass Kinder in Betreuungseinrichtungen Bildung erhalten, die ihnen möglicherweise zu Hause nicht mitgegeben werden kann:

Wir werden Eltern, die eine Kita nutzen, nicht schlechtreden [...] Sie sind diejenigen, die Erziehungsleistungen zu Hause schlechtreden [...] hören Sie bitte endlich mit dieser unglaublichen Unterstellung auf, dass Kinder zu Hause schlechter erzogen werden als in der Kita [...] das diffamiert in unerträglicher Weise die Erziehungsleistung von vielen Millionen Vätern und Müttern in diesem Land.

Schröder argumentiert in ihrem Redebeitrag, dass die Opposition der Meinung ist, dass Eltern ihren Kindern schaden, wenn sie sie zu Hause betreuen. Dieses Gegenargument ist ebenfalls dazu geeignet, die Opposition zu diffamieren:

Aber die Lösung kann doch nicht sein, alle Familien unter Generalverdacht zu stellen [...] zwei Drittel der Eltern in Deutschland betreuen ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst. Sie wollen allen Ernstes sagen, dass diese Eltern ihren Kindern schaden? Sie werfen zwei Drittel der Eltern in Deutschland vor, dass sie im Vorgestern leben, weil sie sich selbst um ihre Kleinstkinder kümmern? [...] Wollen Sie allen Ernstes sagen, dass die Eltern in Deutschland nicht fähig sind, ihre zweijährigen Kinder zu bilden? [...] allein dass Sie davon

reden, zeigt ganz deutlich, wo Sie den Lebensmittelpunkt von Kindern sehen: in Familien offensichtlich nicht.

Auch Ludwig nimmt Bezug auf die Redebeiträge der Opposition und wirft ihnen ihre Meinung vor: *indem Sie sagen: Kita für alle, weil die Kinder sonst leider verdummen. Aha! Elternhäuser verdummen Ihre Kinder.* Bär unterstellt der Opposition die Aussage, dass Eltern ihre Kinder nicht bilden können. Sie nimmt dabei Bezug auf das Argument, dass das Betreuungsgeld frühkindliche Bildung verhindere:

Erst einmal unterstellen sie damit, dass Bildung im Elternhaus nicht stattfinden kann. Es ist absurd, den Eltern zu sagen: Ihr bildet eure Kinder nicht. – Natürlich findet Bildung zuallererst in den Familien statt [...] Es ist eine Unverschämtheit und wirklich gemein, Eltern einzureden, dass sie ihren Kindern schaden, wenn sie sie in den ersten Jahren von irgendwelchen großartigen Bildungseinrichtungen fernhalten.

Tauber argumentiert damit, dass der Staat die Freiheit der Familien nicht antasten darf und beruft sich abermals auf den Standpunkt der Wahlfreiheit für Familien:

Diese drei Säulen gehören sehr wohl zusammen, wenn wir nicht wollen, dass der Staat die Lufthoheit über die Kinderbetten hat [...] Zu dem Ganzen gehört auch, dass wir anerkennen, dass es in der Entscheidungsfreiheit der Familie liegt, ob sie das Angebot ab dem zweiten oder dritten Lebensjahr des Kindes oder später nutzen möchte [...] Es geht uns im Kern darum, dass Familien selbst entscheiden können, wie sie ihr Zusammenleben organisieren, und dass wir für alle gleiche Rahmenbedingungen schaffen [...] Wir wollen eben nicht eine holzschnittartige Gesellschaft, wo es nur schwarz oder weiß gibt, wo die Krippe gut und die Erziehung in der Familie schlecht ist, sondern wir wollen die Vielfalt des Lebens und die individuelle Entscheidungskraft der Familien stärken.

Schröder thematisiert den Bildungsaspekt, den einige Redner der Opposition angesprochen haben und kehrt ihn um, indem sie sagt, dass Bildung von den Eltern, und nicht etwa von einer Kita, das Wichtigste ist:

Keine Kita, keine Tagesmutter und auch keine Nanny kann die Familie ersetzen. Was Familien Kindern fürs Leben mitgeben, lässt sich niemals delegieren oder ersetzen [...] Deshalb finde ich es beschämend und anmaßend, wenn SPD, Grüne und Linke den Eltern eine gute Förderung ihrer eigenen Kinder nicht zutrauen.

Allgemeine familienpolitische Leistungen stellen ein weiteres Themengebiet dar, welches von der Koalition angesprochen wird. Sie nehmen innerhalb der Argumentation einen hohen Stellenwert ein, da sie häufig thematisiert werden und zur Profilierung der Koalition im Diskurs dienen. Auch wenn andere familienpolitische Leistungen nicht im direkten Bezug zu diesem Diskurs stehen, verdeutlicht deren Thematisierung, dass auch mit anderen Diskurssträngen argumentiert wird und dass diese mit dem Diskurs zum Betreuungsgeld verflochten sind. Gruß spricht in ihrer Rede über andere familienpolitische Leistungen, welche bereits von der Regierung verwirklicht wurden:

Erstens. Wir lassen ihnen [Anmerkung NV: den Familien] mehr Geld in der Tasche, weil wir den Grundfreibetrag erhöhen. Zweitens. Wir schaffen Gerechtigkeit, indem wir die kalte Progression abmildern. Drittens. Wir verbessern die Pflegesituation, indem wir Demenzzranke besser versorgen. Viertens. Wir sorgen für mehr Generationengerechtigkeit in der Pflegeversicherung, indem wir eine zusätzliche staatlich geförderte Säule einführen. Fünftens. Wir erleichtern die Zuwanderung von dringend benötigten Fachkräften, indem wir die Einkommensgrenze deutlich senken.

Auch Laurischk betont die Leistungen der Koalition für die Familien:

Unabhängig davon bin ich der Meinung, dass wir als Koalition familienpolitisch einiges vorzuweisen haben [...] Wir haben das Kindergeld erhöht und den Kinderfreibetrag angehoben. Wir haben den Kinderzuschlag auf den Weg gebracht [...] Entsprechend wollen wir auch das Unterhaltsvorschussrecht für Alleinerziehende reformieren [...] Das andere Thema, dass Alleinerziehende ganz wesentlich interessiert, insbesondere die nichtehelichen Väter, ist das Sorgerecht.

Weiterhin betont Laurischk, dass diese Leistungen für eine moderne Politik stehen: *Insofern haben wir durchaus positive Beispiele einer modernen Gesellschaftspolitik vorzuweisen.* Auch Tauber bezeichnet das Betreuungsgeld als Teil einer *modernen Familienpolitik: Denn das Betreuungsgeld ist eine von drei Säulen einer modernen Familienpolitik. Diese Säulen sind das Elterngeld, der Ausbau der Krippenplätze und das Betreuungsgeld.* Durch den Hinweis Laurischks und Taubers auf die Modernität der Familienpolitik nehmen sie Bezug auf die Opposition, die in der Aktuellen Stunde die Familienpolitik der Koalition als rückständig bezeichnete.

Die Untersuchung der Redebeiträge auf darin enthaltene thematische Propositionen hat ergeben, dass die Betreuungsgeldgegner und -befürworter auch mit Themen argumentieren, die auf den ersten Blick nur indirekt etwas mit dem Betreuungsgeld zu tun haben. Allerdings sind diese Themen, wie Bildung/Bildungschancen und Familienbilder bzw. die Rolle der Frau, Diskursstränge, die mit dem Diskurs zur Einführung des Betreuungsgeldes verflochten sind und Diskurs(strang)verschränkungen bilden. Die Thematisierung der unterschiedlichen Diskursstränge durch die beiden Diskursgemeinschaften zeigt, dass diese dazu verwendet werden, die eigene Position argumentativ zu stützen sowie die gegnerische Diskursgemeinschaft zu diffamieren. Ebenso konnte die semantische Textstruktur aufgedeckt werden. Tatsächlich finden sich in den Reden semantische Bezugnahmen. Vor allem die Koalition nimmt Bezug auf die Reden der Opposition. Dies verdeutlicht den Charakter des Schlagabtausches von Rede und Gegenrede, der typisch für Aktuelle Stunden im Deutschen Bundestag ist.

5.2.3. *Richtig vs. falsch*

Der Begriff *Betreuungsgeld* bringt eine Isotopiekette im Diskurs hervor. Die Lexeme, die anstelle des Begriffes *Betreuungsgeld* verwendet werden, bilden Oppositionslinien, da sie je nachdem welche Diskursgemeinschaft sie verwendet, negativ oder positiv bewertet werden. Die Oppositionslinien enthalten Bewertungen, daher transportieren sie die Meinungen der Sprecher und dienen daher auch zu Argumentationszwecken. Die Betreuungsgeldgegner verwenden zur Äußerung ihrer Meinung in Bezug auf das Betreuungsgeld negative Begriffe. Schieder bezeichnet das Betreuungsgeld als *Unsinn*, Steinmeier als *falsche Weichenstellung für die Zukunft* und als *verhängnisvoll falschen Weg*. Lenkert spricht von einem *Etikettenschwindel*, einem *Erziehungsgeld für Mutti oder Vati am Herd und das Kind in der Küche* und von einer *Kitaverzichtsprämie*. Ziegler bezeichnet das Betreuungsgeld als *unsäglich* (*das unsägliche Betreuungsgeld*), Marks als *unsinnig* (*das unsinnige Betreuungsgeld*) und als *Fernhalteprämie*. Ziegler spricht von *Ihrem Betreuungsgeld* und Schieder von *diesem Betreuungsgeld* anstatt den Artikel *das* zu verwenden. Dies soll zum Ausdruck bringen, dass die Opposition das Betreuungsgeld ablehnt und sich davon, auch sprachlich, distanziert. Dies stellt ein Ausdruck der Abgrenzung dar. Die Betreuungsgeldbefürworter verwenden im Gegensatz dazu nur positiv besetzte Begriffe für das Betreuungsgeld. Bär spricht vom Betreuungsgeld als *Zukunftsgeld*, Schröder als *Unterstützung* und *Wertschätzung*, Dobrindt als *familienpolitische Leistung* und Ludwig bezeichnet es als *Anerkennung*. Aufgrund der Tatsache, dass die Betreuungsgeldgegner das Betreuungsgeld mit negativen Bezeichnungen versehen und die Betreuungsgeldbefürworter ausschließlich positive verwenden, handelt es sich hierbei um antonymische Isotopien. Sie sind Ausdruck für die jeweiligen Positionen der Diskursgemeinschaften und werden zu Argumentationszwecken für oder gegen das Betreuungsgeld verwendet. Die Begriffe *Betreuungsgeld* und *Fernhalteprämie* sind Beispiele für eine Nominationskonkurrenz. Die beiden Lexeme beziehen sich auf denselben Gegenstand, enthalten aber unterschiedliche Bewertungen bezüglich des Gegenstandes, auf welchen sie sich beziehen. Die Betreuungsgeldgegner verwenden den Begriff *Fernhalteprämie*, um auf negative Auswirkungen des Betreuungsgeldes aufmerksam zu machen. Da sie mit diesem Begriff das Betreuungsgeld abwerten, handelt es sich um ein Stigmawort. Diese negative Bewertung wird bei Schieder ersichtlich: *Sie weiß nämlich ganz genau, dass dieses Betreuungsgeld dort angenommen wird, wo es zur Fernhalteprämie wird und Kindern ihre Lebenschancen genommen werden*. Lenkert bezeichnet das Betreuungsgeld als *Kitaverzichtsprämie*. Schieder und Lenkert wollen durch die Verwendung dieser Begriffe hervorheben, dass das

Betreuungsgeld Kinder von der Kita bzw. von Bildung fernhält. Die Betreuungsgeldbefürworter thematisieren die Verwendung dieser wertenden Begriffe, siehe Schröder (*Es ist auch entlarvend, dass Sie von einer Fernhalteprämie sprechen*), Dobrindt (*'Fernhalteprämie' und 'Mutti am Herd' waren Ihre Worte. Diese unverschämte Arroganz, die Sie an den Tag legen, spottet wirklich jeder Beschreibung [...] Das Betreuungsgeld ist keine Fernhalteprämie*) und Ludwig (*So viel jetzt nur zur fachlichen Aufklärung für die, die immer noch mit den billigen Argumenten wie 'Herdprämie', 'Hausfrauensubventionierung' und anderem Blödsinn, der Ihnen sonst noch eingefallen ist, um die Ecke kommen*). Die Thematisierung der Verwendung von Stigmawörtern der Betreuungsgeldgegner durch die Befürworter erfolgt zum einen zu Argumentationszwecken für das Betreuungsgeld, jedoch zum größten Teil um die Gegner und ihren Sprachgebrauch zu kritisieren.

Eine weitere Oppositionslinie entsteht durch die Antonyme *richtig* und *falsch*. Diese Adjektive werden zu Argumentationszwecken verwendet, um Bewertungen vorzunehmen und um die eigenen Ansichten zum Thema Betreuungsgeld darzulegen. Steinmeier argumentiert häufig gegen das Betreuungsgeld mit dem Adjektiv *falsch* und macht darauf aufmerksam, dass die Koalition das Falsche damit bezwecken möchte:

weil ich Sie bitten möchte, diesen verhängnisvoll falschen Weg nicht zugehen [...] Dann entscheiden Sie sich für einen finanziellen Anreiz, der dazu führen wird [...], dass viele von denen, die es dringend nötig hätten, aus Kitas ferngehalten werden, und das ist der falsche Weg. Es ist der falsche Weg [...] Es geht für uns darum, dass die Weichen an dieser entscheidenden Stelle jetzt nicht falsch gestellt werden.

Deligöz (*Das ist der falsche Weg, um ein falsches Instrument zu finanzieren [...] Diese falsche Politik führen Sie durch das Betreuungsgeld fort*), Schieder (*Aber der Weg über das Betreuungsgeld ist ganz bestimmt der falsche Weg*) und Marks (*Es setzt insbesondere für Frauen falsche Anreize, länger zu Hause zu bleiben*) bewerten wie Steinmeier das Betreuungsgeld als falsch. Ziegler spricht in ihrem Redebeitrag direkt Schröder an. Sie macht sie auf ihre Arbeit aufmerksam, die sie ihrer Meinung nach falsch ausführt:

Bildungsdefizite, Frauen, die mit schlechten Chancen im Erwerbsleben dastehen, und Fachkräftemangel, das sind die Herausforderungen, auf die Sie, Frau Dr. Schröder, genau die falschen Antworten geben [...] Dann werden Sie sehen, dass dies genau die falschen Anreize sind [...] denn Ihr falsches Angebot führt dazu, dass viele gut ausgebildete Frauen nach der Geburt eines Kindes zu Hause bleiben.

Auf der Grundlage, dass das Betreuungsgeld und seine Folgen falsch sind, argumentieren die Mitglieder der Opposition gegen die Einführung des Betreuungsgeldes. Im Gegensatz dazu argumentieren die Betreuungsgeldbefürworter mit dem Adjektiv *richtig* für das Betreuungsgeld, wie Schröder (*Mütter und Väter kleiner Kinder haben künftig mehr*

Wahlfreiheit, das Familienleben so zu gestalten, wie sie es selbst für richtig halten [...] dass mit dem Betreuungsgeld eben auch Mütter unterstützt werden sollen, die berufstätig sind. Das ist genau richtig), Bär (*Leben und leben lassen, also die Möglichkeit schaffen, dass jede Familie [...] ihre Kinder so erziehen kann, wie sie es für richtig hält*) und Dobrindt (*Es ist richtig, dass gerade in dieser Zeit eines der größten Programme zum Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland läuft. Es ist richtig, dass wir mit dem Elterngeld eine weitere familienpolitische Leistung eingeführt haben*). Für sie ist das Betreuungsgeld eine richtige Maßnahme, Eltern in dem zu unterstützen, was sie für richtig halten. Bär weist darauf explizit hin, indem sie sagt: *Da hat der Staat nicht reinzureden und zu sagen: Es gibt an der Stelle nur ein richtiges Modell [...] Ich möchte nicht, dass wir sagen: Das eine ist richtig, und das andere ist falsch*. Ebenso bewerten die Diskursgemeinschaften die jeweilige andere Position als falsch oder richtig. Steinmeier argumentiert hinsichtlich der Chancengleichheit aller Kinder: *Wer das aber alles richtig findet, der muss doch dann auch den nächsten Schritt gehen und sagen, dass das ohne frühkindliche Betreuung, ohne Betreuung in Kitas und Kindergärten, nicht funktioniert*. Deligöz beschuldigt die Gegner der Falschaussage (*Das ist nicht nur Unsinn, sondern Sie verbreiten hier wissentlich Falsches*) und verweist auf die eigene Argumentation, welche im Gegensatz dazu richtig ist (*Es sind hier viele richtige Argumente genannt worden*). Auch Ludwig bezichtigt die Gegner, in diesem Fall Ziegler, Falsches zu sagen: *Es wird deswegen nicht falscher, Frau Ziegler. Sie haben allerdings vieles wiederholt, was falsch ist*. Die Betreuungsgeldbefürworter argumentieren ebenfalls, dass die Ansichten der Betreuungsgeldgegner falsch sind, siehe Tauber: *Wenn Sie nur für Krippenausbau plädieren, kein Betreuungsgeld wollen [...], setzen Sie Anreize, die in die falsche Richtung führen*. Schröder erachtet den Begriff *Fernhalteprämie* als falsch: *Es ist auch entlarvend, dass Sie von einer Fernhalteprämie sprechen. Egal wie falsch der Begriff ist, allein dass Sie davon reden*. Die genannten Beispiele verdeutlichen, dass die Antonyme *richtig* und *falsch* Oppositionslinien bilden, welche gleichermaßen von Betreuungsgeldgegnern und -befürwortern aus zwei Gründen verwendet werden. Zum einen dienen sie der Argumentation für oder gegen das Betreuungsgeld. Die Gegner bezeichnen es als falsch, die Befürworter als richtig. Zum anderen dient es für Bewertungen und zu Diffamierungszwecken: Die Äußerungen der jeweiligen Diskursgemeinschaften werden als falsch erachtet und negativ bewertet. Die einzigen richtigen Äußerungen sind die jeweiligen eigenen.

Die Untersuchung der einzelnen Redebeiträge auf Isotopie- und Oppositionslinien führt zum Ergebnis, dass im untersuchten Korpus antonymische Isotopien zu Argumentationszwecken

verwendet werden. Der Begriff *Betreuungsgeld* bildet im Diskurs eine antonymische Isotopiekette. Dadurch, dass die Betreuungsgeldgegner negativ konnotierte Synonyme des Begriffes *Betreuungsgeldes* verwenden, bilden sie Oppositionslinien. Die Lexeme beziehen sich zwar auf denselben Gegenstand, bewerten diesen aber unterschiedlich. Die Begriffe *Fernhalteprämie* und *Kitaverzichtsprämie* werden von den Betreuungsgeldgegnern verwendet, um ihre negative Meinung hinsichtlich des Betreuungsgeldes zum Ausdruck zu bringen. Die Betreuungsgeldbefürworter hingegen kritisieren in ihren Redebeiträgen diesen Sprachgebrauch der Opposition. Eine weitere Oppositionslinie, die sich wie ein roter Faden durch die Redebeiträge zieht, bilden die Antonyme *richtig* und *falsch*. Beide Diskursgemeinschaften verwenden diese Adjektive zu Argumentationszwecken: die jeweilige gegnerische Meinung wird als falsch und die eigene als richtig dargestellt. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die beiden Diskursgemeinschaften mit Gegensätzen arbeiten, um sich von der gegnerischen Seite sprachlich abzugrenzen und deren Meinung zu widerlegen. Ebenfalls wird dadurch offensichtlich, dass wertendes und bewertendes Sprechen einen großen Stellenwert in der Argumentation im Diskurs einnimmt.

5.3. Transtextuelle Ebene

Die expliziten inhaltlichen Argumente, welche von den beiden Diskursgemeinschaften in der Aktuellen Stunde verwendet werden, werden durch die Topos-Analyse ermittelt. Der Fokus der Analyse liegt hierbei auf der Frage, mit welchen spezifischen Inhalten für bzw. gegen die Einführung des Betreuungsgeldes argumentiert wird. Im nächsten Schritt wird anhand der Ergebnisse untersucht, welche Denkmuster und Weltbilder in den Argumenten enthalten sind. Durch die Bündelung der Argumente nach ihren Inhalten lassen sich die Hauptargumente in den Texten herausfinden. Hierbei werden lediglich Argumente berücksichtigt, die mehrmals in den Redebeiträgen vorkommen. Durch ihr häufiges Verwenden kann davon ausgegangen werden, dass sie wichtige Argumente für oder gegen das Betreuungsgeld darstellen und demnach eine große Bedeutung für die Argumentation der Diskursgemeinschaften haben. Die einzelnen Argumente werden unter ihrem übergeordneten Toposbegriff zugeordnet und dadurch inhaltlich gebündelt. Die Topoi werden nach den beiden Diskursgemeinschaften sortiert, um Position und Gegenposition gegenüber stellen zu können. Zu diesem Zweck werden zuerst die am häufigsten verwendeten Topoi der Diskursgemeinschaft der Betreuungsgeldgegner untersucht, darauffolgend diejenigen der Betreuungsgeldbefürworter. Im Anschluss daran erfolgt ein Vergleich der Untersuchungsergebnisse.

5.3.1. Gefahren-Topos

Die Argumente der Betreuungsgeldgegner werden inhaltlich unter dem übergeordneten Gefahren-Topos zusammengefasst. Da sich unter dem Gefahren-Topos viele unterschiedliche Argumente befinden, werden diese nochmals nach ihrem Inhalt differenziert. Dabei bilden sich insgesamt sechs verschiedene Topoi mit dem gemeinsamen Nenner Gefahren-Topos heraus: Topos der Folgen für Kinder, Rückständigkeits-Topos, Finanzierungs-Topos, Topos der Folgen für Frauen, Topos der wirtschaftlichen Folgen und Topos der sozialen Ungerechtigkeit. Nicht immer können alle Argumente lediglich einem Topos zugeordnet werden. Diese Argumente werden entsprechend den jeweiligen verschiedenen Topoi zugeordnet und können daher auch mehrfach auftreten.

Topos der Folgen für Kinder

Steinmeier: *Es geht darum, dass wir mit der Einführung eines Betreuungsgeldes nicht Chancen aufs Spiel setzen, vor allem Chancen der Kinder, die der Betreuung in öffentlichen Einrichtungen am dringendsten bedürfen.*

Steinmeier: *Dann entscheiden Sie sich für einen finanziellen Anreiz, der dazu führen wird [...] dass viele von denen, die es dringend nötig hätten, aus Kitas ferngehalten werden.*

Ziegler: *Dafür zahlen vor allen Dingen Kinder und Jugendliche mit schlechteren Bildungschancen.*

Marks: *Der Gesetzgeber würde damit finanzielle Anreize schaffen, die Bildungsbeteiligung von Kindern [...] zu verringern statt zu erhöhen.*

Ziegler: *Bildungsdefizite [...], das sind die Herausforderungen, auf die Sie, Frau Dr. Schröder, genau die falschen Antworten geben.*

Schieder: *[...] dass diese Betreuungsgeld geeignet ist, eine katastrophale Steuerungswirkung zu entfalten und dafür zu sorgen, dass gerade Kinder, die einer frühkindlichen Förderung bedürfen, nicht mehr in unseren Kindertagesstätten auftauchen werden und damit ihrer Zukunftschancen beraubt werden.*

Schieder: [...] dass Sie mit der kleinen milden Gabe, die Sie auf der einen Seite verteilen, auf der anderen Seite, nämlich bei Kindern aus sozial schwächeren Familien, viel Schaden anrichten, den Sie nicht mehr gutmachen können.

Schieder: Dieses Betreuungsgeld ist eine Entscheidung gegen die frühe Förderung von Kindern, gegen eine frühe Förderung, die vielen Kindern sehr gut täte und die dafür sorgen würde, dass Benachteiligungen abgebaut werden und dass gute Startbedingungen entstehen können.

Schieder: [...] dass dieses Betreuungsgeld dort angenommen wird, wo es zur Fernhalteprämie wird und Kindern ihre Lebenschancen genommen werden.

Deligöz: Wir alle wissen aber, dass Sie dafür Schulden zulasten der künftigen Generationen machen.

Rückständigkeits-Topos

Deligöz: Sie manifestieren Rollenbilder, die in unserer Gesellschaft längst überholt sind.

Marks: Außerdem verfestigt es alte, traditionelle Rollenverteilungen zwischen Frauen und Männern.

Schieder: [...] und dass Eltern die Frage entscheiden können und nicht in ein Rollenbild hineingedrängt werden, in das sie nicht hineingedrängt werden wollen.

Schieder: Das ist ein konservatives, ein rückwärtsgewandtes Familienbild, von dem ich eigentlich gedacht hätte, dass es die CSU schon längst überwunden hat.

Steinmeier: Ich will nicht zurück in eine Zeit, in der ein Franz-Josef Wuermeling von der 'gemeinschaftszersetzenden Berufstätigkeit der Frau' sprach.

Finanzierungs-Topos

Deligöz: *Wir alle wissen aber, dass Sie dafür Schulden zulasten der künftigen Generationen machen.*

Deligöz: *Sie wissen noch nicht einmal, wie Sie das finanzieren sollen.*

Marks: *Wenn man bedenkt, dass für das unsägliche Betreuungsgeld 2 Milliarden Euro jährlich ausgegeben werden sollen [...] dann ist das alles andere als eine solide Haushaltspolitik.*

Ziegler: *Sie geben 2 Milliarden Euro für das Betreuungsgeld aus, die eigentlich nicht vorhanden sind.*

Topos der Folgen für Frauen

Ziegler: *[...] Frauen, die mit schlechten Chancen im Erwerbsleben dastehen [...].*

Ziegler: *Frauen zahlen dafür auch mit schlechteren Chancen im Erwerbsleben.*

Ziegler: *Frauen und Alleinerziehende zahlen mit einem skandalösen Armutsrisiko[...].*

Marks: *Der Gesetzgeber würde damit finanzielle Anreize schaffen, die Bildungsbeteiligung von Kindern und gleichermaßen die Erwerbstätigkeit von Eltern, und zwar insbesondere von Müttern, zu verringern statt zu erhöhen.*

Marks: *Es setzt insbesondere für Frauen falsche Anreize, länger zu Hause zu bleiben, die eigene Existenzsicherung und damit auch die eigene Alterssicherung zu vernachlässigen.*

Marks: *Welches Signal gibt die Bundesregierung bzw. die Familienministerin in Richtung des Arbeitsmarktes, wenn sie gut ausgebildete Frauen gerade von diesem fernhalten will? Statt weitere Hürden für die Berufstätigkeit von Frauen aufzubauen, wäre es die Pflicht der Bundesregierung, diese abzubauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf partnerschaftlich zu ermöglichen.*

Steinmeier: *Ich will nicht zurück in eine Zeit, in der ein Franz-Josef Wuermeling von der 'gemeinschaftszersetzenden Berufstätigkeit der Frau' sprach.*

Topos der wirtschaftlichen Folgen

Ziegler: [...] und Fachkräftemangel, das sind die Herausforderungen, auf die Sie, Frau Dr. Schröder, genau die falschen Antworten geben.

Ziegler: Schließlich zahlt dafür auch die Wirtschaft, nämlich mit schlechteren ökonomischen Chancen. Denn ihr falsches Angebot führt dazu, dass viele gut ausgebildete Frauen nach der Geburt eines Kindes zu Hause bleiben. Diese Frauen stehen uns in Zukunft nicht als Fachkräfte zur Verfügung.

Marks: Welches Signal gibt die Bundesregierung bzw. die Familienministerin in Richtung des Arbeitsmarktes, wenn sie gut ausgebildete Frauen gerade von diesem fernhalten will?

Topos der sozialen Ungerechtigkeit

Schieder: Sie wissen doch auch, dass gerade in sozial schwächeren Familien das Geld als Lockmittel geeignet ist.

Schieder: Sie sorgen mit diesem Betreuungsgeld für den Ausbau der sozialen Spaltung und für noch mehr Bildungsungerechtigkeit in diesem Land.

Schieder: [...] dass Sie mit der kleinen milden Gabe, die Sie auf der einen Seite verteilen, auf der anderen Seite, nämlich bei Kindern aus sozial schwächeren Familien, viel Schaden anrichten, den Sie nicht mehr gutmachen können.

Schieder: Dieses Betreuungsgeld ist eine Entscheidung gegen die frühe Förderung von Kindern, gegen eine frühe Förderung, die vielen Kindern sehr gut täte und die dafür sorgen würde, dass Benachteiligungen abgebaut werden und dass gute Startbedingungen entstehen können.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Mitglieder der Opposition mit prognostizierten negativen Folgen argumentieren, welche ihrer Meinung nach Auftreten (können), wenn die Zahlung eines Betreuungsgeldes eingeführt wird. Die Ableitung positiver oder negativer Folgen durch das Vorhersagen von bestimmten Folgen einer Entscheidung hat bereits Wengeler in seinen Topos-Analysen zu politischen Diskursen herausgearbeitet. Laut ihm ist dieses Grund-Folge-

Schema ein gängiges Argumentationsschema in politischen Argumentationen.²⁹⁰ Im Diskurs über die Einführung des Betreuungsgeldes argumentiert die Opposition mit den möglichen Gefahren, die auftreten können, wenn das Betreuungsgeld eingeführt wird. Von wichtiger Bedeutung hierbei sind die Folgen für Kinder und Frauen. Sie nehmen in der Argumentation gegen das Betreuungsgeld den größten Teil ein, d.h. sie werden nahezu von fast allen Mitgliedern der Opposition in ihren Redebeiträgen, teilweise sogar mehrfach, genannt. Wichtigste Hauptargumente sind hierbei die Verringerung von Bildungschancen und frühen Förderungsmöglichkeiten von Kindern sowie schlechtere Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und drohende Armut. Diese prognostizierten negativen Folgen der beiden Hauptargumente Folgen für Kinder und Folgen für Frauen sind verknüpft mit weiteren Auswirkungen, die auftreten, wenn die Zahlung eines Betreuungsgeldes in Kraft tritt: die Manifestation von rückständigen Rollenverteilungen zwischen Mann und Frau, wirtschaftliche Folgen in Form von Fachkräftemangel und der Ausbau sozialer Ungerechtigkeit. Alle genannten Argumente seitens der Betreuungsgeldgegner stützen sich lediglich auf Vermutungen, da keine Erfahrungen bezüglich eines Betreuungsgeldes in Deutschland vorhanden sind. Allein der Finanzierungs-Topos, der den finanziellen Aspekt des Betreuungsgeldes beinhaltet, stellt ein auf Fakten beruhendes Argument dar.

5.3.2. Nutzen-Topos

Die Argumente der Betreuungsgeldbefürworter werden unter dem übergeordneten Nutzen-Topos zusammengefasst. Inhaltlich sind sie wiederum aufgegliedert in den Wahlfreiheits-Topos, den Anerkennungs-/Wertschätzungs-Topos und den Unterstützungs-Topos. Diese Topoi sollen den Nutzen des Betreuungsgeldes aufzuzeigen, da sie Argumente für die Einführung des Betreuungsgeldes enthalten.

Wahlfreiheits-Topos

Bär: [...] weil wir kein staatlich verordnetes Familienmodell wollen und weil wir echte Wahlfreiheit wollen.

Bär: Da hat der Staat nicht reinzureden und zu sagen: Es gibt an der Stelle nur ein richtiges Modell. Denn Wahlfreiheit ist eben auch Familienmodellfreiheit.

²⁹⁰ Vgl. Wengeler (2003b), S. 66f.

<i>Bär: Ich möchte nicht, dass wir sagen: Das eine ist richtig, und das andere ist falsch.</i>
<i>Bär: Wir trauen es den Eltern zu, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen wollen.</i>
<i>Bär: Leben und leben lassen, also die Möglichkeit schaffen, dass jede Familie [...] ihre Kinder so erziehen kann, wie sie es für richtig hält.</i>
<i>Gruß: Ziel dieser Koalition ist es, Wahlfreiheit für die Familien zu schaffen. Jede Familie soll so leben können, wie sie will.</i>
<i>Schröder: Mütter und Väter kleiner Kinder haben künftig mehr Wahlfreiheit, das Familienleben so zu gestalten, wie sie es selbst für richtig halten.</i>
<i>Ludwig: Jeder Elternteil, jeder Vater, jede Mutter, soll individuell das für sein Kind bekommen können, was er will.</i>
<i>Ludwig: Die ganz große Mehrheit der Eltern will selber entscheiden, was sie macht [...]. Wir stellen allen Eltern gleichmäßig die Möglichkeiten zur Verfügung, die sie brauchen, um diese Entscheidung ganz frei und ohne staatlichen Zwang und nur für sich selber zu treffen.</i>
<i>Tauber: [...] dass wir anerkennen, dass es in der Entscheidungsfreiheit der Familie liegt, ob sie das Angebot ab dem zweiten oder dritten Lebensjahr des Kindes oder später nutzen möchte.</i>
<i>Tauber: Es geht uns im Kern darum, dass Familien selbst entscheiden können, wie sie ihr Zusammenleben organisieren, und dass wir für alle gleiche Rahmenbedingungen schaffen.</i>
<i>Tauber: [...] wir wollen die Vielfalt des Lebens und die individuelle Entscheidungskraft der Familien stärken. Das tun wir mit den drei Säulen unserer modernen Familienpolitik: Krippenausbau, Elterngeld und Betreuungsgeld.</i>
<i>Tauber: Diese drei Säulen gehören sehr wohl zusammen, wenn wir nicht wollen, dass der Staat die Lufthoheit über die Kinderbetten hat.</i>

Anerkennungs-/Wertschätzungs-Topos

<p>Schröder: <i>Eltern erhalten mehr Anerkennung für ihre Erziehungsleistung.</i></p>
<p>Schröder: <i>Mütter und Väter verdienen unabhängig davon, wie sie leben, Wertschätzung.</i></p>
<p>Dobrindt: <i>Unser Signal mit dem Betreuungsgeld an Millionen von Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, heißt: Sie sind und wichtig, ihre Erziehungsleistung ist für uns wertvoll, und deswegen muss sie dem Staat auch etwas wert sein.</i></p>
<p>Dobrindt: <i>Wenn sich jemand dafür entscheiden sollte [...] seine Berufstätigkeit zu unterbrechen, um sich der Erziehung zu Hause zu widmen, dann hat das höchste Anerkennung verdient.</i></p>
<p>Dobrindt: <i>[...] dass wir eine Lücke schließen und denen helfen, die keine staatliche Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. Diese Eltern darf der Staat nicht vergessen. Deswegen muss er bereit sein, deren Erziehungsleistung auch finanziell zu honorieren.</i></p>
<p>Ludwig: <i>Es ist Anerkennung für die Eltern, die sich bewusst für die Betreuung ihrer Kleinst- und Kleinkinder [...] zu Hause entscheiden und dafür eine Zeit lang auf nichts Geringeres als auf ihre eigene Berufstätigkeit verzichten.</i></p>

Unterstützungs-Topos

<p>Bär: <i>Es gibt hundert verschiedene andere Modelle. Jedem dieser Modelle wollen wir Rechnung tragen.</i></p>
<p>Schröder: <i>Familien in Deutschland bekommen künftig mehr Unterstützung.</i></p>
<p>Schröder: <i>[...] dass mit dem Betreuungsgeld eben auch Mütter unterstützt werden sollen, die berufstätig sind.</i></p>
<p>Schröder: <i>[...] Eltern zu unterstützen, die zugunsten der Familie für eine gewisse Zeit auf Einkommen und Karriere verzichten oder die Betreuung selbst organisieren.</i></p>
<p>Dobrindt: <i>Wir wollen diejenigen unterstützen, die sich frei für eine andere Art der Kindererziehung entscheiden, als Sie ihnen vorschreiben wollen.</i></p>

Ludwig: *Das Betreuungsgeld ist Unterstützung auch der Eltern, die weiter berufstätig sind, sich aber anmaßen, eine Krippe nicht in Anspruch nehmen zu wollen.*

Die Mitglieder der Koalition argumentieren im Gegensatz zu den Oppositionsmitgliedern nicht mit prognostizierten positiven Folgen, die auftreten können, wenn das Betreuungsgeld eingeführt wird. Sie zeigen den beabsichtigten Zweck und den Nutzen des Betreuungsgeldes auf: Die Freiheit von Familien, so zu leben wie sie es möchten sowie die Anerkennung und die Unterstützung von Eltern, die sich um ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selber kümmern. Aufgrund dessen werden diese Topoi unter dem übergeordneten Nutzen-Topos zugeordnet. Das Argument der Wahlfreiheit ist das Hauptargument für das Betreuungsgeld, da es am häufigsten in den Redebeiträgen der Koalition verwendet wurde. Es impliziert, dass jede Familie frei entscheiden kann wie sie leben möchte. Die Relevanz des Hochwertwortes *Wahlfreiheit* wurde bereits anhand der Ergebnisse der intratextuellen Ebene verdeutlicht. Die Topoi, welche verwendet werden, um den positiven Nutzen des Betreuungsgeldes zu verdeutlichen, sind positiv konnotierte Schlagwörter, die eine große symbolische Bedeutung haben und mit gesamtgesellschaftlichen Werten versehen sind. Wie bereits in der Analyse der intratextuellen Ebene herausgearbeitet, ist der Begriff *Freiheit* im Wahlfreiheits-Topos ein Hochwertwort. Auch die Begriffe *Anerkennung* und *Unterstützung*, die im Anerkennungs-Topos und im Unterstützungs-Topos enthalten sind, sind Hochwertwörter²⁹¹, denen gesamtgesellschaftliche Werte zugeschrieben werden. Die Verwendung von Hochwertwörtern in den Topoi stellt ebenfalls eine argumentative Strategie dar, die häufig in politischen Debatten anzutreffen ist. Dies konnte bereits im vorhergehenden Kapitel der wortorientierten Analyse anhand von Spieß belegt werden.²⁹² Die Betreuungsgeldbefürworter nutzen diese Hochwertwörter für ihre Argumentation, indem sie sie mit dem Betreuungsgeld in Verbindung setzen. Da Hochwertwörter ebenfalls der Profilierung der eigenen Position und Partei dienen²⁹³, erfüllen sie hinsichtlich der Argumentation eine doppelte Funktion: Sie stellen den thematisierten Gegenstand sowie den Sprecher, der sie äußert, in einem positiven Blickwinkel dar.

²⁹¹ Das Verb *anerkennen* und das Substantiv *Unterstützung* mit den dazugehörigen Synonymen sind durchweg positiv konnotierte Wörter (siehe Wortschatzlexikon der Uni Leipzig unter: http://wortschatz.uni-leipzig.de/cgi-bin/wort_www?Wort=anerkennen&site=1&cs=1&x=0&y=0 und http://wortschatz.uni-leipzig.de/cgi-bin/wort_www?site=2&Wort_id=41500; letzter Zugriff: 05.03.2014).

²⁹² Vgl. Spieß (2006), S. 41.

²⁹³ Vgl. Spieß (2006), S. 41.

5.3.3. Vergleich der Topoi

Der Vergleich der am häufigsten vorkommenden Topoi der Betreuungsgeldgegner und der Topoi der Befürworter ergibt, dass die Gegner des Betreuungsgeldes doppelt so viele Topoi verwenden als die Befürworter. Unter dem übergeordneten Gefahren-Topos befinden sich sechs verschiedene Topoi, unter dem Nutzen-Topos der Koalition lediglich drei. Allerdings kann daraus nicht geschlussfolgert werden, dass es mehr Contra-Argumente als Pro-Argumente in Bezug auf das Betreuungsgeld gibt, denn neben der Anzahl der Topoi müssen auch die konkreten Inhalte der einzelnen Argumente berücksichtigt werden. Die Untersuchung des Inhalts der Argumente liefert Hinweise auf Denkmuster und Weltbilder der jeweiligen Diskursgemeinschaft. Im Vergleich der verwendeten Topoi fällt auf, dass Koalition und Opposition unterschiedliche Denkweisen im Diskurs zu Grunde legen. Die argumentationsreichsten Topoi, die am häufigsten verwendet werden, stellen wichtige Argumente für oder gegen das Betreuungsgeld dar. Die Opposition argumentiert überwiegend mit den Folgen für Kinder. Sie äußert die Befürchtung, dass Kindern Bildungs- bzw. Zukunftschancen genommen werden, wenn sie nicht eine Kita besuchen. In diesem Zusammenhang wird mehrfach darauf hingewiesen, dass dies vor allem auf Kinder aus sozial schwachen bzw. bildungsfernen Familien zutrifft. Aufgrund dessen ist der Folgen für Kinder-Topos eng mit dem Topos der sozialen Ungerechtigkeit verknüpft. Diese Aussagen beinhalten allerdings auch, dass Kinder (und nicht nur aus sozial schwachem Umfeld) keine Bildung in ihrem Elternhaus erhalten und somit der Bildungsauftrag gänzlich den Kitas zufällt. Den Kitas als Einrichtungen für Bildung und Erziehung wird dadurch einen hohen Stellenwert zugeschrieben. Gleichzeitig erfolgt dadurch eine Abwertung der Kindererziehung zu Hause. Diese Sichtweise der Opposition wird ihnen auch mehrmals von der Koalition zur Last gelegt, zum Beispiel von Bär (*Es ist eine Unverschämtheit und ziemlich gemein, Eltern einzureden, dass sie ihren Kindern schaden, wenn sie sie in den ersten Jahren von irgendwelchen großartigen Bildungseinrichtungen fernhalten*) und Schröder (*Wollen Sie allen Ernstes sagen, dass die Eltern in Deutschland nicht fähig sind, ihre zweijährigen Kinder zu bilden?*). Die Opposition diskreditiert durch diese Aussagen alle Eltern, indem sie sie nicht für fähig halten ihre Kleinkinder zu bilden. Ein weiteres Argument der Opposition stellt die Sorge dar, dass alte Rollenbilder zwischen Mann und Frau durch das Betreuungsgeld manifestiert werden. Ihren Aussagen kann das Weltbild entnommen werden, dass Männer und Frauen arbeiten gehen und die Frau ihre Berufstätigkeit nicht für die Kindererziehung aufgibt. Das Betreuungsgeld sorgt in dieser Hinsicht für traditionelle Rollenverteilungen, da es Frauen belohnt bzw. entlohnt, die nach der Geburt eines Kindes eine gewisse Zeit zu Hause bleiben.

Auch in diesem Fall ist der Rückständigkeits-Topos eng mit dem Folgen für Frauen-Topos verbunden. Wenn Frauen zu Hause bleiben, hat dies der Opposition nach zur Konsequenz, dass sie schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und finanziell nicht versorgt sind. Ebenso wirkt sich dies wiederum auf die Wirtschaft aus, welcher Fachkräfte durch das zu Hause bleiben von Frauen fehlen. Durch die Topos-Analyse konnten die Hauptargumente der Betreuungsgeldgegner herausgefiltert werden: schlechtere Bildungschancen für Kinder sowie die Aufgabe der Berufstätigkeit der Frau und dessen Folgen, die Verschlechterung der Situation der Frau in der Gesellschaft und der Wirtschaft. Der Blick auf die Hauptargumente zeigt, dass die Opposition ein ganz bestimmtes Weltbild hat, welches sich mit der Zahlung eines Betreuungsgeldes nicht vereinbaren lässt: die Berufstätigkeit der Frau sowie die Bildung von Kindern in Kitas. Das Problem dabei ist, dass sich dieses Weltbild nicht auf alle Familien übertragen lässt. Es wird dabei nicht berücksichtigt, dass es Frauen gibt, die gerne nach der Geburt eines Kindes für eine gewisse Zeit zu Hause bleiben und dass Kinder auch zu Hause Bildung erhalten können. Mit Blick auf die Topoi lässt sich feststellen, dass die Opposition sich für diejenigen Eltern einsetzt, die beide berufstätig sind und daher meist auf staatliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten angewiesen sind. Es wird dabei nur ein einseitiges Bild über Familien bzw. nur ein einziges Familienmodell propagiert, das ihrer Meinung nach das richtige ist.

Das Hauptargument der Koalition für das Betreuungsgeld ist die Wahlfreiheit, da sie am häufigsten von ihr thematisiert wird. Die Koalition argumentiert, dass sie Eltern nicht vorschreiben möchte in welcher Weise sie ihr Familienleben gestalten sollen. Eltern sollen frei wählen können, ob sie ihr Kind in eine Kita geben oder sie in den ersten Lebensjahren zu Hause bleiben. Dieses Argument beinhaltet im Gegensatz zur Opposition keine Favorisierung eines bestimmten Familienmodells. Es wird von der Koalition deutlich hervorgehoben, dass es unterschiedliche Familienmodelle gibt und keines schlechter oder besser ist als die anderen. Der Staat hat daher nicht vorzuschreiben, welches Modell von Familien gelebt werden soll. Dies steht in starkem Kontrast zur Argumentation der Opposition, die sich ausschließlich für berufstätige Eltern einsetzt. Die inhaltlichen Argumente im Anerkennungs-/Wertschätzungs-Topos hingegen suggerieren ein anderes Bild. Dort wird argumentiert, dass die Erziehungsleistung der Eltern, die sich zu Hause um ihre Kinder kümmern, Anerkennung und Wertschätzung verdient. Dies impliziert allerdings, dass Eltern, die ihre Kinder in einer Kita betreuen lassen, ihre Kinder nicht erziehen und demnach diese Anerkennung und Wertschätzung nicht erhalten sollen. Lenkert hat diese Sichtweise der Koalition in seiner Rede kritisiert: *Sie missachten die Erziehungsleistung von Millionen Eltern, die Kitas nutzen.*

Die Aussagen des Anerkennungs-/Wertschätzungs-Topos erscheinen im Zusammenhang mit den Aussagen des Unterstützungs-Topos widersprüchlich: Auf der einen Seite sollen auch diejenigen Eltern mit dem Betreuungsgeld unterstützt werden, die berufstätig sind und ihre Kinder privat, und nicht in einer Kita, betreuen lassen. Auf der anderen Seite soll das Betreuungsgeld als Anerkennung von Erziehungsleistung gezahlt werden. Allerdings wird ebenso betont, dass auch berufstätige Eltern das Betreuungsgeld erhalten, wenn diese ihre Kinder privat betreuen lassen. Die einzigen, die dabei nicht berücksichtigt werden, sind Eltern, die ihre Kinder in einer Kita betreuen lassen. Eltern, die ihre Kinder von Oma oder Opa oder einem Au-Pair betreuen lassen und arbeiten gehen, erhalten demnach ebenso die Anerkennung in Form des Betreuungsgeldes wie Eltern, die ihre Kinder zu Hause selber betreuen. In diesem Zusammenhang erscheint das Argument der Anerkennung der Erziehungsleistung als nicht glaubwürdig, denn wenn Eltern arbeiten gehen, müsste es den Aussagen des Anerkennungs-/Wertschätzungs-Topos nach gleichgültig sein, wie oder von wem die Kinder betreut werden. Der ausschlaggebende Punkt müsste demnach die Tatsache sein, dass Eltern ihre Kinder selbst zu Hause betreuen und nicht arbeiten gehen und sie auch nicht fremd betreuen lassen. Beim Betreuungsgeld werden demnach ausschließlich diejenigen Eltern nicht berücksichtigt, die ihre Kinder in Kitas betreuen lassen. Daher liegt es nahe, dass durch das Betreuungsgeld Betreuungsplätze in Kitas eingespart werden sollen, damit der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz erfüllt werden kann.

Mithilfe der Topos-Analyse konnte herausgearbeitet werden, mit welchen inhaltlichen Argumenten die beiden Diskursgemeinschaften jeweils ihre Meinung für bzw. gegen das Betreuungsgeld begründet haben. Während die Betreuungsgeldgegner mit den möglichen prognostizierten negativen Folgen des Betreuungsgeldes argumentieren (siehe Gefahren-Topos), stützen die Betreuungsgeldbefürworter ihre Argumentation auf den Nutzen des Betreuungsgeldes bzw. was sie mit ihm bezwecken wollen (siehe Nutzen-Topos). Die beiden übergeordneten Topoi wurden nochmals thematisch unterteilt, so dass hieraus die expliziten Argumentationspunkte genommen werden konnten, welche von der Mehrheit der Sprecher mehrmals für und gegen das Betreuungsgeld verwendet werden. Von daher stehen sie prototypisch für die Pro- und Contra-Argumente der Diskursgemeinschaften. Ebenso liefern die Ergebnisse einen Überblick über die unterschiedlichen Denkweisen bzw. Weltbilder der Opposition und der Koalition zu diesem Thema. Das Weltbild der Opposition in Bezug auf Familienmodelle kann aufgrund ihrer Argumentation rekonstruiert werden. Sie setzen sich für diejenigen Eltern ein, die arbeiten gehen und lehnen alte traditionelle Rollenverteilungen, in deren Mütter zu Hause bleiben und nicht erwerbstätig sind, ab. Dadurch wird deutlich, dass

ihr Weltbild die Berufstätigkeit der Frau und die Betreuung der Kinder in Kitas beinhaltet. Das Betreuungsgeld unterstützt diese Denkweise nicht und wird daher von der Opposition abgelehnt. Topoi, die dieses Weltbild argumentativ unterstützen, sind der Rückständigkeits-Topos, der Folgen für Frauen-Topos und der wirtschaftliche Folgen-Topos. Eine weitere Denkweise der Opposition beinhaltet den Fokus auf Kitas als Bildungseinrichtungen, deren Besuch unerlässlich ist, vor allem für Kinder aus einem sozial benachteiligten Umfeld, um Bildung und Chancengleichheit zu erhalten. Der Bildungs- und Erziehungsaspekt wird somit außerhalb der Familie angesiedelt. Hierfür argumentativ genutzt wird der Folgen für Kinder-Topos und der Soziale-Ungerechtigkeits-Topos. Im Gegensatz dazu stehen die Topoi der Koalition. Sie argumentieren mit Hilfe der Hochwertwörter *Wahlfreiheit*, *Anerkennung* und *Unterstützung*. Auch sie dienen der Rekonstruktion des Weltbildes der Koalition. Der Wahlfreiheits-Topos beinhaltet, dass allen Familienmodellen Rechnung getragen wird und dass jede Familie so leben kann wie sie es möchte, egal ob Kinder zu Hause betreut werden oder in Kitas. Gleichzeitig wird ausgesagt, dass die Eltern, die zu Hause ihre Kinder selbst betreuen, Anerkennung für ihre Erziehungsleistung in Form des Betreuungsgeldes erhalten sollen (siehe Anerkennungs-/Wertschätzungs-Topos). Der Unterstützungs-Topos beinhaltet, dass auch Eltern mit dem Betreuungsgeld unterstützt werden sollen, die ihre Kinder privat betreuen lassen und arbeiten gehen. Wenn der Anerkennungs-/Wertschätzungs-Topos und der Unterstützungs-Topos in einen Zusammenhang gebracht werden, fällt auf, dass das Weltbild der Koalition widersprüchlich ist: Anerkennung der Erziehungsleistung für Eltern, die ihre Kinder privat betreuen lassen, aber nicht für Eltern, die ihre Kinder in Kitas betreuen lassen. Es wird zwar von der Koalition kein bestimmtes Familienmodell favorisiert, aber vom Betreuungsgeld werden die Eltern ausgeschlossen, deren Kinder in Kitas gehen. Ebenso wird deren Erziehungsleistung nicht berücksichtigt, die sie genauso erbringen wie Eltern, die ihre Kinder privat betreuen lassen. Wenn das Betreuungsgeld Anerkennung der Erziehungsleistung von Eltern zu Hause und Eltern von privat betreuten Kindern ist, erbringen nach den Äußerungen der Koalition die anderen Eltern keine Erziehungsleistung. Von daher kann geschlussfolgert werden, dass hierbei überwiegend ein Familienmodell favorisiert wird, in diesem Eltern nach der Geburt zu Hause bleiben und ihre Berufstätigkeit (vorübergehend) aufgeben. Auf den Zusammenhang von Betreuungsgeld und gesetzlichem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz wurde von der Opposition hingewiesen, siehe Marks (*Vielleicht ist das Betreuungsgeld auch ein Mittel zum Zweck, um die Nachfrage nach Krippenangeboten zu verringern*) und Lenkert (*Ein Platz für unter Dreijährige kostet in*

Thüringen 750 Euro. 750 Euro minus 150 Euro Elternbeitrag minus 150 Euro Erziehungsgeld ergibt 450 Euro weniger Kosten im Monat für die Kinderbetreuung).

5.3.4. Betreuungsgeld vs. Fernhalteprämie

Die Ergebnisse der Topos-Analyse haben gezeigt, dass in den inhaltlichen Argumenten der Diskursgemeinschaften ganz bestimmte Wertvorstellungen und Denkmuster transportiert werden, die auch Ideologien enthalten. Der Diskurs zur Einführung des Betreuungsgeldes ist ideologisch geprägt, da er Grundsatzdebatten über die Stellung der Frau in der Familie und Gesellschaft sowie über Kindererziehung und Kinderbetreuung ausgelöst hat. Dies wird vor allem anhand der Topoi der Betreuungsgeldgegner deutlich. Eine zentrale Frage dabei ist, ob Frauen nach der Geburt eines Kindes zu Hause bleiben oder arbeiten gehen sollen. Die Opposition bezieht hierbei deutlich Stellung, indem sie gegen das Betreuungsgeld argumentiert. Ihrer Ansicht nach hält es Frauen von der Berufstätigkeit ab und suggeriert ein rückständiges Familienbild. Die Opposition verdeutlicht hierdurch, dass ihre Wertvorstellung die Berufstätigkeit der Frau beinhaltet. Das Familienbild der Koalition hingegen beinhaltet die Vorstellung von der Vielfalt der Familien und der Freiheit selbst zu wählen, wie man sein Familienleben gestaltet. Allerdings möchte die Koalition lediglich den Familien das Betreuungsgeld auszahlen, die ihre Kleinkinder selbst zu Hause betreuen oder ihre Kinder privat und nicht in einer Kita betreuen lassen. Dies macht deutlich, dass die Wertvorstellung der Koalition über Familien verbunden ist mit der zumindest vorübergehenden Aufgabe der Berufstätigkeit zum Zweck der Kindererziehung. Ihr Fokus liegt nicht auf der Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kitas. Diese Sichtweise wird durch die Einführung des Betreuungsgeldes unterstützt, da es nicht an Eltern mit Kindern in Kitas gezahlt wird.

Die Untersuchung der inhaltlichen Argumente in der Topos-Analyse hat gezeigt, dass Koalition und Opposition mit gegensätzlichen ideologischen Vorstellungen über Familienmodelle und Kindererziehung argumentieren. Ob diese konträren Weltbilder tatsächlich in diesem Ausmaß vorhanden sind oder ob sie lediglich als Argumentationsgrundlage verwendet werden, kann nicht eindeutig bestimmt werden. Die Zeichnung von Lebensentwürfen von Familien als Argumentationsgrundlage für oder gegen das Betreuungsgeld verdeutlicht allerdings den starken ideologischen Charakter dieses Diskurses. Nicht nur die inhaltlichen Argumente belegen dies, sondern auch einzelne Wörter. Der Blick auf die Untersuchungsergebnisse der intratextuellen Ebene zeigt, dass auch hier mit Hilfe von ideologiegebundenen Wörtern argumentiert wird. Das Hochwertwort *Wahlfreiheit* wird von Betreuungsgeldbefürwortern und -gegnern oft verwendet und nimmt daher einen

großen Stellenwert in der Argumentation ein. Es handelt sich hierbei um einen Begriff, welcher demokratische Werte beinhaltet und daher ideologisch ist. Durch den Begriff *Wahlfreiheit* drücken die Politiker aus, welche Prinzipien und Werte sie verinnerlicht haben und verfolgen. Wie bereits gezeigt, wird dieser Begriff von den beiden Diskursgemeinschaften kontrovers verwendet, da sie ihm jeweils eine unterschiedliche deskriptive Bedeutung zuschreiben. Die Koalition verbindet mit dem Begriff *Wahlfreiheit* die Einführung des Betreuungsgeldes, während die Opposition ihn mit dem Ausbau der Kinderbetreuung verbindet. Zwar teilen beide politische Lager in dieser Hinsicht die gleichen ideologischen Werte, verstehen aber jeweils etwas anderes darunter. Der Begriff *Wahlfreiheit* ist ein ideologiegebundener Begriff, da er nach Josef Klein „grundlegende Werte und Handlungsorientierungen“²⁹⁴ beinhaltet. Auch die in der intratextuellen Ebene identifizierten Schlagwörter *Erziehung* und *Erziehungsleistung* sind ideologisch, da sie Wertvorstellungen des Sprechers über diese Gegenstände enthalten. Es handelt sich hierbei um grundlegende soziale Werte mit deontischen Merkmalen. Die Betreuungsgeldbefürworter möchten das Betreuungsgeld einführen und bezwecken damit eine Anerkennung der Erziehungsleistung der Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen. Daraus wird ersichtlich, dass ihre Wertvorstellung hinsichtlich Familien beinhaltet, dass Eltern ihre ein- bis dreijährigen Kinder nicht in eine Kita geben sollen. Konträr dazu vertreten die Betreuungsgeldgegner die Meinung, dass auch Eltern, die arbeiten gehen und ihre Kinder fremd betreuen lassen, Erziehungsleistung erbringen. Auch hier wird die ideologisch geprägte Debatte um Familienmodelle und Kindererziehung deutlich. Die Ergebnisse der thematischen Propositionsanalyse zeigen das gleiche Bild. Die Themen Bildung, Berufstätigkeit der Frau, Kinderbetreuung, Familienmodelle und familienpolitische Leistungen spielen eine große Rolle in der Argumentation. Sie bilden Diskursstränge, da sie sich in Wechselwirkung zueinander befinden und inhaltlich mit dem Diskurs verflochten sind. Diese Diskursstränge sind ideologisch, da sie Werte und Denkmuster enthalten, auf welche Art und Weise diese Lebensbereiche gestaltet werden sollen. Das Oppositionspaar *Betreuungsgeld* und *Fernhalteprämie* steht in dieser Hinsicht repräsentativ für den Diskurs zur Einführung des Betreuungsgeldes. Die Begriffe verkörpern den ideologischen Inhalt des Diskurs: die Vorstellungen von Lebensentwürfen von Familien, und vor allem von Frauen, sowie Erziehung, Bildung und Arbeit. Koalition und Opposition bewerten die Denkmuster und Wertvorstellungen bezüglich dieser Themen unterschiedlich um für bzw. gegen das Betreuungsgeld zu argumentieren.

²⁹⁴ Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik, in: Ders. (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung, Opladen, S. 8.

6. Ergebniszusammenfassung & Fazit

Ausgangspunkt dieser Arbeit bildet die Analyse der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag über die Einführung des Betreuungsgeldes vom 09.11.2011. Mithilfe des DIMEAN-Modells von Spitzmüller und Warnke wurden sprachwissenschaftliche Erkenntnisse über Argumentationsstrukturen in politischen Diskursen herausgearbeitet. Anhand der Kategorien *Diskursgemeinschaften* und *ideology brokers* wurde festgestellt, dass sich Koalition und Opposition in Diskursgemeinschaften organisieren, um ihrer Stimme mehr Gewicht zu verleihen. Dies wird durch die zahlreichen Pluralformen ersichtlich, welche Betreuungsgeldgegner und -befürworter verwenden. Die Untersuchung des Korpus ergab allerdings auch, dass von der Pluralität der Diskursgemeinschaft abgewichen wird, wenn es sich um die Profilierung der eigenen Partei handelt. Der Diskurs wird demnach nicht nur verwendet, um die Meinung zu diesem Thema darzulegen, sondern auch, um die Wähler von der eigenen Partei zu überzeugen. Von der Pluralität der Diskursgemeinschaft wird ebenfalls abgewichen, wenn die gegnerische Seite diffamiert wird. Hierfür werden einzelne Parteien und Personen konkret benannt. Das Zitieren von Einzelpersonen dient als Beleg und zur Untermauerung der getroffenen Aussagen, denn die eigene Meinung wird legitimiert und die der Gegner erleidet einen Verlust der Glaubwürdigkeit. Auch dies stellt ein häufig verwendetes Argumentationsmittel in diesem Diskurs dar. Betreuungsgeldgegner und -befürworter verweisen häufig auf Autoritäten, um im Sinne des Konzepts von *ideology brokers* ihre Position im Diskurs auszubauen und andere abzuschwächen. Die Autoritätenverweise dienen auch zu Argumentationszwecken, da sie die jeweilige Position untermauern. Die eigene Expertise wird betont und die der anderen Diskursgemeinschaft aberkannt. Hierfür werden auch sprachliche Bewertungsstrategien eingesetzt mit dem Ziel, die Argumentation der gegnerischen Seite in Frage zu stellen.

Die wortorientierte Analyse auf der intratextuellen Ebene hat ergeben, dass die Diskursgemeinschaften mit Hochwertwörtern argumentieren. Sowie Koalition als auch Opposition verwenden die positiv konnotierten Schlagwörter *Wahlfreiheit* und *Erziehungsleistung*, weisen ihnen jedoch unterschiedliche deskriptive Bedeutungen zu. Während die Betreuungsgeldbefürworter mit ihnen für die Einführung des Betreuungsgeldes argumentieren, verwenden die Betreuungsgeldgegner sie für ihre Argumentation gegen das Betreuungsgeld. Hierbei handelt es sich um einen semantischen Kampf der Diskursgemeinschaften um die Bedeutungs- und Verwendungshoheit der Begriffe, der auf zwei Ebenen stattfindet: auf der Ebene der evaluativen Lesarten-Konkurrenz und auf der

denotativen Lesarten-Konkurrenz. Auf der Ebene der evaluativen Lesarten-Konkurrenz werden die Begriffe mit der jeweiligen gegnerischen deskriptiven Bedeutung bewertet und umgewertet. Die Opposition erachtet die Verwendung der Begriffe durch die Koalition als falsch. Den Begriffen *Wahlfreiheit* und *Erziehungsleistung* weisen sie eine andere deskriptive Bedeutung zu, da sie sie an andere Bedingungen knüpfen. Wahlfreiheit kann es erst geben, wenn genügend Kitaplätze geschaffen wurden und Erziehungsleistung kann sich nicht nur an Eltern orientieren, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Von daher haben die Diskursgemeinschaften unterschiedliche Konzepte dieser Begriffe und kämpfen auf der denotativen Lesarten-Konkurrenz um die parteispezifische Besetzung der Hochwertwörter. Die Ergebnisse der thematischen Propositionsanalyse verdeutlichen, dass die Diskursgemeinschaften mit Diskurssträngen argumentieren, die mit dem Diskurs über die Einführung des Betreuungsgeldes verknüpft sind. Die in den Redebeiträgen angesprochenen Gegenstände Bildung, soziale Gerechtigkeit, Frauen- und Familienbilder, Rollenverteilung zwischen Mann und Frau, Fachkräftemangel, Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie bilden Diskurs(strang)verschränkungen. Sie befinden sich in Wechselwirkung mit dem Diskurs über die Einführung des Betreuungsgeldes und werden zu Argumentationszwecken für und gegen das Betreuungsgeld verwendet. Die Diskursgemeinschaften verwenden diese Diskursstränge zur argumentativen Stützung ihrer Position. Vor allem die Betreuungsgeldgegner verwenden sie um aufzuzeigen, welche negativen Konsequenzen das Betreuungsgeld in diesen Bereichen nach sich zieht. Weiterhin konnte anhand der thematischen Propositionsanalyse die semantische Textstruktur identifiziert werden. Der Charakter eines Schlagabtausches der Aktuellen Stunde, der sich durch Rede und Gegenrede auszeichnet, konnte durch die zahlreichen semantischen Bezugnahmen der Redner belegt werden. Die Untersuchung von Isotopie- und Oppositionslinien in den Redebeiträgen hatte zum Ergebnis, dass die Begriffe *Wahlfreiheit*, *Erziehung* bzw. *Erziehungsleistung* und *Betreuungsgeld* zu Argumentationszwecken von beiden Diskursgemeinschaften verwendet werden. Es sind diskursbestimmende Begriffe, da sie in den Redebeiträgen häufig thematisiert werden und den Gegenstand der Argumentation bilden. Sie werden von den Diskursgemeinschaften kontrovers verwendet. Die Betreuungsgeldbefürworter argumentieren mit ihnen für das Betreuungsgeld und die Betreuungsgeldgegner mit ihnen gegen das Betreuungsgeld. Der Begriff *Betreuungsgeld* bildet hierbei eine Oppositionslinie. Die Koalition verwendet in Bezug auf das Betreuungsgeld ausschließlich positive Begriffe, während die Opposition mit ihm nur negative Begriffe verbindet. Hierbei entsteht eine Nominationskonkurrenz zwischen den

Begriffen *Betreuungsgeld* und *Fernhalteprämie*. Es werden unterschiedliche Begriffe für ein und dieselbe Sache verwendet, wobei die Opposition wertende Begriffe, wie *Fernhalteprämie* und *Kitaverzichtsprämie*, benutzt und dadurch ihre Position zum Ausdruck bringt und argumentativ stützt. Die Begriffe bilden daher eine antonymische Isotopie. Sie sind Ausdruck für die jeweilige Position der Diskursgemeinschaften und Mittel zur Argumentation. Eine weitere Oppositionslinie und antonymische Isotopie stellen die Adjektive *richtig* und *falsch* dar. Sie werden ebenfalls dazu verwendet, Meinungen zu äußern, für oder gegen das Betreuungsgeld zu argumentieren und die gegnerische Seite abzuwerten und zu diffamieren. Diese Untersuchungsergebnisse verdeutlichen, dass die Argumentation für oder gegen das Betreuungsgeld sehr häufig auf der Basis von (Be-)Wertungen erfolgt.

Auf der transtextuellen Ebene wurde anhand der Topos-Analyse der konkrete Inhalt der Argumente untersucht. Als Untersuchungsergebnis kann festgehalten werden, dass die Betreuungsgeldgegner mit den prognostizierten negativen Folgen des Betreuungsgeldes argumentieren, während die Betreuungsgeldbefürworter Hochwertwörter für ihre Argumentationszwecke verwenden. Ebenfalls konnte anhand der Topos-Analyse herausgearbeitet werden, dass Koalition und Opposition unterschiedliche Denkmuster und Weltbilder dem Diskurs zu Grunde legen. Die Argumentationen enthalten ideologische Aussagen über die Themen Familie, Kindererziehung und Geschlechter.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auf der Wortebene überwiegend mit Hochwertwörtern argumentiert wird und ein semantischer Kampf um die diskursgemeinschaftliche Besetzung dieser Wörter stattfindet. Diskursstränge werden verwendet, um die Argumentation für oder gegen das Betreuungsgeld zu unterstützen. Themen wie Bildung, Fachkräftemangel, etc. erscheinen auf den ersten Blick nicht dem Diskurs zur Einführung des Betreuungsgeld zugehörig, werden aber inhaltlich mit ihm verknüpft und bilden daher Diskurs(strang)verschränkungen. Diese dienen der Untermauerung der Argumentation, welche vor allem von der Opposition benutzt werden. Die Untersuchung des Korpus ergab, dass mit Hilfe von Oppositionslinien argumentiert wird. Sie sind nicht nur Ausdruck der sprachlichen Abgrenzung vom jeweiligen politischen Gegner, sondern dienen auch zur Argumentation der eigenen Position. Zur Erlangung von Dominanz im Diskurs und um die gegnerische Diskursposition zu schwächen, werden auf Autoritäten verwiesen, die eigene Expertise wird betont, die der anderen wird aberkannt und sprachliche Bewertungen werden vorgenommen. Dies trifft auf beide Diskursgemeinschaften zu. Auffallend ist dabei das sehr häufige Be- und Abwerten der gegnerischen Positionen und

Politiker. Die Argumentation im untersuchten Diskurs erfolgt in diesem Fall überwiegend auf bewertender Basis. Unterschiede innerhalb der Diskursgemeinschaften befinden sich in der inhaltlichen Argumentation. Die Opposition argumentiert dabei mit möglichen Folgen, welche auftreten können, wenn das Betreuungsgeld eingeführt wird. Die Koalition greift wiederum auf Hochwertwörter zurück, um ihre Position zu unterstützen. Die Argumentation enthält Rückschlüsse auf Denkmuster und Weltbilder der Diskursgemeinschaften. Diese sind stark ideologisch geprägt, da sie bestimmte Wertvorstellungen in Bezug auf das soziale Handeln transportieren. Koalition und Opposition legen ihrer Argumentation jeweils unterschiedliche Weltanschauungen zu Grunde. Es kann daher die eingangs aufgestellte These belegt werden, dass Sprache in politischen Diskursen nicht nur verwendet wird, um Positionen zu verdeutlichen und Argumente für oder gegen eine Sache hervorzubringen. Sondern sie wird ebenfalls dazu verwendet, sich und seine Partei zu profilieren, andere zu diffamieren und ideologische Wertvorstellungen und Denkmuster zu transportieren.

Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass in dieser Arbeit lediglich ein kleiner Ausschnitt von Argumentationsstrukturen in politischen Diskursen untersucht wurde. Sie steht repräsentativ für den politischen Diskurs zur Einführung des Betreuungsgeldes, da sie sich auf diesen einen Diskurs bezieht. Zur Formulierung von allgemeingültigen Aussagen über Argumentationsstrukturen in politischen Diskursen, bedarf es Untersuchungen von mehreren Diskursen. Diese Arbeit kann jedoch als Basis für weiterführende Analysen dienen, anhand derer Argumentationsstrukturen anderer politischer Diskurse verglichen werden können.

7. Literaturverzeichnis

Korpus

Aktuelle Stunde. Nein zum Betreuungsgeld – Familien- und Bildungspolitik zukunftsfähig gestalten, in: Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 138. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 9. November 2011. Plenarprotokoll 17/138, S. 16415B-16434D.

Abrufbar im pdf-Format auf der Homepage des Deutschen Bundestages:

<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/399/39946.html> (letzter Zugriff: 25.02.2014).

Internetquellen

Homepage des *Bayerischen Rundfunks* (Chronik des Betreuungsgeldes):

<http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/notizbuch/betreuungsgeld-chronik100.html>
(letzter Zugriff: 12.04.2013).

Homepage des Freistaates *Bayern* (Bayerische Kabinette):

<http://www.bayern.de/Kabinette-seit-1945-.316/index.htm> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Gesetzliche Grundlagen für den Ausbau der Kinderbetreuung): <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=118992.html> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Fragen und Antworten zum Betreuungsgeld): <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/themen-lotse,did=194624.html> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Geschichte des Ministeriums): <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Ministerium/geschichte.html> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Kinderförderungsgesetz): <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gesetze,did=133282.html>
(letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage der *Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen* (Änderungsantrag des Gesetzesentwurfes zum Betreuungsgeld):

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/115/1711551.pdf> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage des *Deutschen Bundestages* (Gesetzesentwurf der CDU/CSU und FDP zur Einführung eines Betreuungsgeldes): <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/099/1709917.pdf> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage des *Deutschen Bundestages* (Blockade des Betreuungsgeldes durch die FDP): http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41171617_kw43_aktstd_roesler/ (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage des Aktions-Bündnisses *Nein zum Betreuungsgeld*: <http://neinzumbetreuungsgeld.de/> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage des gemeinnützigen Vereins *OffenesParlament* (Übersicht Aktuelle Stunden zum Betreuungsgeld mit Verlinkung auf die Plenarprotokolle): <http://offenesparlament.de/ablauf?q=betreuungsgeld+aktuelle+stunde> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Online-Wortschatz-Informationssystem Deutsch (OWID) des Instituts für Deutsche Sprache: http://www.owid.de/artikel/8710?module=elex_b&pos=13 (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (Über die Verfassungswidrigkeit des Betreuungsgeldes): http://www.spd.de/aktuelles/75396/20120828_gutachten_betreuungsgeld_verfassungswidrig.html (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage des *Statistischen Bundesamtes* (Elterngeldstatistik für 2011 geborene Kinder): https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/Elterngeld/ElterngeldGeburtenKreise5229204117004.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 27.02.2014).

Homepage des *Tagesspiegels* (Berichterstattung über die geplatzte Abstimmung des Betreuungsgeldes im Bundestag am 15.06.2012):

<http://www.tagesspiegel.de/politik/betreuungsgeld-abstimmung-hammelsprung-mit-folgen/6758472.html> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage des Fachbereiches Germanistische Sprachwissenschaft der *Universität Düsseldorf*:

<http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germ1/forschungsprofile-und-projekte/oeffentliche-sprache-und-kommunikation/oeffentliche-sprache-nach-1945-diskursanalyse-begriffsgeschichte-topologie/arbeitsbereich-1-literatur/> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Homepage der sprachkritischen Aktion *Unwort des Jahres*:

<http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=34> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Wortschatzportal der Universität Leipzig: <http://wortschatz.uni-leipzig.de/abfrage/> (letzter Zugriff: 05.03.2014).

Sekundärliteratur

Baban, Constance Pary (2013): Der innenpolitische Sicherheitsdiskurs in Deutschland. Zur diskursiven Konstruktion des sicherheitspolitischen Wandels 2001-2009, Hannover.

Becker-Schmidt, Regina (2004): Doppelte Vergesellschaftung von Frauen: Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben, in: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hgg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie (=Geschlecht & Gesellschaft Band 35), Wiesbaden, S. 62-71.

Blommaert, Jan (1999): The debate is open, in: ders. (Hg.): Language Ideological Debates, Berlin/New York, S. 1-38.

Blommaert, Jan (2005): Discourse. A Critical Introduction, Cambridge.

Burkhardt, Armin (1988): Sprache in der Politik. Linguistische Begriffe und Methoden, in: Englisch Amerikanische Studien 10, S. 333-358.

Busse, Dietrich (1987): Historische Semantik. Analyse eines Programms (=Sprache und Geschichte 13), Stuttgart.

Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (1994): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik, in: Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hgg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, Opladen, S. 10-28.

van Dijk, Teun A. (2003): Critical Discourse Analysis, in: Schiffrin, Deborah/Tannen, Deborah/Hamilton, Heidi E. (Hgg.): The Handbook of Discourse Analysis, Malden/Oxford/Melbourne/Berlin, S. 352-371.

Domasch, Silke (2007): Biomedizin als sprachliche Kontroverse. Die Thematisierung von Sprache im öffentlichen Diskurs zur Gendiagnostik (=Sprache und Wissen 1), Berlin/New York.

Eagleton, Terry (1991): Ideologie. Eine Einführung. Aus dem Englischen von Anja Tippner, Stuttgart/Weimar 1993.

Felder, Ekkehard (2006): Semantische Kämpfe in Wissensdomänen. Eine Einführung in Benennungs-, Bedeutungs- und Sachverhaltsfixierungs-Konkurrenzen, in: ders. (Hg.): Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften (=Linguistik Impulse & Tendenzen 19), Berlin, S. 13-46.

Foucault, Michel (1969a): Archäologie des Wissens. Übersetzt von Ulrich Köppen, in: Michel Foucault. Die Hauptwerke, Frankfurt am Main 2008.

Foucault, Michel (1969b): Archäologie des Wissens. Übersetzt von Ulrich Köppen, Frankfurt am Main 1977.

Foucault, Michel (1970): Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970. Herausgegeben von Wolf Lepenies und Henning Ritter, München 1974.

Gardt, Andreas (2007): Diskursanalyse – Aktueller theoretischer Ort und methodische Möglichkeiten, in: Warnke, Ingo H. (Hg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände (=Linguistik – Impulse & Tendenzen 25), Berlin, S. 27-52.

Girnth, Heiko (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation (=Germanistische Arbeitshefte 39), Tübingen.

Girnth, Heiko/Spieß, Constanze (2006): Einleitung: Dimensionen öffentlich-politischen Sprachhandelns, in: dies. (Hgg.): Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen (=Philologische Studien und Quellen 200), Berlin, S. 7-16.

Greimas, A. J. (1966): Strukturele Semantik. Methodologische Untersuchungen. Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von Jens Ihwe (= Wissenschaftstheorie Wissenschaft und Philosophie 4), Braunschweig 1971.

Grünert, Horst (1974): Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der >>Paulskirche<< (=Studia Linguistica Germanica 10), Berlin/New York.

Harris, Zellig S. (1952): Discourse Analysis, in: Language 28, S. 1-30.

Hausendorf, Heiko/Kesselheim, Wolfgang (2008): Textlinguistik fürs Examen (=Linguistik fürs Examen 5), Göttingen.

Heinemann, Margot/Heinemann, Wolfgang (2002): Grundlagen der Textlinguistik. Interaktion – Text – Diskurs (=Reihe Germanistische Linguistik 230), Tübingen.

Ismayr, Wolfgang (2000): Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.

Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden.

Jäger, Siegfried (2009): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster.

Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Katrin (1997) (Hgg.): Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag, Opladen.

Kämper, Heidrun (2012): Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre. Konstellationen – Kontexte – Konzepte (=Studia linguistica Germanica 107), Berlin.

Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen (=Quantitative Sozialforschung 14), Wiesbaden.

Kilian, Jörg/Niehr, Thomas/Schiewe, Jürgen (2012): Sprachkritik. Ansätze und Methoden der kritischen Sprachbetrachtung, Berlin/New York.

Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik, in: Ders. (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung, Opladen, S. 3-50.

Lichtenberg, Peter (1983): Die Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag. Ein Beitrag zur politischen Bildung und zum parlamentarischen Selbstverständnis (=Beiträge zum Parlamentsrecht 6), Berlin.

Limani-Beqa, Sahadete (2011): Transformationsprozesse von Politik und Sprache in Kosova in der Zeit von 1999 bis 2005. Eine kritische Diskursanalyse (=Kulturwissenschaftliche Medienforschung 3), Frankfurt am Main.

Niehr, Thomas/Böke, Karin (2000) (Hgg.): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien, Wiesbaden.

von Polenz, Peter (2008): Deutsche Satzsemantik. Grundbegriffe des Zwischen-den-Zeilen-Lesens, 3., unveränderte Auflage, Berlin.

Raab, Heike (2011): Sexuelle Politiken. Die Diskurse zum Lebenspartnerschaftsgesetz, Frankfurt am Main.

Schröter, Melani/Carius, Björn (2009): Vom politischen Gebrauch der Sprache. Wort, Text, Diskurs. Eine Einführung (=Leipziger Schriften 5), Frankfurt am Main.

Schröter, Melanie (2009): Wort, in Schröter, Melani/Carius, Björn: Vom politischen Gebrauch der Sprache. Wort, Text, Diskurs. Eine Einführung (=Leipziger Schriften 5), Frankfurt am Main, S. 15-50.

Searle, John R. (1969): Sprechakte. Ein Sprachphilosophischer Essay, Frankfurt am Main 1977.

Spieß, Constanze (2006): Zwischen Hochwert und Stigma. Zum strategischen Potenzial lexikalischer Mittel im Bioethikdiskurs, in: Girnth, Heiko/Spieß, Constanze (Hgg.): Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen (=Philologische Studien und Quellen 200), Berlin, S. 27-45.

Spieß, Constanze (2011): Diskurshandlungen. Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse am Beispiel der Bioethikdebatte (=Sprache und Wissen 7), Berlin/Boston.

Spitzmüller, Jürgen/Warnke, Ingo H. (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse, Berlin/Boston.

Stein, Christina (2012): Die Sprache der Sarrazin-Debatte. Eine diskurslinguistische Analyse, Marburg.

Vološinov, Valentin (1929): Marxismus und Sprachphilosophie, Frankfurt am Main 1975.

Warnke, Ingo H. (2007): Diskurslinguistik nach Foucault – Dimensionen einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen, in: ders. (Hg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände (= Linguistik – Impulse & Tendenzen 25), Berlin, S. 3-24.

Warnke, Ingo H. (2008): Text und Diskurslinguistik, in: Janich, Nina (Hg.): Textlinguistik. 15 Einführungen, Tübingen, S. 35-52.

Wengeler, Martin (2000): Argumentationsmuster im Bundestag. Ein diachroner Vergleich zweier Debatten zum Thema Asylrecht, in: Burkhardt, Armin/Pape, Kornelia (Hgg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden, S. 221-240.

Wengeler, Martin (2003a): Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985) (=Reihe Germanistische Linguistik 244), Tübingen.

Wengeler, Martin (2003b): Argumentationstopos als sprachwissenschaftlicher Gegenstand. Für eine Erweiterung linguistischer Methoden bei der Analyse öffentlicher Diskurse, in: Geideck, Susan/Liebert, Wolf-Andreas (Hgg.): Sinnformeln. Linguistische und soziologische Analysen von Leitbildern, Metaphern und anderen kollektiven Orientierungsmustern (=Linguistik – Impulse & Tendenzen 2), Berlin, S. 59-82.

Wodak, Ruth (1989): Introduction, in: ders. (Hg.): Language, power and ideology. Studies in political discourse (=Critical Theory. Interdisciplinary Approaches to Language, Discourse and Ideology 7), Amsterdam/Philadelphia, S. xiii-xx.

Zimmer, René (2006): Zwischen Heilungsversprechen und Embryonenschutz – Der semantische Kampf um das therapeutische Klonen, in: Felder, Ekkehard (Hg.): Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften, Berlin/New York, S. 73-97.

Nachschlagewerke

Bußmann, Hadumod (2002): Lexikon der Sprachwissenschaft. Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage, Stuttgart.

Erklärung

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Master-Thesis selbstständig verfasst und keine anderen als die von mir angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinne nach entnommen sind, wurden in jedem Fall unter Angabe der Quellen (einschließlich des World Wide Web und anderer elektronischer Text- und Datensammlungen) kenntlich gemacht. Dies gilt auch für beigegebene Zeichnungen, bildliche Darstellungen, Skizzen und dergleichen.

Darmstadt,

.....

/Eigenhändige Unterschrift/